

# ROTFUCHS

BEGRÜNDET VON DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

## Neuer Bau für den „RotFuchs“

Für einige Wochen war der „RotFuchs“ ohne eigenen Kessel - wie man den Fuchsbau wohl nennt. Unvernünftige in fernen Parteizentralen hatten ihm das angestammte Revier streitig machen und seine Existenz zerstören wollen. Spürsinn und taktische Klugheit waren da geboten. Doch es handelte sich nicht um Aufgabe oder Kapitulation. In den letzten dreieinhalb Jahren dank der Hege und Pflege vieler tausend Leser im In- und Ausland kräftig gewachsen, hatte der „RotFuchs“ schon längst die ursprünglichen Dimensionen seines Erscheinens gesprengt und sich aus einer Zeitung der DKP-Gruppe Berlin Nordost von nur regionaler Bedeutung zu einem in der ganzen Bundesrepublik und darüberhinaus verbreiteten kommunistischen Periodikum entwickelt. Sein scharfes marxistisch-leninistisches Profil wird von Freund und Feind wahrgenommen, stellt doch dieses Blatt in der Presselandschaft des imperialistischen Deutschland, wo es an wirklich Linkem arg mangelt, mehr als eine Seltenheit dar.

„Der „RotFuchs“ ist bekannt dafür, daß er den politischen und sozialen Gegner - und vor allem seine neofaschistischen Kohorten - furchtlos und ohne Zugeständnisse anzugreifen versteht. Er scheut sich aber auch nicht, dem Freund dann und dort auf die Sprünge zu helfen, wann und wo er in die Gefahr des Stolperns oder Abdriftens gerät. Wir kennen keine Kompromisse, wenn es darum geht, feiges Sich-Wegducken und Ankommenwollen um jeden Preis zu attackieren. Auch der Verzicht auf Unverzichtbares oder der Versuch des Lavierens rufen uns auf den Plan. Vor allem jedoch denken wir konstruktiv. Wir bieten allen die Hand und die Spalten unserer Zeitung, die für unsere gerechte Sache einstehen. Wir sind eine unverwechselbare Stimme, die zur Einheit von Kommunisten und Linkssozialisten - weit über Parteigrenzen hinaus - ruft und auffordert. Eines ist sicher: Der RF wird wie bisher nicht einen Millimeter von jener Konzeption abweichen, zu der das feste Bekenntnis zur DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehört. Deshalb werden wir von vielen gelesen und respektiert - von anderen beachtet und von noch anderen beobachtet. Darauf sind wir stolz!

Jetzt hat der „RotFuchs“ - unsere Leser nennen ihn vertraut den „RF“ - einen neuen Bau bezogen. Am 27. Juli wurde in Berlin der „RotFuchs“-Förderverein e. V. gegründet, der die Eintragung ins Vereinsregister anstrebt. Satzung und Beitragsordnung wurden korrekt beschlossen. Die Teilnehmer des ersten

Treffens erklärten ihren Beitritt. Der einstimmig gewählte Vorstand repräsentiert ein breites Spektrum der deutschen Linken. An seiner Spitze steht der parteilose Historiker und Publizist Dr. sc. Gerhard Feldbauer - einst langjähriger DDR-Auslandskorrespondent in Vietnam und Italien, später Diplomat -, der aus dem Osten stammt und im Westen lebt. Kassierer - zuständig auch für Spenden, auf die wir mehr denn je dringend angewiesen sind - ist der RF-Kulturredakteur Wolfgang Metzger. Die Redaktion leitet nach wie vor der Journalist Dr. Klaus Steiniger. Zum Vorstand gehören Mitglieder und Sympathisanten der DKP, der KPD und der PDS sowie parteilose Genossen. Verschiedene Regionen aus Ost und West sind vertreten. Der bekannte Chirurg und der Taxi-Fahrer, die Schriftstellerin und der Lehrer, der Ökonom und der Ingenieur zählen ebenso zu den Gewählten wie der erfahrene Parteiarbeiter der SED.

Die Gründungsversammlung, an die sich ein kleines Gartenfest anschloß, verlief in einer Atmosphäre kommunistischer Solidarität und menschlicher Verbundenheit, ohne jeden Mißklang. Frank Mühlefeldt, der die Zusammenkunft leitete, verwies auf das wohl Wichtigste: „Unser Verein ist keine Partei. Er ist auch nicht - und ich möchte das hier ausdrücklich unterstreichen - eine Ersatzpartei. Er ist ein Instrument politischer Bildung und Wissensvermittlung im Rahmen unserer Weltanschauung. Er dient der Zusammenführung derer, die das gleiche wollen, aber vorerst noch getrennt marschieren.“

Und auch das wurde klar: Wer „RotFuchs“-Leser ist und dem Verein nicht beizutreten wünscht, wird seine Zeitung wie bisher gegen eine Spende, die wir in das Ermessen und die Möglichkeiten unserer Freunde stellen, pünktlich erhalten. Vereinsmitglieder zahlen - sind sie dazu in der Lage - einen Jahresbeitrag von 60 DM, sonst weniger, wobei die Zustellung des RF einbegriffen ist.

Schon liegen zahlreiche Briefe und telefonische oder mündliche Zustimmungs- und Beitrittserklärungen aus allen Teilen der früheren DDR, aber auch aus dem Westen - vom Süden Bayerns bis zur Küste - in der Redaktion vor. Mit dieser Ausgabe unserer Zeitung, die den reproduzierbaren Aufnahmeantrag enthält, beginnen wir ganz offiziell die Mitgliederwerbung. Der „RotFuchs“ hat einen neuen Kessel. Sein Weiterbestehen ist gesichert. Unter einer Bedingung: Daß uns die Leser und Unterstützer auch weiterhin die Treue halten. Wir zweifeln nicht daran, daß das so sein wird.

**Klaus Steiniger**



<b>Neuer Bau für den „RotFuchs“</b>	S. 1
<b>Eine profaschistische Regierung</b>	S. 2
<b>Aus der Satzung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. (in Gründung)</b>	S. 2
<b>Epoche - Revolution - Konterrevolution (2)</b>	S. 3
<b>Zum Revolutionsbegriff</b>	S. 4
<b>Warum ich die DDR verteidige</b>	S. 5
<b>Was war die DDR wert?</b>	S. 6
<b>Der Kampf um die neuen Normen</b>	S. 7
<b>Auf ausgetretenen Pfaden</b>	S. 8
<b>Triebtäter</b>	S. 9
<b>Die Haager Farce</b>	S. 10
<b>Urlaub in Kolumbien (2)</b>	S. 11
<b>Jähe Wendungen</b>	S. 12
<b>Zum Hundertsten von Harry Bridges</b>	S. 12
<b>Reformatoren oder Zerstörer?</b>	S. 13
<b>Über „Verwestlichung“ und „Zersetzung“</b>	S. 14
<b>Größe, Glanz und Gefahr</b>	S. 15
<b>Ungarn ohne Paprika</b>	S. 15
<b>Zeilen aus der Hölle</b>	S. 16
<b>Würdiges Verhalten</b>	S. 16
<b>An Polens Ostsee</b>	S. 16
<b>Was Russen kaufen können</b>	S. 17
<b>Moskau heute: 60.000 Besprisornis</b>	S. 17
<b>Empfehle Bananen-Aktien!</b>	S. 18
<b>Am Rande bemerkt</b>	S. 19
<b>Leserbriefe</b>	S. 20
<b>Anzeigen &amp; Infos</b>	S. 24

## Berlusconi ließ in Genua die Maske fallen

# Eine profaschistische Regierung

Konnte sich die profaschistische Regierung in Rom in den ersten Wochen nach ihrem Machtantritt noch unter dem demokratischen Mäntelchen, welches ihr die herkömmlichen bürgerlichen Koalitionspartner verschafften, verbergen, so steht Berlusconi nach Genua ohne Maske da. Es wurde offenkundig, daß er der mit den AN-Faschisten und den Rassisten der Lega Nord verbündete Chef einer autoritären Führerpartei ist, ein hemmungslos machtbessener Mann mit krimineller Vergangenheit, der sich selbst faschistoider Methoden bedient. Das Großkapital Italiens, zu dessen Spitzenfiguren er selbst gehört, hat ihn ans Ruder gehievt.

Die blutigen Tage von Genua haben gezeigt, daß der Schritt von einer verdeckt profaschistischen Regierung zu einem offen terroristischem Regime nicht groß ist und jederzeit vollzogen werden kann. Während des G8-Gipfels fand eine planmäßig und gezielt vorbereitete Machtbekundung statt, welche die Bevölkerung und die Opposition durch brutale Niederknüppelung der Gipfelgegner- und zwar ganz in dem aus der Mussolini-Ära bekannten Stil - einschüchtern sollte. Berlusconi und sein faschistischer Vizepremier Fini führten vor, daß Kritik an der radikalen Rechtsregierung nicht geduldet wird. Nicht nur Hunderte nach SA-Manier in ihrem nächtlichen Quartier überfallene und zusammengeschlagene Demonstranten glaubten, ein Putsch wie in Chile sei im Gange; auch viele der im alten Geist großgewordenen Polizeioffiziere wähten offensichtlich, die „Stunde X“ der Abrechnung mit den Linken sei gekommen, man könne endlich die demokratischen Hüllen fallenlassen und offen die Symbole von Gestern zeigen. Der Hintergrund ist bekannt: Mit der durch die CIA und ihre italienischen Partnerdienste sowie einheimische Faschisten jahrzehntelang praktizierten „Spannungsstrategie“, die hunderte Tote und tausende Verletzte forderte, wurde dem Machtantritt der Regierung Berlusconi und dem Blutausch ihrer Polizei in Genua der Weg bereitet. Vor und während des G8-Gipfels legte man diese berüchtigte Strategie, zu deren Standardpraktiken das Einschleusen von Polizeiagenten in ultralinke Organisationen gehört, in Form der Infiltrierung des „Schwarzen Blocks“ wieder auf.

Nicht zuletzt verdeutlichte Genua die Begrenztheit des bürgerlichen Parlamentarismus, dem - wie Lenin es formulierte - die Bereitschaft wesenseigen ist, jederzeit eine „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion“ zu vollziehen. (LW 23/34) Beleg dafür ist, daß dieselben Polizisten, die jetzt Antifaschisten krankenhaushausreif schlügen, nur sechs Wochen zuvor noch dem Kommando der Mitte-Links-Regierung unterstanden hatten, in Genua aber - von einigen kritischen Stimmen abgesehen - den Befehlen Berlusconis und seines Innenministers folgten und bedenkenlos zu faschistischen Terrormethoden griffen.

Berlusconis Rechnung ging jedoch keineswegs in der erwarteten Weise auf. Es gelang dem Riesenaufgebot des italienischen

Repressionsapparates nicht, die Gipfelgegner aus vielen Ländern zur Aufgabe zu zwingen. Sie formierten sich nach den Knüppelattacken der Polizei immer wieder zu neuem Vorgehen. Insgesamt 300 000 Demonstranten zeigten den G8-Politikern auf ihrem imperialistischen Weltgipfel, daß starke Kräfte des Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung heran- und die Bäume der „Globalisierer“ nicht in den Himmel wachsen. Insgesamt beteiligte sich etwa eine Million Italiener an den Protesten. Nach dem Kräfteressen in Seattle, Prag und Göteborg wurde Genua zur seit Jahren größten antiimperialistischen Kampfaktion. Berlusconi, der als Chef der politischen Exekutive fungierende reichste Kapitalist Italiens, wurde dabei persönlich an den Pranger gestellt und international abgestempelt.

Fausto Bertinotti, Sekretär der klassenkämpferischen Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC), dessen Genossen einen großen Anteil an der landesweiten Organisation des Massenwiderstandes hatten, zog den Schluß, in Genua habe eine neue Generation die Bühne des Kampfes gegen den Imperialismus betreten. Sie stelle die „kapitalistische Globalisierung“ kühn in Frage. Eine breitgefächerte und in vielen Organisationen verankerte „großartige Bewegung“ sei geboren worden. Man könne sogar von einem „qualitativen Sprung“ sprechen.

Was unseren Kampf in der Bundesrepublik betrifft, so sollten wir aufmerksam die große Zahl deutscher Jugendlicher in Betracht ziehen, die trotz des Terrors der Berlusconi-Polizei die Stirn boten und gegen die internationale Ausbeuterklasse demonstrierten. Ihnen wie allen anderen, die in Genua mit außerordentlichem Mut und großer Opferbereitschaft dem Imperialismus den Kampf ansagten, gehören unsere Bewunderung und Solidarität.

Gerhard Feldbauer



### Aus der Satzung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. (in Gründung)

## § 2 Ziele und Aufgaben

(1) Die Tätigkeit des Vereins zielt darauf ab, seine Mitglieder und Freunde auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus politisch zu bilden. Er fördert die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse sowie deren Verbreitung. Der Verein unterstützt alle der Völkerverständigung dienenden Bestrebungen; im Rahmen seiner Bildungsarbeit bekämpft er rassistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und ist dem Antifaschismus verpflichtet. Er pflegt das humanistische Kulturerbe und vertritt den Gedanken der Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

(2) Zur Verbreitung seiner Zielsetzungen gibt der Verein die Monatszeitschrift „RotFuchs“ - Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur - heraus und fördert ihr regelmäßiges Erscheinen. Als Foren des Meinungsaustauschs führt er außerdem öffentliche Bildungsveranstaltungen wie Seminare, Kolloquien, Konferenzen u. ä. Zusammenkünfte durch. Er ergreift im Rahmen seiner Möglichkeiten alle Maßnahmen, die ihm zur Erreichung der Vereinsziele geeignet erscheinen.

(3) Der Verein entfaltet seine gesamte Tätigkeit nach den Prinzipien der Solidarität und gegenseitigen Achtung sowohl zwischen den Vereinsmitgliedern als auch gegenüber Personen und Organisationen mit verwandter Zielsetzung im In- und Ausland.

(4) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung durch Förderung der politischen Bildung, vor allem auf den Gebieten der Gesellschaftstheorie, der Philosophie, der Ökonomie und der Kultur. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(Der volle Wortlaut der Satzung kann bei der Redaktion bestellt werden.)

## Epoche - Revolution - Konterrevolution (2)

Ich will keinesfalls einer unkritischen Aufarbeitung der Geschichte das Wort reden - eher umgekehrt. Nur ausgehend von einer prinzipiellen Bejahung der Oktoberrevolution, der Revolutionen in den anderen Ländern des realen Sozialismus, nur ausgehend von einer prinzipiellen Bejahung des nachfolgenden Aufbaus des Sozialismus wird diese kritische Aufarbeitung erst möglich sein.

Aus dieser grundsätzlichen, notwendigen Bejahung des sozialistischen Charakters der europäischen realsozialistischen Gesellschaften ergibt sich für mich auch die Antwort auf die Frage, ob wir es Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre mit Konterrevolutionen zu tun hatten oder nicht. Für mich eindeutig handelte es sich dabei um rückwärtsgewandte grundsätzliche Veränderungen der bestehenden Macht- und Gesellschaftsverhältnisse. Nichts anderes beschreibt aber in wissenschaftlicher Hinsicht das Wort Konterrevolution. Auch hier sollten wir korrekt bleiben und die Erscheinung nicht mit dem Wesen verwechseln. Weder der weitestgehend unblutige Verlauf noch die Tatsache, daß diese Konterrevolution im wesentlichen nicht gegen den erbitterten Widerstand breiterer Volksmassen durchgesetzt wurde, nimmt am Wesensgehalt etwas weg. Gerade, weil die DKP in ihrer Geschichte auch den Revolutionsbegriff gegen romantische Bauchrevolutionäre (RRRevolution ist immer blutig) verteidigte, sollten wir auch hier bei der Wissenschaftlichkeit bleiben. Härter gesagt, in programmatischen Dokumenten können wir darauf nicht verzichten.

Nun mag angeführt werden, daß wir in programmatischen Dokumenten an einigen Stellen auf Termini verzichten, die historisch korrekt herausgebildet wurden (z. B. „Diktatur des Proletariats“), und warum dann nicht auch hier. Der Unterschied ist, daß wir diese Termini in unseren Dokumenten durch Formulierungen des gleichen Wesensinhalts ersetzen (politische Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten), aber keinesfalls inhaltlich über Bord werfen.

Gegen die Verwendung des Begriffs Konterrevolution wird weiterhin angeführt, daß wir uns damit einer Sichtweise anschließen würden, die keine oder kaum innere Ursachen für die Niederlage des Sozialismus z. B. in der DDR sieht. Auch hier wird m. E. etwas in den Begriff hineininterpretiert, was einer wissenschaftlichen Betrachtung nicht standhält. Da ich mich damit aber nicht auseinandersetzen will, hier nur einige Gedanken zum Verhältnis äußerer und innerer Faktoren:

- Teilweise finde ich diese schwer voneinander abgrenzbar. Natürlich war z. B. die Versorgung mit bestimmten Konsum- und Luxusgütern in der DDR im Vergleich mit der BRD ein Problem. War das nun aber, angesichts der Möglichkeiten des BRD-Imperialismus, sich als Schaufenster zu gestalten (auch aufgrund von Extraprofiten auf Basis der internationalen Ausbeutung) ein äußerer oder ein innerer Faktor? Waren ökonomische Probleme in Folge der Politik des Totrüstens innere oder äußere Probleme?

- Andere Problemkomplexe sind durchaus als innere zu bewerten, die aus heutiger Sicht auch dringend aufzuarbeiten sind. Hierzu zähle ich Fragen der Partei, wie z. B.:

\* Ist es richtig darauf zu vertrauen, daß die kommunistische Partei vor allem auch dadurch führend bleibt, daß sie Massenpartei ist (immerhin waren in der DDR etwa 12,5 % der Bevölkerung in der SED organisiert)?

\* Wie verhindert man unter sozialistischen Bedingungen, daß die KP zur Karriereleiter und damit dem Karrierismus mit all seinen Folgen (Widerspruchslosigkeit, kaum Kritik und Selbstkritik) Tür und Tor geöffnet wird? - Innere Probleme sind z. B.:

\* Wie können wir vermitteln, daß unterschiedliche ökonomische Prioritätensetzungen (z. B. Bildungswesen, internationale Solidarität) zu objektiven Werten führen, auch wenn dadurch in bestimmten Situationen der Vergleich in der direkten Versorgung mit Konsumgütern zu den Schaufenstern des Kapitalismus (aber auch nur zu diesen), schlecht ausgeht? Kurz, wie vermitteln wir ein anderes Wertesystem?

\* Wie können wir die Einbeziehung der Eigentümer der Produktionsmittel in die notwendige gesamtgesellschaftliche Planung so organisieren, daß sie sich trotzdem als Eigentümer fühlen? Hier lohnt es sich sicherlich auch auszuwerten, warum (zumindest ist dies mein Eindruck) dieses Bewußtsein in bestimmten Phasen der Entwicklung der DDR oder auch in bestimmten ökonomischen Segmenten (LPG-Bauern) ausgeprägter war als in anderen.

\* Wie löst man den Zwang, daß man unter einer kapitalistischen Dominanz des Weltmarktes die eigene Währung kaum konvertierbar machen kann, ohne letztlich die Hoheit über die Staatsfinanzen zu verlieren, und man andererseits trotzdem devisenunabhängig ist?

\* Wie können wir verhindern, daß demokratische Mechanismen letztendlich zu Formalien verkommen; wie können wir „unabhängige“ Kontrollinstanzen schaffen, ohne daß diese unparteilich werden? Ein kleines Beispiel: Ich erlebte Mitte der 80er Jahre die Jahreshauptversammlung einer FDJ-Betriebsgruppe, die auf eine halbe Stunde terminiert war, zu der aber auf Büttenpapier eingeladen wurde. Das konnte nur ein rein formelles Abhaken vorgegebener Inhalte sein.

\* Wie können wir die notwendige revolutionäre Wachsamkeit mit der größtmöglichen Offenheit für Kritik verbinden?

\* Wie ist die Rolle der Gewerkschaften zu entwickeln (auch hier lohnt sich m. E. das genaue Analysieren unterschiedlicher Wege in verschiedenen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten)?

Ich hoffe damit deutlich gemacht zu haben, daß ich nun wirklich nicht als einzige Ursache den Verrat oder die Arbeit der kapitalistischen Geheimdienste sehe, die zu unterschätzen aber auch sträflich wäre und deren Ausmaß wir vermutlich nicht so schnell erfahren werden. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Biographien halte ich es übrigens für völlig normal, daß es bei der Gewichtung der Ursachen zu Unterschieden kommt. Dies zusammenzuführen und zu einer der Wahrheit möglichst nahen Meinung der Partei zu machen, ist ja gerade das Spannende und Notwendige. Es kann allerdings nicht klappen, wenn ein Teil des bei uns vorhandenen Spektrums dabei isoliert wird. Insofern halte ich auch die Aussage vom Bilden einer Legierung (auch einer

neuen) durchaus nicht für falsch, da es sowohl in der Bewertung der Vergangenheit (als Voraussetzung für das Lernen für die Zukunft) als auch bei der Entwicklung einer heutigen Strategie und Taktik um das Aufgreifen der unterschiedlichsten Erfahrungen und das produktivste Zusammenführen und Verallgemeinern geht. Dies kann durchaus zu einer neuen Qualität führen. Damit meine ich indes nicht irgendwelche inhaltlosen Vereinigungsphantasien, wie es sie auch geben mag.

Zuletzt zu zwei weiteren strittigen Positionen. Im Mannheimer Parteiprogramm von 1978 formulierten wir: „Der reale Sozialismus ist die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse.“ Es ist mir aus folgenden Gründen nicht nachvollziehbar, warum diese Formulierung nicht nach wie vor ihre Berechtigung hat:

\* Der errichtete Sozialismus in staatlicher Form ist vor dem Erreichen höherer gesellschaftlicher Stadien natürlich die höchste Errungenschaft, weil die Arbeiterklasse im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts am weitesten vorgedrungen war, unabhängig davon, ob sie, durch welche Faktoren auch immer, diesen Fortschritt wieder verloren oder gar verspielt hat.

\* Wie oben ausgeführt und wie in heutigen Dokumenten beschlossen hat dieser Ausbruch Bleibendes hinterlassen. Auch dies geht nur, wenn das geschaffene Etwas (und ich meine, es war Sozialismus) fortgeschrittener war als der bestehende Kapitalismus/Imperialismus. Oft wird dagegen angeführt, daß solche Aussagen Menschen abschrecken, von uns fernhalten. Da ist sogar wahrscheinlich etwas dran. Aber die Äußerung von aus marxistischer Sicht erarbeiteten Tatsachen darf uns an deren Feststellung nicht hindern, schon gar nicht um des kurzfristigen Erfolgs willen. Dies wäre ein Sieg des Populismus über die Exaktheit, der sich langfristig nie auszahlt. Dabei haben wir natürlich den Unterschied zwischen Agitation, Propaganda und programmatischen Dokumenten zu beachten.

Im Gegensatz dazu halte ich allerdings die Aussage von der SED als der erfolgreichsten kommunistischen Partei auf deutschem Boden in ihrer Verkürzung für falsch. Die Aussage stimmt, was z. B. die Vereinigung von SPD und KPD, die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Bündnis mit anderen und den Übergang zum Aufbau des Sozialismus angeht. Hier war die SED sicherlich die am weitesten fortgeschrittene Kraft, in der Kommunisten wirkten bzw. die zur kommunistischen Partei wurde (wobei möglicherweise auch Fehler gemacht wurden, die man aufarbeiten, für die man sich aber niemals vor dem Klassengegner oder der Sozialdemokratie entschuldigen muß). Gleichzeitig ist die SED aber die Partei (und aus meiner Sicht kommt dabei der Parteifrage eine große Bedeutung zu), die nicht verhindern konnte, daß der reale Sozialismus in der DDR zerschlagen wurde. Dafür war sie, bei aller Bedeutung äußerer Faktoren, zu schwach.

*Patrik Köbele ist Bezirksvorsitzender der DKP Ruhr-Westfalen und Mitglied der Programmkommission seiner Partei. Er gehört dem PV der DKP an.*

## Zum Revolutionsbegriff

Als es im Herbst 1989 der inneren und äußeren Konterrevolution gelang, die sozialistische Ordnung in der DDR zu zerstören, prägten bürgerliche Publizisten und Opportunisten aller Couleure den Terminus von der „friedlichen Revolution“, die nunmehr eine „freiheitlich-demokratische Ordnung“ bescheren würde. Zugleich bezeichneten sie „nicht erneuerte“ Kommunisten, die es noch gab und gibt, als „konservative Betonköpfe“, die außerstande seien, die lichten Höhen des freiheitlich-parlamentarischen Himmelreiches zu erstürmen. Diese Orthodoxen - so wurde behauptet - verharren weiterhin in einem erstarrten Zustand marxistisch-leninistischer Umnachtung. Inzwischen sind die Nebel weitgehend gewichen.

Der Revolutionsbegriff wurde und wird, wie man sieht, unterschiedlich bis gegensätzlich verwendet, solange Klassen und Klassenkampf existieren.

Das Wort „Revolution“ hat seinen Ursprung in der Astronomie. „Revolutio“ als Substantivierung von „revolvere“ bezeichnete die kreisförmige Bewegung der Gestirne, deren Umlauf als ständige Wiederkehr in den vorangegangenen Zustand. „Revolutio“ ist also die Wiederherstellung einer vorherigen Situation. Folgt man diesem astronomisch definierten Begriff, dann haben die Erfinder der „friedlichen Revolution“ in der DDR recht, nämlich den vorherigen Zustand, die monopolkapitalistische Ordnung, wiederhergestellt zu haben. Damit wird die Restauration des Kapitalismus in eine „Revolution“ umgefälscht.

Die Chronisten der Antike und des Mittelalters kamen noch nicht auf die Idee, Massenbewegungen der ausgebeuteten Sklaven bzw. Leibeigenen als Revolutionen zu bezeichnen. Solche Aufstände wurden als bloße „Störungen“ der von den Göttern bzw. von Gott gegebenen Ordnung betrachtet. Selbst die großen Reformationsbewegungen und Bauernkriege des 15. und 16. Jahrhunderts wurden noch nicht als frühbürgerliche Revolutionen erkannt. Eine solche Bestimmung konnte erst später erfolgen. Anfänge einer Revolutionstheorie lassen sich auf die Mitte des 17. Jahrhunderts datieren, im Zusammenhang mit der zeitgenössischen Literatur der Unabhängigkeitsbewegung Portugals von Spanien (1640) und der englischen Revolution (1660-1688). Der neuzeitliche, auf die Gesellschaft bezogene Revolutionsbegriff kam erst mit der Großen Französischen Revolution auf, mit den Erkenntnissen der Existenz von Klassen und Klassenkampf. Mit der Widerspiegelung der Französischen Revolution in der deutschen Aufklärung, namentlich bei Kant, Fichte und Hegel, fand der Revolutionsbegriff Eingang in die klassische deutsche

Philosophie. Marx und Engels konnten bei der Ausarbeitung der dialektisch-materialistischen Revolutionstheorie daran anknüpfen.

Wenn die vormarxistischen Theoretiker auch den Revolutionsbegriff noch nicht aus den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen erklären konnten, so versteckte sich doch, wie Engels schrieb, „hinter den pedantisch-dunklen Worten dieser Professoren, in ihren schwerfälligen, langweiligen Perioden“ die Revolution. Soweit die preussischen Monarchen von Gottes Gnaden dies bemerkten, wurden die Gelehrten dafür auch gerüffelt, wie Kant von Friedrich Wilhelm II., der aufrief, gegen dessen „schädliche Schriften“ vorzugehen.

Wenn auch für den heutigen Leser nicht ganz einfach aufzunehmen, möchte ich doch einige „pedantisch-dunkle“ Worte aus den „schädlichen Schriften“ des sonst recht zahmen Königsberger Professors über die Französische Revolution zitieren: „Die Revolution eines geistreichen Volks, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, mag gelingen oder scheitern; sie mag mit Elend und Greuelthaten angefüllt sein ... diese Revolution, sage ich, findet doch in den Gemütern aller Zuschauer ... eine Teilnehmung dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt, und deren Äußerung selbst mit Gefahr verbunden war, die also keine andere als eine moralische Anlage im Menschengeschlecht zur Ursache haben kann.“

Schenken wir Kant die „moralische Anlage“ als Revolutionsursache, seine Erkenntnis, daß die Französische Revolution zur „Nachahmung“, wenigstens dem „Wunsche nach“, reizt, ist jedoch von theoretischer Bedeutung. Desgleichen seine geradezu aktuelle Erkenntnis, daß „... wenn die Revolution ... eines Volkes gegen das Ende doch fehlschläge, oder, nachdem diese einige Zeit gewährt hätte, doch wiederum alles ins vorige Gleis zurückgebracht würde ...“, so verlöre sie „doch nichts von ihrer Kraft. Denn jene Begebenheit ist zu groß, zu sehr mit dem Interesse der Menschheit verwebt, und, ihrem Einflusse nach, auf die Welt in allen ihren Teilen zu ausgebreitet, als daß sie nicht den Völkern, bei irgendeiner Veranlassung günstiger Umstände, in Erinnerung gebracht und zu Wiederholung neuer Versuche dieser Art erweckt werden sollte ...“

Marx führte ein gutes halbes Jahrhundert später nach der Niederschlagung der europäischen Revolution 1849 diese von Kant geäußerte Erwartung weiter aus, indem er erkannte, daß die Konterrevolution „die Erzeugerin eines neuen ... siegreichen revolutionären Gegenschlags“ sein wird. (MEW 6/205)

Kant band bereits den Revolutionsbegriff



an den Fortschrittsbegriff, wenn er diesen auch noch aus der Entwicklung der „moralischen Anlagen“ des Menschengeschlechts erklärte. Es blieb Marx und Engels vorbehalten, mit der Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung den Revolutionsbegriff aus der ökonomischen Determiniertheit der Klassenkämpfe, den Fortschrittsbegriff aus der progressiven Aufeinanderfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen zu erklären und mit dem Epochebegriff zu verbinden. Revolutionen gehen aus dem Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hervor. Wenn die Produktionsverhältnisse als Entwicklungsformen der Produktivkräfte in deren Fesseln umschlagen, „... tritt ... eine Epoche sozialer Revolution ein“. (MEW 13/9)

Auch die Delegitimierung der DDR durch die bürgerlichen Medien sowie die Entschuldigungseuphorie von Führungskräften demokratischer Sozialisten ändern nichts daran, daß die im 20. Jahrhundert eingeleitete „Epoche sozialer Revolution“ im 21. Jahrhundert ihre gesetzmäßige Fortsetzung finden wird.

Ulrich Huar

### Leseempfehlung:

**Friedrich Engels:** *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Abschn. I, MEW 21/265-273*

**Karl Marx:** *Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, MEW 7-11*

**Diese Zeitung wird nur durch Spenden finanziert.**

Sie können auf dem bisherigen Weg oder auf das Konto:

W. Metzger, Sonderkonto  
„RotFuchs“, bei der Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00),  
Kto.-Nr.: 220 160 759  
übermittelt werden.

## Über „gottlosen Bolschewismus“ und einen „atheistischen Staat“

## Warum ich die DDR verteidige

„Die DDR war spießig, miefig und mittelmäßig. In ihr wurden der Geist zensiert, das Volk eingesperrt, die Jugend bevormundet, die Kinder zum Haß erzogen, die Kirchen unterdrückt, das Unternehmertum erstickt. Die DDR war unmodern, gelenkt durch Moskau und regiert von Bürokraten.“

Diese Liedstrophe und noch einige weitere dazu werden von sogenannten Bürgerrechtlern aus dem Osten und so manchem liberalen Westdeutschen aus den Mittelschichten angestimmt, wenn die Rede auf den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat der deutschen Geschichte kommt. Ich will nicht behaupten, daß das glatte Gegenteil dieser Suaden die Wahrheit ist, denn platte Gegenteiligkeiten sind meist auch nur Plattheiten. Stattdessen will ich etwas anderes behaupten und diese Behauptung begründen. Zunächst die Behauptung:

Die DDR war eine Gesellschaft der Anfänge und Anläufe, der Suche und der Versuche, der Teilergebnisse und Teilerfolge, der Bruchstücke und Fragmente von etwas Neuem in der Geschichte der Menschheit, das ich eine **menschengerechte und solidarische Gesellschaftsform nennen will** - um einmal die abgegriffene Bezeichnung „Sozialismus“ zu vermeiden und zugleich näher zu bestimmen. Insofern war die DDR das äußerste Gegenteil von einem „totalitären System“, als das die gewöhnlichen Antikommunisten den 41jährigen zweiten deutschen Staat stigmatisieren wollen. Tatsächlich totalitär im vollen Wortsinne dagegen ist das Gesellschaftssystem, in dem das Geld nicht nur Ausdruck des Wertes aller Waren ist, sondern in Gestalt der Rendite und des Profits den höchsten Wert auf der gesellschaftlichen Pyramide überhaupt darstellt. Das Streben nach Geldvermehrung ist zugleich die innerste Triebkraft dieser Gesellschaft wie Handlungsmotivation noch des Ärmsten in ihr.

Was folgt daraus für den Christen?

Die Bibel im Ersten („Alten“) Testament (= Thora) nennt den Gott des Geldes und Besitzes „Mammon“ (Sir 31,8) und fordert mit dem bekannten Ersten Gebot: „Ich bin der Herr, dein Gott, der dich aus dem Knechtshaus befreit hat. Du sollst nicht andere Götter haben neben mir“ (2. Mose 20,2 f.). Im Talmud (rabbinischer Kommentar zur Thora) wird vor ihm gewarnt. Im Zweiten („Neuen“) Testament wird die Warnung vor dem Haben und Besitzen von Jesus Christus aufgegriffen und verschärft. Er spricht mehrfach vom „ungerechten Mammon“. Dieser Gott Mammon und der lebendige Gott sind einander absolut ausschließende Größen. Der wahrhaft Glaubende kann nur den einen oder den anderen als Herrn anerkennen, aber nicht beide gleichzeitig. Folgerichtig sagt Jesus in seiner Bergpredigt: „Niemand kann zwei Herren dienen. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ (Matth. 6,24) Wenn es aber so ist, daß das Kapital („der Mammon“) dieses System im Innersten zusammenhält und total bestimmt, muß daher diese totalitäre kapitalistische Gesellschaftsordnung zugleich eine zutiefst atheistische genannt werden. Völlig unabhängig davon, daß in ihr Religion möglich ist, Kirchen sogar privilegiert tätig werden, christlich genannte Parteien und Gruppierungen agieren, ja ein

„Gott“ genanntes höheres Wesen sogar einen konstituierenden Bestandteil von Grundgesetz und Länderverfassungen darstellt - völlig unabhängig davon ist also nach biblischen Maßstäben dieses kapitalistische System atheistisch, gottwidrig!

Da in der DDR die gesellschaftliche Funktion des Geldes nur noch gebrochen, also uneigentlich existierte, war die entmenslichende Wirkungsweise des Mammon weitgehend aufgehoben. Die wichtigsten Dinge des Lebens waren durch Geld nicht zu erhalten: Wohnung und Bildung, Arbeit und Kultur. Für die weniger wichtigen oder auch die Luxus-Dinge dagegen war ein relativ hohes Äquivalent an DDR-Mark zu entrichten: Markenkleidung, Luxusartikel des Freizeitbedarfs, Autos. Im Grunde war hier ein Gedankengang von Jesus Christus aus seiner Bergpredigt ein Stück erfahrbarer Wirklichkeit für DDR-Bürger geworden: Seht die Vögel unter dem Himmel an: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch. Seid ihr denn nicht viel mehr als sie?“ (Matth. 7,26) Aus diesen und weiteren Sätzen dieser Rede von Jesus darf man nicht den Schluß ziehen, als ob er dem Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben das Wort reden, dem Nicht-arbeiten-Müssen den Vorzug geben würde. Der Sinn der Rede ist jedoch ein anderer: „Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen.“ (Matth. 7,33)

Übertragen auf die Lebensverhältnisse in der DDR bedeutet das: Im Reich der auf dem Wege befindlichen Gerechtigkeit waren wir inzwischen soweit, daß wir arbeitsschwache oder straffällig gewesene, aber auch beschädigte und behinderte Mitbürger weitgehend miternährt und mitgekleidet, mit Wohnraum versorgt und kulturell betreut haben; d. h., diese „gerechtere Gestalt menschlichen Zusammenlebens“ (so die Sozialismus-Definition evangelischer DDR-Bischöfe aus dem Jahre 1969, von der sie heute nichts mehr hören wollen) war bereits fähig dazu, dem Leitbild des Bergpredigers aus Nazareth erfahrbare gesellschaftlich-politische Konturen zu verleihen - mit den Möglichkeiten, die die Produktivkraftentwicklung von 2 000 Jahren seitdem eröffnet hatte. Eine „atheistische Gesellschaft“?

Weil die lange Zeit führende Kraft, die SED, zuerst nach eben diesem Reich der Gerechtigkeit getrachtet hat, konnten vielen Menschen der DDR bereits Dinge des täglichen Lebens zufallen, die in der BRD mühsam vom Sozialamt erkämpft oder von milden Spendern erbettelt werden müssen. Der tatsächliche Atheismus, die Gottlosigkeit des Kapitalsystems ist daran zu erkennen, daß im geldregierten Deutschland kein Rollstuhlfahrer mehr irgend ein Werktor dieses Landes passiert, kein „Knacki“ nach abgessener Strafe mehr eine komplett eingerichtete Wohnung, einen Arbeitsplatz und einen „gesellschaftlichen Betreuer“ zur Wiedereingliederung erhält. Die DDR, ein „gottloses Land“? Jesus Christus in seiner Rede vom Weltgericht: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ (Matth. 25,40)

Was folgt aus all dem? Nicht überall, wo „Gott“ draufsteht, ist Gott drin - und umgekehrt! Weil in der DDR der Mammon weitgehend - jedenfalls strukturell, leider nicht in hinreichend vielen Köpfen! - entmachtet war, konnten erste Konturen eines Reiches der Gerechtigkeit erahnt werden, auf dessen Firmenschild zwar nicht „Gott“ oder „Christus“ zu lesen stand, das aber kaum ein gottloses Unternehmen genannt werden kann. Wir neu vom Mammon Eingesammelten sollten uns jedenfalls auch im Nachhinein nicht einreden lassen, daß wir uns unserer „Alu-Chips“ zu schämen hätten. Im Gegenteil: am mammonetären Zahlungsmittel DM, Dollar und Euro klebt Blut, während an den Chips nur Arbeiterschwweiß und eine Menge Bürokratenstaub haften. Also sollten wir darauf eher stolz sein, daß wir einige Jahrzehnte lang dem Mammon-Götzen nicht zu opfern brauchten. Und manche gute Genossin, manch guter Genosse, stolz auf ihre/seine „atheistische Weltanschauung“, kann sich heute glücklich schätzen, daß sie/er einige Schritte auf dem Weg zum Reich der Gerechtigkeit gehen konnte, von dem Christen und anders Religiöse meinen, es sei das Reich Gottes.

Die gottlosen Kapitalisten haben immer besonders viele Tränen vergossen, wenn es darum ging, unsere Kinder und Jugendlichen zu bedauern, die in einem angeblich „atheistischen Staat“ aufwachsen mußten. Daß sie hier gemeindebezogene Christenlehre erfahren und ein staatsunabhängiges religiöses Leben gestalten konnten, verschwiegen sie dabei tunlichst. Ich habe auch nie gehört, daß sie zur Zeit der DDR Militärseelsorge für die NVA gefordert hätten. Wie denn auch? Viele jugendliche Christen der DDR haben sogar entdeckt, daß sie „Schwerter zu Pflugscharen“ schmieden wollten. Nur wenige schmieden heute noch. Die meisten meinten nämlich nur die „gottlosen“ Waffen der Kommunisten, die abgerüstet werden sollten. Die anderen Waffen, die Waffen im Dienste des Mammon, haben über Jugoslawien inzwischen bereits wieder „gesprochen“, mit der seelsorgerlichen Begleitung durch die Diener des Kirchenamtes für die Bundeswehr.

Der angeblich von „göttlicher Vorsehung“ gesandte Führer des Nazi-Staates redete sich übrigens häufig in Rage, wenn er neben dem „internationalen Judentum“ seinen zweiten Hauptfeind geißeln wollte. Mit Schaum vor dem Mund sprach Hitler dann vom „gottlosen Bolschewismus“. In Wahrheit war auch er ein intimer Verehrer des Gottes Mammon und des diesen schon seinerzeit repräsentierenden Industrie- und Finanzkapitals. In den Kirchen haben es wegen seiner fromm klingenden Redensarten nur wenige - und das auch erst sehr spät - bemerkt, daß sie es mit einer wahrhaft gottlosen Ausgeburt zu tun hatten. Die Folge war die Hölle auf Erden. Damit die für die Zukunft verhindert wird, ist ein Zusammengehen aller Gutwilligen bei einem neuen Anlauf auf dem Weg zum Reich der Gerechtigkeit vonnöten, ungeachtet dessen, ob sie sich dabei als atheistisch oder als gläubig verstehen.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe, Weimar

## Siegfried Wenzel bei der DKP-Gruppe Berlin Nordost

## Was war die DDR wert?

Für den Abend des 27. Juli hatte die Gruppe Nordost Genossen Siegfried Wenzel eingeladen, in der DDR langjähriger Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und heute vielgefragter Autor des Buches „Was war die DDR wert?“ Etwa 40 Mitglieder und Gäste verfolgten die einstündigen Ausführungen, in denen er zahlreiche wenig oder gar nicht bekannte Fakten und Größen zu einer kenntnisreichen Analyse zusammenstellte und neuartige, z. T. überraschende Schlußfolgerungen präsentierte. Wie die lebhaft Diskussions zeigte, reizten seine Wertungen bisweilen zum Widerspruch, so die Charakteristik der DDR als „Staatssozialismus“ oder die Einschätzung der Möglichkeiten für ein Zurückdrängen des Profitprinzips im Rahmen der bestehenden Ordnung. Eine Genossin äußerte ihr Unverständnis für die „Obrigkeitshörigkeit“ in den Parteien der sozialistischen Länder, und ein Genosse bemängelte die in vielen Diskussionen anzutreffende „eurozentristische Sicht“. Wesentlich gewichtiger jedoch scheint mir die sowohl im Buch als auch im Vortrag deutlich gewordene profunde Kenntnis der Erfolge und Probleme, Leistungen und Mängel der DDR-Wirtschaft.

Eingangs charakterisierte Siegfried Wenzel das „Schicksal“, das die DDR-Wirtschaft seit 1990 ereilte: Heute sei das damals verfolgte strategische Konzept der herrschenden Kreise der BRD deutlich sichtbar. „Alles, was in 44 Jahren harter Arbeit geschaffen wurde, wird jetzt heruntergeredet und mit Schlagworten wie 'marode', 'Scherbenhaufen' usw. herabgesetzt.“ Bei diesem Konzept ging es zunächst um nichts anderes als um die Ausschaltung der Wirtschaft der DDR als Konkurrenz und um die „Eingliederung“ des Marktes der DDR. „Es war die geräuschlose Übernahme eines Marktes mit 16 Millionen Einwohnern.“ Weiterhin sei es um die Aneignung der wirtschaftlichen Substanz der DDR zu Schleuderpreisen gegangen: 85 % dieser Substanz seien in westdeutsche, 10 % in ausländische Hände gelangt, den Ostdeutschen nur ganze 5 % verblieben. Gleichzeitig habe man die Umleitung der ökonomischen Fördermittel in die Taschen der westdeutschen Konzerne und Banken betrieben. Im Buch (S. 163) wird dazu Henning Voscherau zitiert: „In Wahrheit waren fünf Jahre Aufbau Ost das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat.“ Schließlich sei es um die Entmachtung der „Elite“, d. h. der wissenschaftlich und technisch ausgebildeten und erfahrenen Leiter in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, gegangen. So habe man kürzlich im Rahmen einer Podiumsdiskussion mitgeteilt, daß

von 136 zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen noch ganze 6 von Ostdeutschen geleitet werden. Das Ergebnis dieser Strategie wird im Buch wie folgt beschrieben: „Heute, 10 Jahre nach der Vereinigung, zählt die Europäische Union die ostdeutschen Länder zu den ärmsten Regionen Europas, weil das Pro-Kopf-Einkommen nur rund 65 % des europäischen Durchschnitts erreicht.“ (S. 151)

Zur Charakteristik der DDR-Wirtschaftskraft im internationalen Vergleich zog der Redner das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Rate; danach habe die DDR in Europa an 4. Stelle gelegen, fast gleichauf mit Großbritannien, weit vor Spanien, Portugal oder Griechenland, allerdings nur bei reichlich 50 % der Alt-BRD. Damit hatte Siegfried Wenzel die Frage nach den Ursachen für diesen Abstand aufgeworfen. „Die tatsächlichen, objektiven, historischen und ökonomischen Bedingungen, denen die DDR ausgeliefert war, sind bisher noch von keiner Seite mit der notwendigen Offenheit dargelegt worden.“ Er nannte hier als gravierenden Faktor die Reparationsleistungen, die von der DDR für ganz Deutschland allein erbracht werden mußten. Sie hätten in den Jahren bis 1953 einen Wertumfang erreicht, der einschließlich der Demontagen 2 Mrd. Dollar mehr betragen habe, als die „Marshallplan“-Kredite für ganz Westeuropa ausmachten. „Je Einwohner wurden in der BRD 23 Reichsmark und in der DDR 1 349 Reichsmark geleistet.“ Dieses Handicap sei in den verbleibenden Jahren nicht aufzuholen gewesen. Hier liege „der Hauptgrund für das Zurückbleiben im ökonomischen Niveau, in der Produktivität und Effektivität“.

An anderer Stelle - im Zusammenhang mit den „Transfer-Leistungen“ der Bundesregierung für die „neuen Länder“ - kam Genosse Wenzel auf dieses Thema zurück. Beginnend in den Nachkriegsjahren seien Schulden der Westdeutschen gegenüber der DDR-Bevölkerung entstanden, die sich bis 1989 zu der Summe von annähernd 800 Mrd. DM akkumuliert hätten. Das sei eine Berechnung aus einem Gutachten, das 1990 veröffentlicht wurde. In ihm habe man die Einbehaltung dieser Mittel durch die Alt-BRD als „treuhänderische Verwaltung“ bezeichnet. Wenn man nun die seit 10 Jahren geleisteten Transferzahlungen dagegen rechne, gelange man zu folgendem erstaunlichen Ergebnis: Da die tatsächlichen Leistungen für den Osten jährlich nur 40 Mrd. DM und nicht - wie von Theo Waigel behauptet - phantastische 430 Mrd. DM betragen hätten, sei seit 1990 gerade mal die Hälfte der Schulden abgezahlt worden, die vor 1990 gegenüber der DDR-Bevölkerung aufgelaufen waren.

Trotz der schwerwiegenden Einschnürungen, denen die DDR-Wirtschaft von ihren

ersten Schritten an unterworfen war, sei in den 60er und 70er Jahren ein stabiles Wachstum des Nationaleinkommens von 3 bis 4 % jährlich erreicht worden. In den 80er Jahren hingegen seien neuen Probleme entstanden. Der Redner nannte sowohl hausgemachte als auch objektive, von denen an dieser Stelle nur die Preisexplosion für Rohstoffe auf dem Weltmarkt genannt werden kann. Vor allem die Erhöhung des Erdölpreises von 2 bis 3 Dollar pro Barrel (159 Liter) im Jahre 1960 auf 16 bis 17 Dollar im Jahre 1970 und - um die Jahreswende 1979/80 - sogar auf 35 Dollar pro Barrel. Damit seien für die DDR-Wirtschaft härtere Bedingungen entstanden, denen die Führung u. a. durch die Herauslösung von 6 Mio. t Erdöl aus dem Inlandsverbrauch und deren Verkauf im nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet entgegengesteuert habe. Zu diesem Zweck seien z. B. die Gewinnung von Rohbraunkohle um etwa 50 Mio. t erhöht und etwa 12 bis 15 Mrd. DDR-Mark Investitionen aus anderen Bereichen abgezogen worden. Dies sei zwar eine wirtschaftsorganisatorische Leistung gewesen, die aber auch nur geholfen habe, entstandene Probleme zu klären, nicht aber neue Produktivitätsquellen zu erschließen. Andererseits wird das Ergebnis u. a. in einem Bericht der Bundesbank von 1999 so charakterisiert, daß es der DDR zu Beginn der 80er Jahre relativ schnell gelungen sei, „ein respektables Liquiditätspolster aufzubauen“. Danach hätte die Netto-Verschuldung der DDR Ende 1989 nicht mehr als 19,9 Mrd. M betragen, was 80 % des bis dahin erreichten Höchststandes gewesen seien.

„Bleibt die Frage, welchen Anteil das gescheiterte sozialistische System am Zurückbleiben der ökonomischen Leistungsfähigkeit der DDR ... gehabt hat. Nach einer vorurteilsfreien Berücksichtigung aller Umstände kommt man zu dem Schluß, daß dieses ... Wirtschaftssystem ... respektable Ergebnisse erreicht hat, die teilweise über den Ergebnissen marktwirtschaftlich orientierter Länder Europas liegen. Man kann noch weiter gehen. Das marktwirtschaftliche System wäre nicht imstande gewesen, mit diesen aufgrund der historischen Entwicklung gegebenen außerordentlich ungünstigen Umständen ohne tiefe soziale Verwerfungen für die Mehrheit der Bevölkerung fertig zu werden ...“ Das ist wohl eine der zentralen Aussagen des Buches. (S. 168) Welches Fazit zieht der Berichterstatter, der an dieser Versammlung als Gast teilnahm? Daß es der DDR-Wirtschaftselite gelingen möge, ein Konzept zur Re-Industrialisierung Ostdeutschlands zu entwickeln, für dessen Umsetzung politisch zu streiten ein großer Interessentenkreis gefunden werden kann.

**Frank Mühlefeldt**

## Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (7)

## Der Kampf um neue Normen

Regelmäßig besuchte ich Lange, den Sozialdemokraten. Er war zweifellos der Wortführer aller, die sich im Betrieb gegen uns wandten. Es kam kein Gespräch zustande. Dennoch erklärte ich dem finster zuhörenden Mann, was die Parteiorganisation beabsichtige. Es war mir egal, ob er zuhörte. Jedenfalls konnte er nicht behaupten, daß ihn die SED schikanieren.

Wieder mal bei Max Trosin. Zwischen seinem Werkzeug lag ein Rechenschieber. Das hatte ich noch bei keinem Arbeiter gesehen. „Was machst Du denn damit, Max?“ Trosin betrachtete mich über seine Brille hinweg. Er war stark weitsichtig, die Gläser vergrößerten die Augen, so daß er mit seiner Hakennase wie ein alter Uhu aussah. „Du bist ja ein anständiger Mensch“, antwortete er. „Sieh mal, damit rechne ich mir meinen Lohn aus. Für das Teil hier sind zum Beispiel 480 Minuten vorgegeben. Ich habe Lohngruppe 8. Wenn ich vier Mark die Stunde verdienen will“, Max nahm den Rechenschieber, „muß ich es in 290 Minuten fertig haben.“

Ich begriff, warum die Arbeiter, wenn nach vielem Hin und Her neue Normen festgesetzt worden waren, in kurzer Zeit wieder dasselbe verdienen konnten. Das hier war kein Bergbau! Im Steinkohlenrevier, wo ich zuvor gearbeitet hatte, war es einfach: Vier Meter breit, zwei Meter hoch, ein Meter tief, acht Kubikmeter, das war die Norm, waren hundert Prozent. Kurz vor Schichtende kam der Steiger, legte den Zollstock an. Er brauchte nur die Breite zu messen, die Höhe war durch die Mächtigkeit des Kohleflözes bestimmt, mehr als einen Meter tief konnte man in die Wand sowieso nicht rein, es mußte ja immer wieder eine gerade Abbaufrente entstehen. Also nur die Breite: fünf Meter zwanzig, Normerfüllung von 135 Prozent. Einen Streit darüber gab es nicht, fünfundzwanzig waren fünfundzwanzig, fertig.

Bei den Metallarbeitern war das anders. Ein Dreher erklärte es mir: „Bei der alten Norm, da haben wir nicht danach gefragt, wenn wir mal stärkeres Material bekamen und mehr runterdrehen mußten. Solcher Mehraufwand war in der Zeitvorgabe drin, da gab es Polster. Jetzt, wo Ihr die Preise (er meinte die Normzeit) so gesenkt habt, da gehe ich eben zum Technologen und lasse mir für Übermaß oder für un rundes Material, für das ich mehr Zeit brauche, Aufzeit zuschreiben. Wenn mir früher mal der Drehmeißel abgebrochen ist, an einem Schlackeeinschluß im Guß, da hab ich ihn selber wieder angeschliffen. Heute gehe ich zur Werkzeugausgabe, hole einen neuen, oder laß mir die Zeit fürs Anschleifen bezahlen.“

Der mir das erklärte, war Mitte fünfzig, mittelgroß, schon ziemlich grau, ein bißchen krumm wie die meisten Maschinenarbeiter, die ihr Leben lang etwas vorgebeugt über der Drehbank stehen. Er war Sozial-

demokrat, hatte er mir erzählt. Er war nicht finster, nicht abweisend wie Lange. Aber über Politik konnte ich auch mit ihm nicht sprechen, da wich er aus, und darum ließ ich es sein. Wir sprachen meistens über die Karnickel, die er auf seinem Laubengrundstück in Baumschulenweg, an der Sektorengrenze zu Neukölln, züchtete. Aber was heißt das, wir sprachen nicht über Politik? Der sozialdemokratische Arbeiter begrüßte den Parteisekretär der SED freundlich, er demonstrierte, daß ihn das Kontaktverbot der SPD-Zentrale in der Ziethenstraße nicht interessierte. Und ich respektierte die Grenze, die er mir gezogen hatte, darum kamen wir gut miteinander aus. Auch Gespräche über Kaninchen können bisweilen Politik sein.

Ich hatte große Zweifel, ob die Ausarbeitung von Arbeitsnormen bei Einzelfertigung, gar für Werkzeugmacher, wirklich der Weg war, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Aber darüber konnte ich auch mit dem Genossen Überfeld, dem Kreissekretär, übrigens einem ehemaligen Sozialdemokraten, nicht sprechen. Erhöhung der Normen um mindestens zehn Prozent wurde gefordert, das war sogar eine Anordnung des Ministerrats.

Es ist im Nachhinein leicht zu sagen, daß Normerhöhungen, noch dazu administrativ festgelegte, eine wenig wirkungsvolle, ja gefährliche Methode waren, höhere Leistungen zu erzielen und das Verhältnis von Produktivität und Lohn, das ohne Zweifel häufig nicht stimmte, in Ordnung zu bringen. Aber eine andere Lösung gab es wohl kaum. Der Ersatz von im Krieg verschlissenen Maschinen war nur in Ausnahmefällen möglich. Folglich konnte eine Ausarbeitung neuer Normen nach Einführung neuer Technologien nicht erfolgen. Fast die gesamten, sehr geringen Investitionen der ersten Jahre mußten auf Vorhaben konzentriert werden, die ein Funktionieren

der Wirtschaft überhaupt erst gestatteten. Über Sein oder Nichtsein entschied, ob es uns gelang, den Folgen des Stahlembargos der Bundesrepublik zu begegnen, und das hieß, auf der grünen Wiese in Fürstenberg ein Hüttenwerk zu errichten. Die Sowjetunion konnte damals nicht alles liefern, was die ökonomisch rückständigen Volkswirtschaften brauchten. Bis auf die DDR und den westlichen Teil der CSR besaßen diese Staaten kaum Industrie. So war es unumgänglich, zuerst die Schwerindustrie neu aufzubauen, die der verarbeitenden Industrie Werkstoffe lieferte, vor allem Stahl, denn das war wiederum die Voraussetzung für die Produktion von Bergwerksausrüstungen, Energie- und Chemieanlagen - alles Erzeugnisse, die man bis 1945 fast ausschließlich aus dem Ruhrgebiet, von Mannesmann, Krupp, Demag, Klöckner-Humboldt-Deutz und Lurgi bezogen hatte. Ohne Stahl waren der sächsische Maschinenbau und die Elektroindustrie Berlins trotz empfindlicher Kapazitätsverluste durch Demontagen nicht auszulasten. Aber ohne daß die DDR der Sowjetunion Walzwerke, Schiffe, Eisenbahnwaggons lieferte, also materialintensive Produkte, konnten wir nicht erwarten, von ihr Eisenerz, Baumwolle, später Rohöl, Erdgas, Holz, Zellstoff und Apatit zu erhalten, um die Textilindustrie in Gang zu bringen und die verbliebenen Kapazitäten des Maschinenbaus zu nutzen. Woanders konnten wir all das nicht kaufen. Die DDR war von den kapitalistischen Waren- und Finanzmärkten abgeschnitten. Sie besaß keine Devisen und erhielt keine Dollarkredite...

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 7. Folge wir hier veröffentlichten, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1956“, GNN Verlag 1999, entnommen.)



*PDS-Führung verkauft Rechtsschwenk als „Mitte-Links“-Kurs*

## Auf ausgetretenen Pfaden

Auch wenn ihn manche in der PDS-Spitze ganz gern gesehen hätten: Ein Programm-Parteitag kann der für Anfang Oktober nach Dresden einberufene Kongreß nun doch nicht werden. Das in der Mitgliedschaft gärende Mißtrauen gegen einen im Eiltempo inszenierten programmatischen Richtungswechsel erweist sich für die Absichten der reformistischen Steuerleute als Hindernis. Durch ihre auf dem Münsteraner Parteitag erlittene Schlappe vorsichtiger geworden, gehen sie seitdem mit mehr Geschick zu Werke. Das sicherte ihnen bereits die widerspruchslose Gefolgschaft der Delegierten beim Cottbusser Parteitag. Nach diesem Rezept verfahren sie nun auch im Vorfeld von Dresden. Seit geraumer Zeit stellt die PDS-Führungsriege intensiv die Weichen, um vom Ufer der Elbe ein Mandat mitzunehmen, das ihr freie Hand zur Forcierung des reformistischen Kurses gibt.

Das dafür notwendige Einschlagen von Richtpflocken erfolgte insbesondere mit jenem Programmentwurf („I“), den das Dreigespann Klein & Gebrüder Brie anfertigte und der inzwischen von seinen Verfechtern als „der durch Gabi Zimmer vorgestellte Entwurf“ angepriesen wird. Obwohl dieses Papier in der PDS-Mitgliedschaft wie auch außerhalb der Partei auf heftige Kritik stößt, sollen ihm die Delegierten in Dresden den Rang einer „Arbeitsgrundlage“ für die weitere Programmdiskussion verleihen. So jedenfalls steht es in einem vom PDS-Vorstand jüngst beschlossenen „Leitantrag zur Strategie und Programmatik der PDS bis 2003“, der an den Dresdener Parteitag gerichtet ist. Dieser Antrag und der Programmentwurf („I“), ergänzt durch ein - auch schon mal als „Hirtensbrief“ bespötteltes - achtseitiges Schreiben der Vorsitzenden an die Parteimitglieder sowie die zeitgleich vorgelegten Wahlaussagen der PDS zur anstehenden Berlin-Wahl 2001, sind in ihren Grundaussagen identisch.

Worum es der Parteispitze vorrangig geht, machte Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch mit seiner Forderung deutlich, die PDS müsse „machtpolitische Ansprüche“ für sich reklamieren (ND-Schlagzeile vom 2. 7. 01). Und auch der „Leitantrag“ verkündet als Ziel, „mittelfristig in Deutschland ein Mitte-Links-Bündnis unter Einschluß der PDS“ zustande zu bringen. Es geht den Parteioberen also um Regierungsteilnahme bis zur Bundesebene. Nur das hat absolute Priorität. Und das ist solche Aussicht allein dadurch eröffnet, daß man für politische Konkurrenten - vornehmlich die SPD - als Koalitionspartner salonfähig wird, kommt man deren Forderungen devot nach. Diese bestehen vor allem im Verlangen nach Totaldistanzierung von DDR und SED sowie nach Verzicht auf jegliche systemverändernde, also revolutionäre Optionen. Der Eifer, durch diverse Entschuldigungsrituale und Komplizenschaft bei der Verächtlichmachung der DDR den Nachweis eigener Mit-Regierungsreife zu erbringen, veranlaßt inzwischen auch bürgerliche Journalisten zu dem Kommentar: „Fast noch schneller als die Grünen im Bund ist die PDS bereit, ihre bisherige Rolle als Fundamentalopposition aufzugeben“ (Schweriner Volkszeitung 16. 7. 01). Als Ersatz bietet die PDS-Spitze eine system-

verträgliche Reformpolitik an, die eine „demokratische, soziale und ökologische Wende“ in Aussicht stellt. Durch diese sollen dann die im Programmentwurf „I“ verheißenen „Freiheitsgüter“ aus dem Traumreich der Visionen in die irdische Wirklichkeit geholt werden. Dazu sei allerdings erforderlich, daß „die gesamtgesellschaftliche Dominanz von Profit zurückgedrängt“ werde. Wäre das ernstgemeint, würde es wohl bedeuten, die Allmacht des Kapitals zu beschneiden.

Nun begehren - wie das auch etliche im ND veröffentlichte Leserzuschriften erkennen lassen - nicht wenige PDS-Anhänger Antwort auf die Frage, wie denn das Überwinden dieser Kapitaldominanz unter kapitalistischen Bedingungen erfolgen solle. Die Parteiführung weiß um die Lösung des Rätsels: Eine „Mitte-Links-Koalition“ mit PDS-Beteiligung würde die politische Achse in Deutschland „nach links“ verschieben und den Weg für die leitanträglich beschworene Reformpolitik freimachen.

Nun wäre, käme sie zustande, eine solche Koalition keineswegs eine politische Weltneuheit. Mitte-Links-Konstellationen gab es nämlich während der letzten Jahrzehnte schon mehrfach, selbst in unmittelbarer Nachbarschaft. In Frankreich und in Italien waren ihre mageren Resultate und ihr eklatantes Scheitern zu besichtigen.

Hier ist nicht der Raum, das detailliert zu schildern. Exemplarisch sei nur auf das seinerzeit vom „sozialistischen“ Präsidenten Frankreichs, Mitterand, praktizierte Modell hingewiesen. Dessen Bilanz bestand - laut „Le Figaro“ - darin, zum einen „die Versöhnung der französischen Linken mit dem Kapitalismus, mit Geld, Börse und Profit“ zustandegebracht, zum anderen die Sozialistische Partei auf Kosten des kommunistischen Partners stark gemacht zu haben: „Es ging Mitterand darum, die kommunistische Braut zu heiraten, um ihr einen Teil der Mitgift, der Wählerschaft, abzunehmen.“ Für vier auf Zeit erhaltene Ministerposten hat die FKP damals teuer bezahlt. Das hinderte den jetzigen FKP-Führer, den Rechtsopportunisten Robert Hue, allerdings nicht daran, die abermals auf Reduzierung des kommunistischen Einflusses zielende neue „Ehe“ mit Jospin einzugehen, die die FKP nun völlig auf den Hund gebracht hat.

Allen politischen Zweckbündnissen dieser Art waren bestimmte Merkmale gemeinsam: 1. In keinem Falle gelang es, die Kapitaldominanz auch nur um einen Millimeter zurückzudrängen. 2. Soziale Reformen erwiesen sich als nicht dauerhaft, waren oft nur kosmetischer Natur und trugen eher zur Stabilisierung des Systems als zu substantiellen Verbesserungen der Lebenslage der Bevölkerungsmehrheit bei. 3. Das Paktieren von Kommunisten mit meist sozialdemokratischen Koalitionären - oft mit unverletzlichen Kompromissen bezahlt - führte durchweg zu gravierenden Verlusten an eigenem Profil und politischem Ansehen sowie, als Folge, zur Auszehrung des bisherigen Wählerpotentials und schließlich sogar zur Spaltung kommunistischer Parteien.

Wenn sie sich auf diesen ausgetretenen Weg

begibt, entfernt sich selbst eine als nichtkommunistisch definierte Linkspartei wie die PDS von ihrem noch immer erhobenen antikapitalistischen Anspruch.

Mit einiger Verspätung hat inzwischen auch die Führung der SPD begriffen, daß sie mit der „Benutzung“ der PDS politisch mehr gewinnen kann als mit deren weiterer Ghettoisierung und Verketzerung. Die von Egon Bahr entwickelte Strategie des „Wandels durch Annäherung“, wirkungsvoll angewandt zur Beseitigung der DDR, verspricht Erfolg auch bei ihrer Übertragung aus der Sphäre zwischenstaatlicher Politik auf die Parteiebene.

Es fällt schwer anzunehmen, daß die PDS-Spitzenleute aus Unwissenheit oder politischer Naivität ihre Partei auf den glitschigen Mitte-Links-Pfad bugsieren wollen. Ihnen dürfte kaum entgangen sein, welche Zukunftschancen ihr sozialdemokratischer Wunschpartner der PDS einräumt. Aus dem Munde von Erhard Eppler, langjähriger Chef der SPD-Grundwertekommission, hört sich das so an: „Wir müssen langfristig den Laden (gemeint ist die PDS - W. C.) übernehmen - inklusive der Wähler.“ Zumindest was die Funktionäre betreffe, sei die PDS schon, „im Kern sozialdemokratisch“. Und wenn sich die übrige Partei schließlich wegen ihrer Altersstruktur „einfach biologisch erledigt“, würden die Führer schon merken, daß man sozialdemokratische Politik „am besten in der SPD macht“.

Bei der Sache gibt es nur einen Haken: Die PDS-Oberen wissen natürlich ganz genau, daß ihnen bei direktem Überwechseln rascher Zugang zu Posten und Diäten mehrheitlich kaum ins Haus stünde. Mit SED-Vergangenheit belastet, hätten sie sich als Neu-Sozialdemokraten in der politischen Warteschlange hinten anzustellen. Da fahren Karrieristen schon besser, wenn sie vorerst mit eigener Klientel ein bißchen Zünglein an der Waage spielen und ihren Preis nicht voreilig senken wollen. Nur: Was hat das alles eigentlich noch mit demokratischem Sozialismus zu tun?

Wolfgang Clausner

### Entschuldigung

... daß uns das S nach hinten gerutscht ist



Immer Ihre  
**PDS**

**Hurra, wir haben wieder einen Generalstab!**

## Triebtäter

Am 9. Juli sorgte Bundeskanzler Schröder mit einem „Bild“-Interview für Schlagzeilen. „Kinderschänder - wegschließen für immer!“ brachte er als griffige Parole seine Primitivlösung des Problems unter das Volk. Auch wenn es höchst verständlich und berechtigt ist, daß die Menschen Anteil am Schicksal eines Kindes nehmen, das Opfer der krankhaft-kriminellen Triebe eines Täters wird, hätte eine Meldung der FAZ vom folgenden Tage, dem 10. Juli, noch weit größere Aufmerksamkeit verdient gehabt, weil sie Gefahren einer ganz anderen Dimension signalisiert, als sie von einer Handvoll noch so gefährlicher Triebtäter ausgehen können: „Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr nimmt die Aufgaben eines Generalstabs wahr“, steht da ganz unverblümt und mit zweispaltiger Überschrift. Als ob es das Selbstverständlichste von der Welt wäre!

Man spürt bei dieser Wortwahl förmlich die tiefe Genugtuung des Redakteurs, war doch der Reichswehr einst im Versailler Vertrag ausdrücklich ein „Generalstab“ verboten worden. Auch der im Zuge der Wiederaufrüstung nach 1945 geschaffenen bundesdeutschen Armee hatte die NATO die Bildung einer solchen Kriegsplanungsinstitution verwehrt. Diese Restriktionen gründeten auf bitteren historischen Erfahrungen. Im preußischen Generalstab des wilhelminischen Deutschland war der sogenannte Schlieffen-Plan ausgebrütet worden, der unter zynisch einkalkuliertem Bruch der belgischen Neutralität im Kriegsfall mit Frankreich den Marsch nach Paris durch Belgien vorsah. Gestützt auf geheim und unter Verletzung des Versailler Vertrages schon in der Reichswehr der Weimarer Republik entstandene Strukturen, gehörte zum Aufrüstungsprogramm Hitlers natürlich die Etablierung eines Generalstabs. Da wurden dann die Pläne für die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die ab September 1939 geführten „Blitzkriege“ ausgearbeitet und schließlich als größtes Verbrechen der militärische Überfall auf die Sowjetunion vorbereitet - trotz des mit dieser abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages. Um alle Mißverständnisse auszuschließen, stellt die FAZ eindeutig fest: „Mit dem Einsatzführungskommando verfügt die Bundeswehr über einen operativen Führungsstab auf der Armeeebene, der in seinen Funktionen Aufgaben wahrnimmt, die in den früheren deutschen Armeen vom Generalstab wahrgenommen wurden.“ Also ganz klar: „Alter Wein in neuen Schläuchen“! Wozu? Das hatte die FAZ bereits am 7. Juli in einem Kommentar erläutert, als das Blatt der deutschen Großbourgeoisie zu der durch die CDU beklagten „Unterfinanzierung“ der Bundeswehr schrieb: „Nötig ist eine Wende im sicherheitspolitischen Denken und Handeln. Deutschland ist, ob es will oder nicht, Zentralmacht in Europa. Entsprechend muß es, trotz aller Sparzwänge, über ein funktionsfähiges militärisches Instrumentarium seiner Außenpolitik verfügen.“ Eben, eben, bis es wieder „1914“ oder „1939“ ist!

So läßt denn die FAZ in ihrem Beitrag vom 10.

Juli auch keinen Zweifel am letztlich aggressiven Charakter dieses „funktionsfähigen militärischen Instrumentariums“ aufkommen: „Mit dem Aufbau des Einsatzführungskommandos zieht die Bundeswehr die organisatorischen Konsequenzen daraus, daß sie nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Teilung nicht mehr ausschließlich auf Aufgaben der Verteidigung unter Führung der NATO beschränkt ist, sondern darüberhinaus Aufgaben in nationaler Verantwortung wahrzunehmen hat.“

Eben dieser Aufgabe dient denn auch der seit längerem betriebene Strukturwandel der Bundeswehr, über den ihr Generalinspekteur Kujat bei der Ernennung des als „Einsatzführungskommando“ bezeichneten Generalstabes lt. FAZ sagte, „der Aufbau des Kommandos symbolisiere das künftige Profil der Bundeswehr. Sie sei derzeit dabei, von einer Ausbildungsarmee in eine Einsatzarmee umstrukturiert zu werden, die mit ihrer Friedensstruktur in den Einsatz gehen könne“. Deutliche Worte - denen man hinzufügen muß, was General Kujat mit „Friedensstruktur“ meint: Nämlich Streitkräfte, die jederzeit auch im Frieden aus dem Stand heraus zum Fronteinsatz mobilisiert werden können. Was offenbar als ganz besonders dringlich empfunden wird, seitdem wir, wie man neuerdings offiziell immer wieder betont, zum ersten Mal in unserer Geschichte an allen Grenzen „nur von Freunden umgeben sind“!

Nun ist das mit der „Freundschaft in der Politik“ so eine Sache. Charles de Gaulle hat die realistische Einsicht formuliert: „Die großen Mächte haben keine Freunde, sondern Interessen.“ In Europa ist Deutschland eine große Macht - und alle unsere kleineren Nachbarn rundum haben mit deutscher Machtpolitik schon bittere, unvergessene Erfahrungen gesammelt. Für sie bedeutet eine jederzeit auf Knopfdruck einsatzbereite Armee des großen Nachbarn ein ständiges Drohpotential. Bei der FAZ hingegen sieht man den Machtfaktor „Einsatzarmee“ auch schon mal ganz locker, so z. B. am 21. Juli in einem Kommentar zum gewandelten Verhältnis der Grünen zu öffentlichen Bundeswehrgelöbnissen. Dort heißt es, auch gemüthlicheren Altbundesrepublikanern dämmere die Einsicht, „es könnte unverantwortlich sein, wenn sich Deutschland aus den Händeln der Welt - etwa auf dem Balkan - herauszuhalten suchte ...“. In der Tat: Irgendwo Krieg auf der Welt und deutsche Soldaten nicht dabei, das wäre doch wirklich ein frevelhafter Bruch mit unseren Traditionen! Waren nicht wenigstens zwei Generationen deutscher Militaristen unsäglich stolz auf den Befehl des in Nöte geratenen britischen Oberkommandierenden der europäischen Interventions-truppen beim sogenannten Boxeraufstand in China 1900: „The Germans to the front!“?

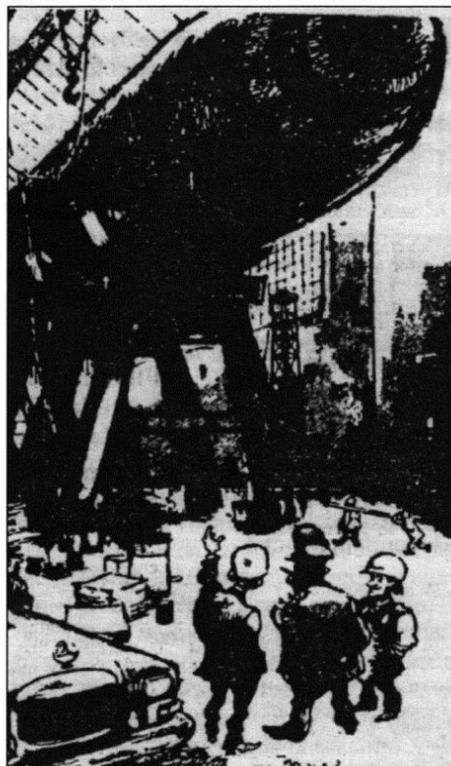
Gar nicht locker, sondern mit erschreckender Ernsthaftigkeit wird in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ (Herausgeber ist der prominente SPD-Vordenker Peter Glotz!) die Beteiligung Deutschlands „an den Händeln der Welt“ erör-

tert. In dem Beitrag „Das Land ohne Außenpolitik“ lobt der Autor Jochen Thiess zunächst zwar die rot-grüne Schröder-Regierung wegen ihrer Beteiligung am Kosovo-Einsatz, womit die „Achtundsechziger“ ihr „große außenpolitische Bewährungsprobe“ bestanden hätten. Seither aber, so klagt er, befinde sich die deutsche Außenpolitik wieder auf dem Rückzug, was er offenbar als unangemessen empfindet, „denn“, so sieht er voraus, „der Kosovo-Krieg war kein letzter Unglücksfall der europäischen Geschichte, er war Auftakt für eine Entwicklung, die Deutschland auf Dauer als Stabilisierungsmacht auf den Balkan bringt - vermutlich (gemeinsam) mit den europäischen Partnern eines nicht allzu fernen Tages auch in andere Weltregionen“.

Diese Ausführungen zeigen einmal mehr, wie sich Sozialdemokraten als intellektuelle Wegbereiter des deutschen Imperialismus andienen. Nichts Neues unter der Sonne, möchte man sagen. Lenin nannte diese Leute im Ersten Weltkrieg „Sozialchauvinisten“. Zur Verwirklichung ihrer Ziele wird unter einem SPD-Kriegsminister der Strukturwandel der Bundeswehr von einer „Verteidigungsarmee zu einer Einsatzarmee“ (Friedrich Merz in einem DLF-Interview am 29. Juli) vollzogen und als Krönung dieser Umfunktionalisierung ein neuer Generalstab in alter Tradition als Kriegsplanungsinstrument installiert!

Nicht die „Kinderschänder“, Herr Schröder - wie mit denen zu verfahren ist, wollen wir den Gerichten und den einschlägigen Fachleuten überlassen -, sondern die Männer des neuen Generalstabs sollte man eingedenk der Erfahrungen unseres Volkes mit solcherart gemeingefährlichen „Triebtätern“ ... „wedschließen für immer“.

**Rolf Vellay**



„General, mit 10 dieser Babies können Sie den ganzen verdammten Erdball in die Luft jagen. Wenn Sie 5000 bestellen, geben wir Ihnen einen Sonderrabatt!“ (Aus „The Guardian“, Sydney)

*Wo Mrs. Albright „Mutter des Tribunals“ genannt wird*

## Die Haager Farce

Befaßt man sich mit jenem Tribunal, zu dem Genosse Slobodan Milosevic unter Mißachtung des Spruchs der Verfassungsrichter und hinter dem Rücken des jugoslawischen Präsidenten Kostunica entführt wurde, dann stößt man schon bald auf bemerkenswerte Aussagen. Zitieren wir zunächst Gabriella Kirk McDonald, die Präsidentin des Haager Tribunals: „Wir profitieren von der starken Unterstützung durch die beteiligten Regierungen und uns zugeneigte Einzelpersonen wie Ministerin Albright ... Wenn wir von ihr sprechen, nennen wir sie oft die ‘Mutter des Tribunals’.“ NATO-Sprecher J. Shea, der seinerzeit die Bombardierung jugoslawischer Städte mit einem „gewinnenden Lächeln“ zu verkaufen hatte, war ebenso offen: „Die NATO ist die Freundin des Tribunals ... Es waren die NATO-Länder, die das Geld für seine Einrichtung bezahlt haben. Wir stellen die Mehrzahl der Geldgeber.“

Diese Betonung des Zusammenhangs zwischen imperialistischer Spendierfreudigkeit und dem Haager Gerichtshof muß selbst juristische Laien aufhorchen lassen. Man findet unter den Finanziers dieser Art Rechtsprechung außerdem noch die Rockefeller-Stiftung, den Multimiliardär und antikommunistischen „Balkanbefreier“ George Soros, das USA-Medienmonopol Time-Warner und das von Ronald Reagan gegründete „Institute for Peace“. Ist es nicht erstaunlich, daß es bei derart geballter Medienmacht so gut wie keine Berichte über die Prozesse des Tribunals gibt, obwohl in Den Haag angeblich die schauderhaftesten Kriegsverbrechen der letzten Zeit verhandelt werden ...

Vor rund 30 Jahren verfaßte der britische Brigadegeneral Frank Kiston, Kommandeur der Counter-Insurgency (Aufstandsbekämpfung) in Malaysia, Jemen und Nordirland, ein Lehrbuch über dieses sein Spezialgebiet. Zur Rolle der Justiz führte er aus, „demokratische Staaten“ würden ihre Probleme nur vergrößern, wenn sie bei der Bekämpfung von Widerstand die eigenen Gesetze brächen; daher müßten Normen und Institutionen geschaffen werden, die für diesen Zweck maßgeschneidert seien und aller Welt demokratisch erschienen. Dieser Grundsatz wurde seit den 70er Jahren u. a. in der BRD, Italien, England, Irland und Spanien mit „Antiterrorgesetzen“, ausgewählten Sonderrichtern und selbst speziellen Gerichtsgebäuden wie in Stammheim, mit „Kronzeugen“ und „nichtbefragbaren Zeugen“, Ausschluß und Verhaftung von Verteidigern usw. umfassend angewandt. Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa und mit dem ersten Angriff auf die BR Jugoslawien 1993 brachte man das Ganze in Den Haag auf die internationale Schiene. Fortan wurde in der niederländischen Hauptstadt der Stoß gegen politisch und militärisch Verantwort-

liche des Opfers der Aggression sowie gegen die jugoslawische Souveränität gerichtet.

Bereits die Gründung des Tribunals besaß keine rechtliche Legitimation. Sie erfolgte im Wege einer vergewaltigenden Auslegung des Kapitels VII der UNO-Charta durch die USA im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Es handle sich angeblich um eine „erforderliche Maßnahme zur Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“, wurde behauptet. Obwohl die Schaffung von Gerichten damit keineswegs gemeint ist, gab es aufgrund des internationalen Kräfteverhältnisses kein Veto; indes forderte Rußland seit dem Ende des Jelzin-Regimes mehrmals die Auflösung des illegalen Tribunals. Der damalige UNO-Generalsekretär stellte bereits 1993 fest, daß der legale Weg ein durch alle Mitgliedsstaaten ausgearbeiteter und anerkannter Vertrag gewesen wäre ...

Diese das Völkerrecht negierende Geburtsurkunde wird von weiteren „Eigentümlichkeiten“ übertroffen: So erteilten die NATO-Auftraggeber dem Tribunal die Befugnis, sein eigenes Statut selbst festzulegen. Zudem kann dieses, was bereits mehrfach geschah, beliebig abgeändert werden, wozu die Präsidentin ermächtigt ist. Die anderen Richter müssen dem dann per Fax zustimmen.

Bestimmte Praktiken dürften unseren von der BRD-Justiz verurteilten Genossen überdies bekannt vorkommen: Das Rückwirkungsverbot gilt beim Tribunal nicht; seine Normen können den Entwicklungen jederzeit „angepaßt“ werden. Die Ankläger - es gibt keine Untersuchungsrichter! - haben Sonderbefugnisse. Viele Juristen des Gerichts kommen übrigens von der „Coalition for International Justice“ - einer durch G. Soros und die USA-Regierung finanzierten Einrichtung. Die derzeitige „Chefanklägerin“ Carla del Ponte sitzt aus gutem Grund auf ihrem Stuhl. Sie hat sich als schweizer Bundesanwältin durch Beziehungen zu CIA-Kreisen und anderen schattigen Unternehmen sowie durch dubiose Methoden bei der Kriminalisierung Linker derart diskreditiert, daß Demokraten ihres Heimatlandes buchstäblich aufatmeten, als Den Haag die Dame übernahm.

Andererseits sind die Rechte der Verteidigung vor dem Tribunal in extremer Weise reduziert. Das ist noch eine Steigerung gegenüber den Praktiken, die für BRD-Staatsschutzprozesse seit den Siebzigern gesetzlich festgelegt waren. Das Gericht kann Verteidiger ablehnen oder ihre Arbeit unterbrechen, wenn sie sich nach seiner Meinung „aggressiv“ verhalten. Anwälten kann der Zugang zu Dokumenten, Fotos und anderen Beweismitteln verweigert, Informationsquellen dürfen vor ihnen geheimgehalten werden. Das eröffnet den „Anklägern“ alle Möglichkeiten zu unzulässigen Ermittlungen und

Geheimdienstmanipulationen, während Nachprüfungen und Gegenermittlungen der Verteidigung ausgeschlossen sind.

Zu dieser Karikatur auch auf die „normale“ bürgerliche Klassenjustiz gehört weiter: Anklagen können „im Interesse der Gerechtigkeit“ (!) vor Angeklagten und Verteidigern geheimgehalten, Verdächtige - nicht Beschuldigte! - 90 Tage ohne Anklage inhaftiert und Geständnisse auch dann verwertet werden, wenn ihr Gegenteil bewiesen ist oder sie erzwungen wurden.

Viele Gefangene hielt und hält man in Isolationshaft, so auch Slobodan Milosevic. Ober sich sogar in einem „Toten Trakt“ befindet, der extremsten Form dieser weißen Folter, ist bislang noch nicht klar, aber einige Informationen deuten darauf hin. So sollte der Besuch seiner Frau hinter einer Panzerglasscheibe ohne Mikrofon stattfinden, worauf beide das Gespräch abbrachen. Sie wollen unter so entwürdigenden Bedingungen das „Besuchsrecht“ nicht erneut wahrnehmen. Diese Haftsituation wird durch die bürgerlichen Medien mit den bekannten Behauptungen, der gefangene Politiker befinde sich in einem „Luxusknast“, verschleiert.

Bleibt zur Abrundung des Bildes noch, daß der Begriff des gesetzlichen Richters, also eines nach bestimmten objektiven Kriterien ausgewählten Vorsitzenden, in Den Haag nicht auftaucht. Man kennt auch keine Details über Beisitzer oder Geschworene, deren Auswahl, Ablehnungsmöglichkeiten usw. Rechtsstaatlich festgelegte Strafbestimmungen gibt es nicht. Da bleibt nur der vage Rückgriff auf die Genfer Konvention von 1949 und Nürnberg.

Das aber sind Bestimmungen, die NATO-Politiker und -Militärs zuhauf auf die Anklagebank bringen müßten. Doch darin bestehen, wie Mr. Shea klar sagte - nicht Sinn und Zweck dieses Tribunals, ist es doch gerade eine NATO-Institution zur pseudojuristischen Abrechnung mit deren Gegnern. Im Mittelpunkt steht die Kriminalisierung aller Kräfte, die dem Imperialismus in Jugoslawien Widerstand entgegensetzten, vor allem der serbischen Patrioten, und damit die „Legitimierung“ der NATO-Aggression samt aller Verbrechen des Luftterrors und des verdeckten Krieges. Eben dies hat Genosse Slobodan Milosevic, der in diesen Tagen 60 Jahre alt wird, bei seiner ersten Vorführung den „Richtern“ unter Verzicht auf Verteidiger deutlich gemacht. Zu Recht greift er sie als Agenten der NATO an, die den Krieg gegen sein Land nun in anderer Form fortsetzt. Die Häscher schalteten sein Mikrofon ab, um ihn zum Schweigen zu bringen. Sie wollen ihn durch endloses Hinausschieben des Prozesses und Isolationsfolter zermürben.

Der Gefangene von Den Haag braucht dringend unsere Solidarität!

**Werner Hoppe**

*Als Ausbilder der FARC im tropischen Regenwald*

## Urlaub in Kolumbien (2)

*Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens - Volksarmee (FARC-EP) sind eine kommunistisch geführte militär-politische Organisation, die die Interessen der kolumbianischen Werktätigen erfolgreich verteidigt und einen erheblichen Teil des nationalen Territoriums der lateinamerikanischen Republik kontrolliert. Sie halten für jede Art internationalistischer Unterstützung die Türen weit geöffnet. Dieser Bericht, dessen zweite Folge wir heute veröffentlichen, ist aus verschiedensten Gründen nicht vollständig. Orts- und Zeitangaben werden bewusst vermieden. Wo es der Autor für notwendig hielt, hat er Namen verändert bzw. mit einem Pseudonym versehen. Manche Dinge wurden nur umschrieben. Dem Verfasser ist klar, dass seine Identität bekannt werden könnte. Er will es dem imperialistischen Gegner aber nicht zu einfach machen. Hier der zweite Teil der Reportage:*

Für viele ist das Einhalten von Zeiten und Normen neu. Also erklären. Warum? Sie werden in absehbarer Zeit Gruppen und Züge führen und müssen dann alles selber können. Wir trainieren die einzelnen Elemente, bis sie perfekt beherrscht werden. Als mir etwas zu langsam geht, sage ich den folgenschweren Satz: „Ihr seid Kämpfer der FARC und kein Altersheim!“ „Noch mal!“ Am zweiten Tag werden die Elemente des Vortages wiederholt. Ich setze immer wieder neue Genossen als Gruppenführer ein. Am Nachmittag der Gesamtablauf. Humberto, der beste Mann, wird Gruppenführer. Zu Anfang geht es gut. Doch dann werden die Bewegungen der Gruppe unkoordiniert. Chaos entsteht. In dem Bestreben, die festgelegte Zeit zu schaffen, haben mehrere Genossen das Kommando an sich gerissen. Vielherrschaft führt eben immer ins Chaos und damit zur Niederlage.

Ich werte aus. Etwas verärgert. Aus Enttäuschung, weil ja bis jetzt alles so gut geklappt hat. So ein Ausbildungsende hat die Gruppe nicht verdient. Humberto schlägt ernsthafte vor, den Uniformnäher FARC-EP, durch die Aufschrift „Pensionäre“ zu ersetzen. Dann die Rufe aus der Antrereordnung: „Wir machen das noch mal!“ Gut, von dem Moment an, in dem alles schiefgelaufen ist, entscheide ich. Mir ist gar nicht wohl. Die Ausbildungszeit ist rum. Sechs Stunden im freien Gelände, die Sonne brennt, der Truppe stehen die Anstrengungen ins Gesicht geschrieben. Aber sie brauchen den Erfolg. Diesmal klappt es. Mein erstes Wort bei der Auswertung, auf deutsch: „Gut!“ „Gut es bien“, flüstern sich die Genossen in der Antrereordnung zu: Ich bin auch froh. Beim Rückmarsch zum Lager fragt Humberto: „Was wird mit den Aufnehmern?“ Schreibt „Kindergarten“ drauf! Alle lachen. Abends sind immer Vorträge. Heute ist Manuel dran. Er spricht über die drei Quellen und die drei Bestandteile des Marxismus. Ich verstehe ihn gut. Zum Schluss läßt er die ganze Einheit im Chor die drei Quellen wiederholen. Er kopiert bestimmte Methodiken der Geländeausbildung.

Nächster Tag. Mehr zum Spaß frage ich Marly: „Was sind die drei Quellen des ...?“ Sie überlegt kurz: „Filosofia, economia politica, teoria socialismo cientifico.“ Die anderen Gruppen beginnen mit der Ausbildung.

„Dolmetscher“ fragt mich: „Hast Du was gegen Frauen?“ Warum? „Du setzt keine als Gruppenführer ein.“ Also gut. Adriana - neuer Gruppenführer - entscheide ich. Sie macht ihre Sache gut. Bei der Auswertung lobe ich sie. In Zukunft halte ich die „Quotenregelung“ ein. Der Frauenanteil in den FARC beträgt etwa 40%. „Meine Einheit“ hat einen Anteil von 25% Frauen. Sie stehen den Männern in nichts nach. Ich bewundere immer wieder, wie sie dieses Leben meistern. Am nächsten Tag begrüßt mich Adriana auf deutsch: „Guten Tag, Genosse (Vorname)! „Dolmetscher“ hat sie beraten. Ich antworte ebenfalls auf deutsch: „Guten Tag, Genossin Adriana!“ Es wird ab sofort unser tägliches Begrüßungsritual, wenn wir uns das erste Mal sehen.

Die Kampfsicherheit der Einheit wächst. Ich organisiere den Wettbewerb. Täglich werden die Ausbildungsergebnisse an der Wandzeitung veröffentlicht. Genossen bitten darum, in einer anderen Gruppe die Ausbildung zu wiederholen, um sich selbst zu festigen. Disziplin und Ordnung kehren auch bei bisher vernachlässigten „Kleinigkeiten“ ein. Die Gruppen trainieren in ihrer Freizeit bestimmte Ausbildungselemente selbständig. Eine Truppe mit einer höheren Moral, einem höheren Bewusstsein habe ich noch nie geführt. Irgendwie läuft die Versammlung heute anders ab. Zu Beginn kein Lied. Thema: Internationalismus. Dann drei Namen, darunter meiner. Jetzt begreife ich - mein Geburtstag - hatte ihn fast vergessen. Die Genossen singen das Geburtstagslied, gratulieren mir. Mein Geschenk, in einem Palmenblatt eingewickelt, ein provisorisches Parteidokument: Kommunistische Partei Kolumbiens. Wem muß ich zu Hause meine Doppelmitgliedschaft melden? Diesen Geburtstag werde ich wohl nicht vergessen. So oft wird man ja auch nicht mit Bolívar und Ché in einem Satz genannt.

Ein Feiertag. Zum zweiten Frühstück gibt es Coca-Cola. Ein Luxus im Camp. Der Begriff „Imperialistenbrause“ ist den Genossen hier auch bekannt. Diskussionen, ob es „links“ ist, Cola zu trinken, gibt es nicht. Unser Feindbild ist konkreter. Die Kämpfer differenzieren aber auch hierbei. Das Lied vom „Hermano soldado“ (Bruder Soldat) wird oft und gern gesungen. Eine Aufforderung an die einfachen Soldaten der kolumbianischen Armee, den Kampf gegen das Volk einzustellen. Sie ergeben sich auch meistens, wenn ihre Vorgesetzten außer Gefecht gesetzt werden. Verachtung trifft das kolumbianische Offizierskorps, darunter besonders diejenigen, die in den USA ausgebildet wurden. Abgrundtiefer Haß gegenüber den Paramilitärs. Viele Angehörige der Einheit hatten Verwandte und Freunde, die von Paramilitärs ermordet wurden. Bei ihren Erzählungen wünsche ich mir manche Mit-

glieder meiner (Heimat-)Partei hierher. Welche sich immer „ganz toll“ finden, wenn sie „jegliche Gewalt“ ablehnen. Ganz ohne Gewalt wird es wohl nicht gehen, wenn wir die Gewalt für immer aus der menschlichen Gesellschaft verbannen wollen. Das begreift hier jeder.

Es gibt auch lustige Begebenheiten. Ich entdecke ein Krokodil im Fluss und informiere die Wachhabende, Patricia, von meiner Beobachtung. Das Krokodil könnte sich ja unserer Bade- und Waschstelle nähern. Sie reagiert gelassen. „Das Tier ist menschen-scheu, nicht mehr als 2 Meter lang und wiegt nur 40 kg. Die Affen am Fluss sind viel gefährlicher.“ Die kleinen Affen, frage ich ungläubig. „Es gibt noch andere.“ Sie zeigt mit den Armen die Ausmaße an. Na prima, denke ich. Im Badezimmer Krokodile und auf dem Weg dorthin ein Treffen mit King-Kong nicht unwahrscheinlich. Aber es ist schmeichelhaft, daß sie mir zutraut, mit dem Krokodil fertig zu werden. Die Ausbildung lastet mich voll aus. Abends denke ich oft daran, was 100 oder schon 50 meiner ehemaligen Berufskollegen hier ausrichten könnten. Es können doch nicht alle „angekommen“ sein? Der „comandante“ garantiert den ungestörten Ablauf der Ausbildung. Bin aber etwas sauer. Könnte sich ruhig mal blicken lassen. Sicher ist er viel beschäftigt und hat eine hohe Verantwortung. Meistens ist er zur Aufgabenerfüllung weit außerhalb des Lagers. Er ist trotzdem sehr gut informiert. Durch den Kompaniechef und die Aussagen seiner täglich wechselnden Begleitmannschaften. Zu meiner Arbeit befragt antworten alle übereinstimmend: „Muy bien!“

„Dolmetscher“ und ich machen uns Gedanken über „die Nachhaltigkeit“ der Ausbildung. Wir erwirken eine „Audienz“ bei unserem „comandante“. Ich schätze den Ablauf ein, mache Vorschläge zur Verallgemeinerung und kritisiere, was uns hemmt. Der „comandante“ ist nicht nur ein höflicher, sondern auch ein aufmerksamer Mensch. Er hört interessiert zu, macht sich zwei Heftseiten Notizen. Er gibt uns in allen Punkten recht. Fordert uns auf, alle Vorschläge schriftlich niederzulegen. Sie werden Thema einer Sekretariatssitzung sein. Als wir den „comandante“ verlassen haben, sage ich zu „Dolmetscher“: „Ich glaube, hier haben wir was gekonnt!“

Letzter Tag im Camp. Der „comandante“ verabschiedet mich vor der angetretenen Einheit. Ich sage auch noch ein paar Worte. Anschließend erfolgt die Diensterteilung der Kompanie. In den verbleibenden zwei Stunden packe ich meinen Rucksack, gebe Uniform und Ausrüstung ab und gehe noch mal baden. Mein Fahrzeug kommt pünktlich zum Lagertor. Plötzlich sind alle wieder da, außer den Posten. Der „comandante“, „Dolmetscher“, die Kämpfer. Händeschütteln, Umarmungen. Der „comandante“: „Genosse, Du hast in Kolumbien viele Freunde gewonnen!“ Sehr oft die Frage: „Wann kommst Du wieder?“ oder einfach die Aufforderung „Komm wieder!“ „Compa“

## Was führte 1956 zur Auflösung des „Kominform“?

# Jähe Wendungen

Die entscheidenden Gründe für die Auflösung der Kommunistischen Internationale waren 1943 zum einen die veränderten objektiven Bedingungen und zum anderen die Überzeugung, daß die kommunistischen Parteien inzwischen zu reifen marxistisch-leninistischen Parteien herangewachsen waren, die der Führung von einer Zentrale aus nicht mehr bedurften. Sowohl von Stalin als auch vom Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) war übrigens ausdrücklich für die Zukunft ins Auge gefaßt worden, unter neuerlich veränderten Bedingungen wieder eine internationale Organisation der kommunistischen Parteien in der Form zu schaffen, die den dann bestehenden Verhältnissen entsprechen würde.

Als ein Schritt zu einer solchen Organisation wurde im September 1947 auf einer Konferenz in Warschau das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien gegründet, weil - wie im Kommuniqué der Tagung gesagt wurde - der mangelhafte Kontakt zwischen den dort vertretenen Parteien negative Erscheinungen hervorgerufen habe. Als dessen Aufgaben bezeichnete man die Organisierung des Erfahrungsaustausches zwischen den Parteien und nötigenfalls die Koordinierung ihrer Tätigkeit auf der Grundlage gegenseitigen Übereinkommens.

Teilnehmer der Konferenz und demnach Gründungsmitglieder der abgekürzt „Informbüro“ genannten Vereinigung waren Vertreter von regierenden kommunistischen Parteien (KPdSU, KP Bulgariens, KP Jugoslawiens, Polnische Arbeiterpartei, KP Rumäniens, KP der Tschechoslowakei, KP Ungarns) und zweier kommunistischer Parteien Westeuropas (KP Frankreichs und KP Italiens).

Das Informationsbüro bestand nur neun Jahre. Sein Ende unterschied sich grundlegend von der Auflösung der Kommunistischen Internationale. Zwar wurde nach außen hin die Form gewahrt: In der „Informatorischen Mitteilung“ über die Einstellung der Tätigkeit des Informationsbüros wird diese ebenfalls mit „neuen Bedingungen für die Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien“ begründet, und formuliert: „Die Zentralkomitees der zum Informbüro gehörenden Parteien haben einen Meinungs austausch zu den Fragen seiner Tätigkeit gepflogen und anerkannt, daß das von ihnen 1947 gegründete Informationsbüro seine Funktionen erschöpft hat; im Zusammenhang damit haben sie in gegenseitigem Einvernehmen den Beschluß gefaßt, die Tätigkeit des Informationsbüros ... und das Erscheinen seines Organs, der Zeitung 'Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!', einzustellen.“

Nun erhebt sich die Frage: Was hat sich eigentlich zwischen dem 14. Dezember 1955 und dem 17. April 1956 so Grundlegendes

geändert, um von der Verteidigung der Existenz des Informbüros plötzlich zu der Ansicht zu gelangen, dieses habe „seine Funktionen erschöpft“? Noch am 14. Dezember 1955 hatten nämlich Chruschtschow als Erster Sekretär der KPdSU und der damalige sowjetische Premier Bulganin in Neu Delhi gemeinsam eine Pressekonferenz abgehalten, auf der Bulganin erklärte: „Manchmal stellt man die Frage, ob man denn die 'Kominform' nicht irgendwie liquidieren könne. Doch aus welchem Grunde sollten die kommunistischen Parteien eigentlich auf eine allgemeingültige Form des internationalen Verkehrs und Zusammenwirkens verzichten? Warum haben z. B. diejenigen, die die Frage einer Liquidierung der 'Kominform' aufwerfen, nichts gegen die Tätigkeit der Sozialistischen Internationale, die die sozialdemokratischen Parteien vereint? Warum scheint es ihnen natürlich und rechtmäßig, daß die Kapitalisten sich zu internationalen Monopolvereinigungen zusammenschließen und regelmäßig konferieren, um gemeinsam ihre Geschäfte zu betreiben, während man der Arbeiterklasse zumutet, sie solle auf die schon von Marx und Engels verkündete große Devise der internationalen Solidarität 'Proletarier aller Länder, vereinigt euch!', die ja den ureigensten Interessen aller Werktätigen entspricht, verzichten.“

Das war eine treffliche Abfuhr für jene westlichen Herrschaften, denen das „Kominform“ schon lange ein Dorn im Auge gewesen war! Wieso sollte diese Feststellung nur vier Monate später schon nicht mehr gelten? Was hatte sich denn unterdessen so grundlegend geändert?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Inzwischen hatte der XX. Parteitag der KPdSU stattgefunden, der die Wende von der Leninschen Politik des Kampfes gegen den Imperialismus mit dem Ziel seiner Überwindung hin zur Politik der Aussöhnung mit dem Imperialismus, zur dauerhaften und freundschaftlichen „Koexistenz“ und Zusammenarbeit mit ihm einleitete; also die Wende weg von der revolutionären Politik des unversöhnlichen Klassenkampfes im Sinne des kommunistischen Manifestes und hin zur revisionistischen Politik der Klassenversöhnung.

Das „Kominform“ aber war so zusammengesetzt, daß es ein Zentrum des Widerstandes gegen die Durchsetzung dieser Wende in der kommunistischen Weltbewegung werden konnte. Der Zwang, den das Informbüro auch auf die Führung der KPdSU ausübte, die eigenen Entscheidungen mit den Partnern im kollektiven Beratungsorgan abzustimmen - das war die als „erschöpft“ bezeichnete Funktion. Deshalb mußte es schleunigst verschwinden! Chruschtschow brauchte freie Bahn für seine bereits bei der Aussöhnung mit Tito im Juni 1955 und dann auf dem XX. Parteitag mit seiner „Geheimrede“ er-

folgreich angewandte Überrumpelungstaktik, die anderen kommunistischen Parteien vor vollendete Tatsachen und dadurch vor die Alternative zu stellen: gehorsame Gefolgschaft oder Bruch mit der KPdSU! Was aber die Verweigerung der Gefolgschaft für Konsequenzen haben sollte, das wurde allen 1960 und danach am Beispiel des Bruches mit Albanien und China vorgeführt. Das war der revisionistischen KPdSU-Führung indes nur möglich, weil es kein kollektives Organ der kommunistischen Bewegung mehr gab.

**Dr. sc. Kurt Gossweiler**

## Zum Hundertsten von Harry Bridges

Harry Bridges, am 28. Juli 1901 in Australien geboren, war einer der ganz großen Gewerkschaftsführer in den Vereinigten Staaten. Viele Jahre führte er die ILWU, die legendäre Gewerkschaft der Hafentarbeiter und Docker an der amerikanischen Westküste. Für immer wird der Generalstreik in San Francisco, der 1934 zu einer der denkwürdigsten Klassenschlachten in der Geschichte des USA-Proletariats wurde, mit seinem Namen verbunden bleiben. In den Zeiten der antikommunistischen Hexenjagden unter McCarthy geriet auch Harry Bridges in das Fadenkreuz der Gesinnungsterroristen. Denn er war, wie er später bekannte, Marxist. Er kämpfte gegen das kapitalistische System. Zu seinen persönlichen Freunden gehörten Gus Hall und George Meyers, zwei Führer der KP der USA.

Am 28. Juli 2001, seinem 100. Geburtstag, wurde der Platz vor dem historischen Fährgebäude am Embarcadero - der Hauptstraße in San Franciscos Hafenbezirk, wo 1934 eine der blutigsten Schlachten in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung stattgefunden hatte - als Harry Bridges Memorial Plaza eingeweiht.

**S. R.**



*Harry Bridges und Familie*

## Reformatoren oder Zerstörer?

Eine beachtenswerte Anzahl von Mitgliedern der sowjetischen intellektuellen Elite, die zu prominenten Befürwortern von „Perestroika“, „Glasnost“ und „Demokratisierung“ wurden, begann ihren politischen Aufstieg Anfang der 60er Jahre unter Chruschtschow und wurde später von Andropow gefördert. Der Historiker Roy Medwedew schreibt in seiner Biographie „Der Generalsekretär von der Lubjanka“, daß Andropow - zu der Zeit angestellt im ZK - eine „beträchtliche Anzahl“ junger Bewerber im Apparat unterbrachte, deren Namen sich wie eine spätere Liste der „Perestroika“-Sprecher lesen. Medwedew erwähnt G. Arbatow, A. Bowin, O. Bogomolow, F. Burlatzki, G. Gerasimow, F. Petrenko und G. Schachnasarow; er beschreibt sie als „Freidenker, hervorragende Talente, die nach Änderung dürsteten“.

In der ersten Hälfte der 60er Jahre experimentierte Chruschtschow mit einer Reihe fehlerhaft konzipierter und spontaner Änderungen der Wirtschaft, die weder konsequent durchgeführt wurden noch ausgereift waren. Trotzdem sagte Gorbatschow in seinen Memoiren, Chruschtschow habe den ersten Versuch unternommen, „das totalitäre Regime abzubauen, unsere Gesellschaft zu demokratisieren“. Der deutsche Journalist Christian Schmidt-Heuer von der Hamburger „Die Zeit“ argumentierte 1986, daß Andropow die größte Herausforderung für das Sowjetsystem seit Chruschtschow bedeutete, weil er versuchte, den Einfluß der Partei zu verringern, indem er ihre Rolle in den bewaffneten Kräften, im KGB und in auswärtigen Angelegenheiten schwächte. Damals lenkten Schmidt-Heuers Kommentare kaum Aufmerksamkeit auf sich. Allerdings ist der Vergleich mit Chruschtschows Reformversuchen bezeichnend, weil es im Rückblick klar wird, daß Andropow die Bedingungen für eine Liberalisierung schuf, als er Gorbatschow und sein Reformerteam förderte, um den Umbauprozess in Gang zu bringen.

1976 erlitt Generalsekretär Breschnew einen Herzanfall. Juri Andropow, seit 1967 Chef des KGB, trat an die Spitze einer losen „Troika“ mit Verteidigungsminister Ustinow und Außenminister Gromyko.

Im September 1980 verabschiedete das Zentralkomitee eine Resolution bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen gegen korrupte Beamte, die als Geheimzirkular an alle regionalen und lokalen Parteiorganisationen ging. Die Untersuchungen sollten vom KGB sowie der „Abteilung zur Bekämpfung der Veruntreuung sozialistischen Eigentums“ (OBKSS) und dem Finanzministerium geführt werden. Der politische Charakter von Andropows Anti-Korruptionskampagne wurde publik, als Breschnews Kumpane, die sogenannte Dnepropetrowsk-Mafia (nach Breschnews Heimatstadt benannt), sowie einige besonders korrupte Familienmitglieder des kranken Generalsekretärs die Zielscheibe abgaben. Wichtiger allerdings war, daß sich der Schlag vor allem gegen das Militär, Andropows eigenes KGB und das Außenministerium - drei

besondere Stützen der Sowjetmacht - richtete. Das Ergebnis war nicht eine Verbesserung der Funktionärsmoral; allein beträchtliche Personalverschiebungen kamen dabei heraus. Laut Schmidt-Heuer wurden 19 von 94 Ministerposten neu besetzt sowie mehrere Abteilungsleiter aus dem Zentralkomitee abgeschoßen, dazu fast 20 % aller regionalen Parteifunktionäre. Wenn es die geheime Absicht war, politische oder ideologische Widersacher der System-Reformen auszuschalten, erschien die Kampagne glaubwürdig und die Methode war vernichtend wirkungsvoll.

Gorbatschow setzte die Anti-Korruptionkampagne seines Mentors Andropow mit dem Ergebnis fort, daß gegen Ende 1985 weitere 16 von 64 Ministern der UdSSR ihrer Posten enthoben waren, ebenso nochmals 20 % der regionalen Parteivorstände. Anfang 1986 erlangte Gorbatschow noch größeren Einfluß auf die Partei. Im Sekretariat des ZK und im Politbüro traten bedeutende Änderungen ein. Die alten Breschnew-Freunde Boris Ponomarjow und Iwan Kapitonow wurden pensioniert und fünf neue Mitglieder eingeschleust - unter ihnen der langjährige Botschafter in den Vereinigten Staaten, Anatolin Dobrynin, und der frühere Botschafter in Kanada, Alexander Jakowlew. Von den 12 Vollmitgliedern des Politbüros waren nun 8 von Andropow oder Gorbatschow ausgewählt worden. Im Sekretariat war dieses Verhältnis 7 zu 11. Prof. John Miller, Verfasser einer Studie über die Rolle Gorbatschows bei der Beseitigung der Sowjetmacht, stellte fest, daß schon zur Zeit des 27. Parteitag im Februar 1986 insgesamt 40 % der Spitzenpositionen in der Sowjetunion ausgewechselt waren, inklusive des Ministerrats, der Vorsitzenden von ZK-Abteilungen und Erster Parteisekretäre in den Gebieten. Im April 1989 schied darüber hinaus 20 % der politischen Mitarbeiter des ZK aus.

Die Säuberung des Militärs erfolgte nicht weniger gründlich. Geoffrey Jukes von der Australian National University in Canberra ermittelte, daß zwischen 1985 und 1989 insgesamt 74 hohe Kommandoposten neu besetzt wurden, darunter 15 der 16 obersten.

Vor seiner Ernennung zum Generalstabschef im Jahre 1984 hatte der spätere Marschall Achromejew 33 Jahre im Dienst bei verschiedenen Armeegliederungen gestanden. Über die Moral der sowjetischen Kommandeure, die er befehligte, äußerte er sich deshalb mit einer gewissen Autorität: „Sowjetische Generale und Offiziere sind ehrenhaft und in der großen Mehrheit tapfere Leute. Sie sind nicht von Korruption zersetzt oder vom Nationalismus infiziert; sie sind ihrem Land und den Idealen des Sozialismus ergeben ...“

Achromejews Ablehnung der Korruptionstheorie ist glaubwürdig, stammt doch seine Kenntnis aus der Zeit vor der „Perestroika“, zu der die Ehre der Sowjetarmee noch in hohem Kurs stand.

Gorbatschows ununterbrochener Personalwechsel erreichte derartige Ausmaße, daß er einer unverblühten Säuberung gleichkam. Das

Plenum des ZK im Jahre 1989 brachte es fertig, nicht weniger als 130 seiner Mitglieder und Kandidaten auszuschalten. Die „Anti-Perestroika-Etikette“ konnte jetzt jedermann angehängt werden. Ein fast vollständiger Personenaustausch vollzog sich in der Politbüroverwaltung, im ZK-Sekretariat und im Präsidium des Obersten Sowjets. Anschuldigungen aller Art genügten. Das Hauptziel bestand nun darin, um jeden Preis Menschen auszuwechseln. Die neuen Funktionäre waren jüngere und oft besser ausgebildete Technokraten. Diese „Kaderpolitik“ bewirkte, daß jegliche intelligente Kritik an den radikalen und überstürzten Änderungen, die im Namen der „Perestroika“ lanciert wurden, effektiv ausgeschaltet werden konnte. Gorbatschow ritt hoch auf der Welle westlicher Lobpreisungen und des Zuspruchs heimatlicher Liberal-Demokraten. Er wischte alle Warnungen zu Vorsicht und Überlegung beiseite. Der Selbsterhaltungsinstinkt - das bürokratische Ethos - erstickte alles Infragestellen der Anordnungen, die „von oben“ sanktioniert waren. Uneinigkeit, Verwirrung und Entfremdung nahmen noch zu, als Anfang 1988 eine vernichtende Welle antisowjetischer und antisozialistischer Propaganda plötzlich über die Medien losbrach. Unter dem Vorwand, den „Personenkult“ zu kritisieren, wurde eine furiose und oft lügenhafte Kritik der sowjetischen Vergangenheit und der KPdSU entfesselt. Sie blieb völlig unbeantwortet. Im Namen von „Glasnost“ wurden neue Barrieren gegen die freie Meinungsäußerung errichtet.

Georgi Kornienko, ehemals stellvertretender Außenminister, erinnerte sich, daß die Kampagne einsetzte, nachdem Alexander Jakowlew die Verantwortung für Ideologie und Information von Jegor Ligatschow übernommen hatte. Kornienko sprach von einer „schmutzigen antisowjetischen Welle“, die von solchen Blättern wie „Ogonjok“ (W. Korotitsch), „Moscow News“ (E. Jakowlew), „Argumenty i Fakty“ (W. Starkow) und später auch der „Komsomolskaja Prawda“ ausging. Von nun an stellte man nur noch die negativen Seiten der sowjetischen Vergangenheit dar, die historischen Leistungen der UdSSR wurden in ihr Gegenteil verkehrt.

Kornienko fand, daß Kommunisten - vom ZK bis zu einfachen Parteimitgliedern - aufgrund der ständigen Denunziationen völlig verwirrt waren und einfach nicht verstanden, was vor sich ging, weil die Attacke gegen die KPdSU von Parteiangehörigen, darunter prominenten ZK-Mitgliedern wie „Prawda“-Chefredakteur Juri Afanasjew und Fjodor Burlatzki, angeführt wurde.

Für den Westen glich das plötzliche Auftauchen eines sowjetischen Politikers wie Gorbatschow einem Gewinn im Roulette. Hier war ein Mann am Steuer der UdSSR, dem solche Eigenschaften wie Härte und Verantwortungsbewußtsein abgingen. Seine Hauptsorge war das eigene „Imdich“ - seine Wirkung auf die Öffentlichkeit, nicht das nationale Interesse.

**Dr. Vera Butler, Melbourne**

## Die KP Chinas zur Rolle der ideologischen Infiltration

# Über „Verwestlichung“ und „Zersetzung“

Mit dem Auftreten des Sozialismus in staatlicher Rechtsform wurde er zum Hauptobjekt der Angriffe der westlichen gegnerischen Kräfte. Die gegen den Sozialismus eingesetzten Mittel sind vielgestaltig. Zusammengefaßt handelt es sich um bewaffnete Aggression und friedlichen Wandel. Zu unterschiedlichen Zeiten und bei unterschiedlichen Bedingungen wird die Methode ständig gewechselt. Wenn man sagt, daß bis zum Zweiten Weltkrieg die bewaffnete Aggression die Hauptmethode war, dann war das in der Folgezeit hauptsächlich der friedliche Wandel. In letzter Konsequenz bedeutet er die strategische Absicht, daß die westlichen gegnerischen Kräfte - gestützt auf ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Kraft - den sozialistischen Staat mit ideologischer Infiltration, mit politischem Druck und den verschiedensten nichtmilitärischen Mitteln zwingen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und Ideologie zu übernehmen. Die Umwälzung in der UdSSR vollzog sich vor diesem historischen Hintergrund. Seit Mitte der 70er Jahre hat das internationale Kapital den politischen Angriff gegen die sozialistischen Staaten verstärkt und versucht, über ideologische Infiltration zu erreichen, daß sie sich in Richtung des westlichen Modells verändern. Im Juni 1988 beschloß der KPdSU-Parteitag, den Schwerpunkt der Reformen in der UdSSR vom ökonomischen auf den politischen Bereich zu verlagern. Das fand sofort die Beachtung westlicher Politiker. Sie äußerten: Gorbatschow „will nicht nur die Struktur der sowjetischen Wirtschaft verändern, sondern auch die ideologische Basis der sowjetischen Ordnung refor-

mieren und die sowjetische politische Ordnung sogar in bestimmtem Grad wandeln“. Daraus leiteten sie ab, „die Sowjetunion kann jederzeit zerfallen“, „eines Tages kann sogar die Partei ihre monopolistische Kontrolle über die Gesellschaft verlieren“. Der kurz zuvor ins Amt eingeführte amerikanische Präsident George Bush hat im Mai 1989 gestützt auf diese Situation die Strategie des Containment formuliert und erklärt, daß er entsprechende Schritte unternehmen wird, um die Sowjetunion wieder in die „internationale Gesellschaft“ zurückzuführen.

Die westliche Strategie der friedlichen Veränderung besteht im wesentlichen aus folgenden vier Inhalten: 1. ideologische Infiltration, um mit dem bürgerlichen Wertesystem die sozialistische Überzeugung der Menschen zu erschüttern. 2. Durchführung subversiver politischer Aktionen, um feindliche Elemente innerhalb der sozialistischen Länder zu unterstützen, die Macht zu usurpieren. 3. mit wirtschaftlicher Erpressung plus „Hilfe“ unter politischen Bedingungen die sozialistischen Staaten auf die westliche Schiene zu leiten. Am 13. 3. 1989 hat ein amerikanischer Spezialist für internationale Strategie den Westen gemahnt: „Die Gegenleistung für jegliche substantielle Hilfe“ an die sozialistischen Länder „ist deren offizielle Reformentscheidung für wirtschaftliche und politische Polarisierung“. Am 4. 12. 1989 berichtete eine französische Zeitung, daß der Westen offensichtlich bereits folgende Position bezogen hat: „Man muß dem Kommunismus ein entsprechendes Begräbnis finanzieren.“ Am 26. 3. 1991 erklärte USA-Präsident George Bush ganz offiziell: Moskau

muß ein positives Signal zur Frage der Unabhängigkeit der baltischen Republiken aussenden, „so werden wir leichter in der Lage sein, der UdSSR wirtschaftliche Hilfe zu gewähren“. Die verschiedenen Tatsachen zeugen davon, daß die Bestrebungen zur „Verwestlichung“ und „Zersetzung“ unter dem Deckmantel der Hilfe auf der Hand liegen. 4. diplomatische Einmischung, Erzeugung von Widersprüchen innerhalb der sozialistischen Staaten, Schüren von Unruhen, um „durch Druck Veränderungen herbeizuführen“. Die UdSSR ging gerade unter diesen gemeinsamen Wirkungen innerer und äußerer Kräfte ihrem Zerfall entgegen.

Die Tragödie der Sowjetunion lehrt uns: In einer strategischen Situation, in der der Westen stark und der Osten schwach, der Norden stark und der Süden schwach ist, sind die sozialistischen Staaten mit einer doppelten Herausforderung der westlichen Großmächte konfrontiert: 1. der realen Gefährdung durch die Versuche der kapitalistischen Staaten zur „Verwestlichung“ und „Zersetzung“. 2. dem großen Druck der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Überlegenheit der entwickelten Länder. Angesichts der Gefahr und der Herausforderung kann man nur mit klarem Kopf, mit angemessenen Gegenmaßnahmen in eine offensive Position kommen und trotz des Drucks seine eigene Position behaupten.

**Aus: „Qiu Shi“, theoretisches Organ des ZK der KP Chinas, Nr. 23/2000**

*Aus dem Chinesischen übersetzt von Rolf Berthold*

An den „RotFuchs“-Förderverein e. V., Teterower Ring 37, 12619 Berlin

## Aufnahmeantrag

Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den „RotFuchs“-Förderverein e. V. ab \_\_\_\_\_  
Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der jeweilige Beitrag wird vierteljährlich per Dauerauftrag (oder bar) entrichtet.  
Konto für Beiträge und Spenden: W. Metzger / Sonderkonto „RotFuchs“,  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Bitte deutlich in Druckbuchstaben ausfüllen

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

- Ich bezahle den Beitrag in Höhe von mtl. 5 DM (ab 1.1.2002 2,50 €) \*  
 Ich bezahle den ermäßigten Beitrag (gem. Satzung) in Höhe von mtl. 1 DM (ab 1.1.02 0,50 €) \*

\* Zutreffendes bitte ankreuzen

\_\_\_\_\_  
(Datum, Unterschrift des Antragstellers)

Über Vergangenheit und Gegenwart der KP Südafrikas

## Größe, Glanz und Gefahr

Am 30. Juni 2001 beging die Südafrikanische KP (SACP) - die älteste und größte kommunistische Partei des afrikanischen Kontinents - den 80. Jahrestag ihrer Gründung. Eine der ursprünglichen Parteien der Kommunistischen Internationale, bezeichnete sich die SACP von Beginn an als marxistisch-leninistisch. 1928 - nach einer Periode der „Afrikanisierung“ - zählte sie 1 750 Mitglieder, von denen 1 600 Schwarze waren. Die Verbundenheit mit der Sowjetunion und die Anwendung der Leninschen Lehre vom Zusammenhang zwischen dem Klassenkampf der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Territorien gehörten zu ihrem politischen Profil.

Nachdem die SACP - sie nannte sich zunächst Kommunistische Partei Südafrikas (CPSA) - eine festgefügte Kader- und Vorhutpartei gewesen war, entwickelte sie sich in den 40er Jahren zu einer mächtigen politischen Kraft, deren Einfluß den des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) noch übertraf. Das südafrikanische Kapital zeigte sich besorgt. Der erste Schritt gesetzgeberischer Repression, den die 1948 ans Ruder gekommene Nationalpartei unternahm, war das Verbot der Kommunistischen Partei im Jahre 1950. Als 1961 dann der bewaffnete Kampf gegen das Apartheid-Regime losbrach, verfügte die SACP bereits über mehr als zehnjährige Erfahrungen in der Illegalität. 1962 nahm die Partei ihr Programm „Der Weg zur südafrikanischen Freiheit“ an, der ihre Rolle in der Massenbewegung definierte und von einem „Kolonialismus besonderen Typs“ - im eigenen Land - ausging.

Hatte die Partei in all diesen Jahren an der Solidarität mit der Sowjetunion und den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft festgehalten, so führte deren Zusammenbruch zwangsläufig auch zu Erschütterungen in der SACP, die im Februar 1990 nach 40 Jahren Untergrund ihren legalen Status zurückgewann. Etwa die Hälfte der Mitglieder des Zentralkomitees und viele bekannte Funktionäre, darunter der heutige Präsident Südafrikas, Thabo Mbeki, verließen damals die SACP. Ihr Generalsekretär Chris Hani, der standhaft blieb, wurde 1994 Opfer eines politischen Mordes. Er war der nach Nelson Mandela populärste Politiker Südafrikas. Trotz des Aderlasses auf Führungsebene konnte die Partei, die gegenwärtig etwa 80 000 Mitglieder, darunter 14 000 AktivistInnen zählt, in den 90er Jahren bedeutend an Einfluß gewinnen. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1994 errang der ANC, der im Bündnis mit der SACP und der kämpferischen Gewerkschaftszentrale COSATU, auftrat, mehr als 62 % der Stimmen und 252 von 400 Sitzen. 80 ANC-Abgeordnete waren Mitglieder der SACP. Bei den nächstfolgenden Wahlen im Juni 1999 konnte der ANC-Anteil auf 66,4 % gesteigert werden. Die Zahl der dem Parlament angehörenden Kommunisten blieb etwa gleich. Die SACP ist in Schlüsselministerien der Regierung vertreten. Sie stellt u. a. den Innenminister, den Minister für Industrie und Handel und den stellvertretenden Verteidigungsminister. Ein Drittel der ANC-Mitglieder gehört der SACP an, was sich auch auf Führungsebene widerspiegelt. So sind die Generalsekretäre des ANC und der COSATU Mitglieder der KP.

Im Juli 1998 fand in Johannesburg der 10. Parteikongreß der SACP statt. Anwesend waren Nelson Mandela und Thabo Mbeki, der eine sehr widerspruchsvolle Rede hielt. Inzwischen hatte sich sowohl im ANC als auch in der Partei ein sozialer und politischer Differenzierungsprozeß

vollzogen. Während die COSATU mit ihrer proletarischen Mitgliedschaft eine eindeutig revolutionäre Kraft blieb, drangen besonders in den ANC Vertreter der mit Förderung des Imperialismus entstandenen schwarzen Bourgeoisie ein. Auf dem SACP-Parteitag verteidigte Mandela das sogenannte Programm für Beschäftigungswachstum und Umverteilung (GEAR), das auch von westlichen Kreisen unterstützt wird und letztlich darauf abzielt, der südafrikanischen Linken Stück für Stück den Boden zu entziehen. „GEAR ist die fundamentale Politik des ANC“, sagte Mandela, „wir werden sie nicht wegen Eures Druckes ändern. Wir vertreten nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Land.“ Thabo Mbeki drohte sogar mit der Aufkündigung der Dreierallianz aus ANC, SACP und COSATU. In einer demagogischen Rede nutzte er seine Erfahrungen als langjähriges Mitglied der KP geschickt aus. Er erhielt eine entsprechende Antwort.

Während die SACP offiziell an ihrer Orientierung auf eine „nationaldemokratische Revolution in Richtung Sozialismus“ festhält, haben sich in der Partei Veränderungen ereignet, die von großen Teilen der Mitgliedschaft als bedauerlich empfunden werden. Der Einfluß der Französischen KP, besonders aber auch der PDS, die nach Herstellung der Legalität der SACP sofort die Schulung von Kadern übernahm, sind dabei unverkennbar. So schlug das ZK den Mitgliedern beispielsweise vor, die SACP in Partei des Demokratischen Sozialismus umzubenennen - ein Ansinnen, das von der Mehrheit der Genossen zurückgewiesen wurde. Besonders dubios sind bestimmte Passagen aus dem SACP-Dokument „Unser Marxismus“, das auf den lebhaften Widerstand marxistisch-leninistischer Kräfte in der Partei gestoßen ist. Zu Marx, Engels und Lenin hieß es dort: „Wir haben keine Zweifel am herausragenden Beitrag, den jeder von ihnen zum Sozialismus geleistet hat. Aber ist kommunistische Theorie etwas, was allein mit (gewöhnlich männlichen) hervorragenden Revolutionären aus Europa verbunden ist, deren 'Gesammelte Werke' ganze Bücherschränke füllen? Haben wir nicht, indem wir Marx, Engels und Lenin feierten, lasen und debattierten, unwissentlich zu einem besonderen Bild dessen beigetragen, was es heißt, ein Kommunist zu sein? ... Im Kampf für die Erneuerung des sozialistischen Projekts muß die SACP ihre Mitgliedschaft und die breitere Massenbewegung dem weitesten Spektrum progressiver Schriften und Theorien aussetzen - darunter jene derer, die oft unterdrückt wurden, weil sie als 'Dissidenten' galten - Bucharin, Trotzki und Rosa Luxemburg.“ Es gehe darum, „aus dem bürokratischen Griff des Dogmas auszubrechen“ und vor allem auch Ideen von Führern der Dritten Welt wie Julius Nyerere aufzugreifen.

Während sich der Druck ausländischer Ratgeber, der schwarzen Bourgeoisie und kleinbürgerlicher Elemente, die in die Partei eingedrungen sind, auf solche Weise bemerkbar macht, setzt die Masse der südafrikanischen Kommunisten den Klassenkampf im Sinne der großen Traditionen der SACP entschlossen fort. Standhafte Marxisten-Leninisten hegen dabei keine Illusionen über die realen Machtverhältnisse in Südafrika, wo die politische Apartheid zwar überwunden wurde, die ökonomische Herrschaft des einheimischen und ausländischen Kapitals mit all ihren Ungleichheiten aber fortbesteht. Sie nähren auch keine falschen Hoffnungen, die allein daraus entspringen könnten, daß die SACP - was zunächst einmal positiv ist - an der Regierung teilnimmt. Die Einbindung in die Macht allein ist mit Machteroberung nicht zu verwechseln. S. R.

Ein klassenindifferentes Sozialistisches Programm?

## Ungarn ohne Paprika

Als ich zuletzt in Ungarn - meiner zweiten Heimat - war, fand ich die Genossen der Arbeiterpartei in einer Art Aufbruchstimmung. Ihr Parteitag hatte gerade stattgefunden. Sie waren guter Hoffnung und voller Illusionen, die rechte Regierung im Frühjahr abwählen zu können. Dem wollen sie alles unterordnen.

Mein Vertrauen gilt dem aufrechten Häuflein von ergrauten Genossen, die sich nicht erst 1989/90 bewährt haben (ca. 1 600 Mitglieder widersetzten sich damals dem Parteiputsch zur Liquidierung der USAP. Heute sind es noch etwa 300 Getreue). Der Vorsitzende Gyula Thürmer hat auf dem Kongreß der Arbeiterpartei wirklich eine linke (?) Rede gehalten, in der es nicht an starken Vokabeln mangelte. „Die Arbeiterpartei ist die politische Kraft, die Parlamentspartei von morgen, welche man nicht ablehnen, verschweigen oder umgehen kann. Wir wollen uns an der Leitung Ungarns beteiligen, weil wir die Besseren sind ... Wir gestatten nicht, uns Janos Kádár wegzunehmen. Er gehört uns, den ungarischen Werktätigen, dem ungarischen Volk“, sagte Thürmer. (H. M. Enzensberger bezeichnete Kádár, seine Parteiarbeit bewertend, am 9. 12. 1989 in der FAZ als „Abbruchunternehmer“)

In der Einleitung zum neuen Programm der Arbeiterpartei schrieb deren Vorsitzender: „Wenn wir die Frage so stellen, ob in unseren für 10 bis 15 Jahre bestimmten Vorstellungen sozialdemokratische Elemente enthalten sind, dann antworte ich: Ja, es gibt sie. Heute ist es sowieso nicht Aufgabe, den Sozialismus zu schaffen, sondern den Kapitalismus zu kritisieren, zu entlarven und unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie ein Maximum für den arbeitenden Menschen zu tun.“

Im Programm wird festgestellt: „Die Arbeiterpartei ist eine marxistische Partei, welche humanistische, kommunistische, linkssozialistische Werte vertritt ... Sie muß eine starke Parlamentspartei sein ... und wünscht den friedlichen Weg der gesellschaftlichen Revolution zu gehen ... Die verschiedenen Eigentumsformen sind rechtlich gleich und stehen im wirtschaftlichen Wettbewerb miteinander. Die Freiheit des Unternehmertums und der ökonomischen Konkurrenz gelangen zur Geltung ... Stufenweise muß man die Rolle der direkten Demokratie steigern ... Die sozialistische Gesellschaft ... stärkt den Grundsatz der Selbstverwaltung. Die Funktion des Staates ist die aktive Unterstützung der gesellschaftlichen Prozesse im Interesse der Mehrheit.“

In den kommenden anderthalb Jahrzehnten sei es „unsere wichtigste Aufgabe, das Überleben Ungarns in der sich globalisierenden Welt zu sichern. Für die Wirtschaft bedeutet das die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.“ Es gehe darum, „die Teilnahme möglichst breiter Schichten an der Entwicklung der Gesellschaft und an den Vorzügen des EU-Anschlusses“ zu erreichen.

Wie man sieht, handelt es sich im wesentlichen um ein klassenindifferentes Programm. Das Wort Klasse kommt nur ein einziges Mal vor, nämlich dort, wo es heißt, die Arbeiterpartei vertrete die Interessen der Arbeiterklasse. Im übrigen bürgerliche Demokratie und Parlamentarismus als Weg zum Sozialismus. Mir scheint, auch Bernstein und Kautsky dachten da nicht anders.

Eberhard Kornagel

## Ein Brief aus dem USA-Bundesgefängnis Allenwood (Pennsylvania)

### Zeilen aus der Hölle



Seit Herbst 1997 befindet sich **Kurt Stand** (46) wegen „Spionage für die DDR“ in den USA in Haft. 1999 wurde er zu einer Freiheitsstrafe von 17 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Sohn deutscher Emigranten, die vor den Faschisten in die USA geflohen waren, hielt er ebenso wie seine zu 21 Jahren und 10 Monaten verurteilte Frau Theresa Squillacote aus linker Überzeugung Kontakt zu Vertretern der DDR. Jetzt schrieb der politische Gefangene (seine Adresse lautet: -42289-083, Unit B-FCI Allenwood, P.O. Box 2000, White Deer, PA 17887 - USA) an unser Redaktionsmitglied Werner Hoppe aus Hamburg:

Ich möchte Dir für Deinen Brief und für Deine Solidarität danken. Du kannst Dir vorstellen, wie bedeutungsvoll sie für mich unter meinen gegenwärtigen Bedingungen in persönlicher und politischer Hinsicht ist. Ich suche die breitesten Kontakte, um so gut wie möglich die Isolierung von der Außenwelt zu überwinden, die den Zweck der Gefängnishaft darstellt. Je mehr ich in Verbindung mit Menschen bin, um so eher sehe ich mich in der Lage, die Zeit, die ich hier zubringen muß, einen Sinn zu geben.

Was die Gefängnisbedingungen in den USA betrifft - es handelt sich dabei unverkennbar nicht um den angenehmsten Aufenthaltsort, zumal man zu viele zerstörte oder demoralisierte Individuen hier findet, so ist die Situation ganz anders als das, was in Kinofilmen oder im USA-Fernsehen dargestellt wird. Ich bin sicher, Du kennst diese Stereotypen, nach denen eingesperrte Menschen als irre und gewalttätig, ohne moralische Normen oder Werte geschildert werden. Die Wahrheit ist weit davon entfernt. Die Leute im Gefängnis haben dieselben Sorgen wie jedermann sonst, nur daß wir alle unter einem größeren Grad von Druck und Überwachung stehen, der durch die Trennung von den Familien noch zusätzlich verschärft wird. Ich würde sagen, daß die Überbelegung der USA-Gefängnisse der hervorstechendste Zug des amerikanischen Gefängniswesens ist. Sie wird immer mehr gesteigert. Durch eine wachsende Zahl von Inhaftierungen und durch die absurde Länge der meisten verhängten Strafen. Da die neuen Häftlinge nicht mehr nach einer Anzahl von Jahren für Freilassung auf Bewährung infrage kommen, heißt das, daß sie das Gefängnis zwar betreten, aber kaum so bald verlassen. Die Überfüllung betrifft alles. Sie dient, genauer gesagt, als Vorwand für das

bloße Wegstecken von Leuten. Es gibt kaum irgendwelche Programme zur Rehabilitation. Jemand kann 20 Jahre im Gefängnis sein und mit 50 herauskommen, um in eine Welt entlassen zu werden, die sich vollständig verändert hat und die er nicht mehr versteht. (...)

Was meine rechtliche Situation betrifft, so bewegen sich die Dinge nur sehr langsam. Ist einer erst einmal verurteilt, dann braucht der Rechtsmittelprozeß unendlich viel Zeit. Unser Fall ist jetzt vor dem Obersten Gericht, und wir warten auf eine Entscheidung, ob wir diesem unsere Argumente darstellen dürfen. Wenn wir dabei erfolgreich sein sollten, was schwierig erscheint, da sie die meisten Anträge ablehnen, dann wird man über die inhaltlichen Fragen unseres Vorbringens beraten, was im Oktober oder November geschehen könnte.

Natürlich ist das derselbe Oberste Gerichtshof, der George W. Bush die Präsidentschaft zugesprochen hat. Obwohl die Situation nicht hoffnungslos ist, bin ich hinreichend Realist, um zu wissen, daß es in beiden Richtungen ausgehen kann. Die Wahlen haben die Rechte wütend gemacht, weil sie nicht jene enthusiastische Unterstützung gefunden hat, die sie sich erhoffte. Doch gerade der Tatsache, daß Bush in den Stimmlokalen verlor, daß er also ohne ein Mandat des Volkes regiert, macht ihn noch aggressiver. Er greift härter als sein Vater oder Reagan die Arbeiterbewegung und die Frauenrechte an. Man muß sich nur seine Ernennungspolitik ansehen, um zu verstehen, daß die Gefahr von militärischen Aktionen im Ausland immer mehr aufblüht. Es werden lange vier Jahre sein... Clinton war sicher schlecht in bestimmten Schlüsselfragen, aber dieser wird viel schlimmer. (...)

Ich habe länger geschrieben, als ich beabsichtigte, aber ich wollte Dir, lieber Werner, meine Situation im Zusammenhang darstellen. Du kannst mir ruhig auf deutsch schreiben. Obwohl ich Dir englisch antworten möchte, damit ich mich richtig verständlich machen kann, vermag ich deutsch ohne große Mühe zu lesen. Noch einmal Dank für Deinen Brief und die Hilfe.

**Kurt**

*Wir bitten unsere Leser, dem gefangenen Freund und Kampfgefährten - die Adresse seiner Frau steht uns leider im Augenblick nicht zur Verfügung - unbedingt nach Allenwood zu schreiben. Ab sofort schicken wir auch den „RotFuchs“ in der Erwartung dorthin, daß die USA-Gefängnisbehörden sich an den Grundsatz der Meinungs-freiheit halten.*

## Kundschafter Kubas in der Hand des Feindes

### Würdiges Verhalten

Am 8. Juni 2001 wurden der Fluglehrer und Spezialist in Flugzeugtechnik René Gonzalez Schewerert, der Diplomböckner Ramón Labanino Salazar, der Bauingenieur Antonio Guerrero Rodriguez sowie die Absolventen der Hochschule für Internationale Beziehungen Fernando González Llorca und Gerardo Hernández Nordelo, die sich vorher in Untersuchungshaft befunden hatten, von einem Gericht in der Exilkubaner-Hochburg Miami schuldig gesprochen und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Es handelt sich bei ihnen um fünf kubanische Patrioten, die ihre Pflichten erfüllten, ihre sozialistische Heimat vor terroristischen Aktionen der US-kubanischen Mafia zu schützen.

In einer Botschaft an das Volk der Vereinigten

Staaten erklärten die in die Hand des Feindes gefallenen Kämpfer: „Wir Angeklagten in diesem Prozeß bedauern nicht, was wir getan haben, um unser Land zu verteidigen. Wir erklären uns als völlig unschuldig. Uns stärkt, die Pflicht unserem Volk und unserem Vaterland gegenüber erfüllt zu haben. Unsere Familien begreifen die Tragweite der Ideen, die uns geleitet haben, und werden stolz auf das sein, was wir im Kampf gegen den Terrorismus für die Menschheit und für die Unabhängigkeit Kubas getan haben.“ Wir würdigen das tapfere und standhafte Verhalten aller, die für das sozialistische Kuba an der unsichtbaren Front stehen, und übermitteln den in Miami verurteilten Genossen die Gefühle unserer revolutionären Solidarität.

## Wo Franziskanermönche Rock zelebrieren

### An Polens Ostsee

In Kolobrzeg an der polnischen Ostsee habe ich zwei erfolgreiche Urlaubswochen verbracht und dabei so manche neuen Eindrücke gesammelt. Wie in den Vorjahren beobachtete ich Tag für Tag junge Menschen am Strand und dachte dabei wehmütig an „alte Zeiten“ in der DDR zurück - an die vielen Kinder, die sich damals in den Ferienlagern der Betriebe und der Pioniere erholen konnten. Denn noch gibt es in Polen betriebliche Ferieneinrichtungen für Kinder, auch wenn der größte Teil dort bereits ebenso geschlossen worden sein dürfte.

Was würde wohl der schlaue Prof. Pfeiffer sagen, der nachweisen wollte, daß bereits unsere Kindergarten-„Zöglinge“ aufgrund des gemeinsamen Töpfchensitzens zu denegierten Kollektivistern erzogen wurden, wenn er sähe, was sich an den Stränden polnischer Seebäder täglich abspielt? So etwas kann man an der früheren DDR-Ostseeküste, wo sich inzwischen der westliche Luxustourismus spreizt, nämlich schon längst nicht mehr beobachten. Gemischte Gruppen von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 8 und 17 Jahren kommen mit ihren meist jungen Betreuern und suchen sich einen Lagerplatz. Die Hälfte der Gruppe tritt mit grünen Badekappen oder auch Basecaps an, erhält Anweisungen und wird in die See entlassen. Die andere Hälfte, an ihren roten Kappen erkennbar, schaut zu, bis der Betreuer, der vom Strand aus die Badenden im Auge hat, das entsprechende Signal gibt, worauf die erste Gruppe ohne jeden Widerspruch aus dem Wasser kommt, antritt und durchgezählt wird. Das Gleiche wiederholt sich dann bei der zweiten Gruppe. Die ungezwungene Disziplin der Kinder und Jugendlichen in Polen fasziniert mich jedes Jahr aufs Neue. Hinzu kommen Takt und Höflichkeit. Ich erlebte sie diesmal bei einer kleinen Hochseefahrt mit dem Schiff. Wir waren unter 150 Kindern und Jugendlichen nur drei ältere Erwachsene, sieht man von den Betreuern ab, die völlig im Hintergrund blieben. Uns wurde mit natürlicher Selbstverständlichkeit der Vortritt eingeräumt; strenge Disziplin verdrängte hier nicht die Fröhlichkeit und Ausgelassenheit der Kinder. Das war für mich als langjährige Lehrerin der DDR, die früher auch bei uns viele ähnliche Erlebnisse gehabt hat, ein sehr erfreulicher Eindruck.

Eines Abends wurde ich unerwartet mit einer gänzlich anderen Szene konfrontiert. Ein Spaziergang nach dem Abendessen hatte mich in Richtung Freilichtbühne geführt. Dort fand gerade ein Konzert statt. Schon von weitem hörte ich jubelnde Zustimmung junger Mädchen und rasenden Beifall. Dann setzte wieder die Musik ein - eine Band spielte Rock. Ich vernahm eine männliche Stimme dazu. Klar, dachte ich, hier tritt irgendeine polnische Pop-Gruppe von landesweiter Bekanntheit auf. Doch ich hatte mich getäuscht und kam aus dem Staunen nicht heraus. Die Musiker und der Sänger waren Mönche. Es handelte sich um Franziskaner, wie ich später auf einem Plakat las. Sie sangen Texte mit religiösem Inhalt, denn ich konnte immer wieder das Wort „Jesus“ heraushören. Die Zuschauer jeglichen Alters waren begeistert. Die jungen Mädchen himmelten ihre Idole im wahrsten Sinne des Wortes an. Junge Polen erklärten mir später, solche Konzerte seien durchaus keine Einzelfälle, sondern gehörten zum festen Bestandteil der Jugendarbeit der katholischen Kirche, die auch auf diese Weise ihren dominierenden Einfluß auf die polnische Gesellschaft ausübt und ihre große Klientel mit einem sehr differenzierten Angebot fest im Griff behält.

**Helga Archut**

Putins „Aufschwung“ schlenkert das Volk in die Tiefe

## Was Russen kaufen können

In einem von der „Sowjetskaja Rossija“ veröffentlichten Brief aus Swerdlowsk „begeistert sich“ der Leser Ju. Jumsa für den von Präsident Putin verkündeten „Aufschwung“ der russischen Wirtschaft. Dort heißt es: „... und habe mit Schrecken festgestellt, daß der Präsident recht hat. Nichts wurde hier hinzugedichtet. Das Land befindet sich wirklich in einem unerhörten „Aufschwung“! Nehmen Sie doch nur die Tabelle:

Wie war es zu SU-Zeiten?	Wieviel kostet es heute?	Aufschwung
Brot - 0,20 Rbl pro Kilo	7,00 Rbl/ 800g-Brot	um das 35fache
Milch - 0,28 Rbl pro Liter	10,00 Rbl pro Liter	um das 35fache
Kohl - 0,12 Rbl pro Kilo	12,00 Rbl pro Kilo	um das 100fache
Kartoffeln - 0,06 Rbl pro Kilo	6,50 Rbl pro Kilo	um das 100fache

Über Wurst, Fleisch und Käse schreibe ich nicht - so etwas kauft unsere Familie nicht. Die Miete für unsere 2-Zimmer-Wohnung betrug 12 Rubel, heute sind es 500, also das 42fache. Für einen Kindergartenplatz bezahlten wir 12 bis 15 Rubel, heute sind es 900, also das 45fache. Der Fahrschein der Tram kostete 0,03 Rubel, heute sind es 4,00 Rubel, also das 120fache. Die Aufschwungszahlen könnte man beliebig erweitern, nur darf man sie nicht mit den Summen der Löhne und Renten vergleichen, die zahlenmäßig ungefähr das 8 bis 12-fache betragen. Einen sagenhaften Aufschwung bei Wasser hatten wir dieses Jahr in ganz Sibirien, sodaß die Überschwemmung von Städten und Dörfern auch als Aufschwung gewertet werden kann. Haben Sie während der Sowjetzeit jemals davon gehört, daß in Sibirien ganze Städte ins Schwimmen gerieten? So etwas gab es nicht, aber es gab ja auch keinen Aufschwung. Aber was soll das Wasser! Vor kurzem habe ich gelesen, daß sich die Zahl der Zecken verzehnfacht hat. Bald wird man ohne Impfung schon nicht mehr auf die Straße können. Und die Impfungen, die man früher umsonst bekam, kosten heute 500 bis 700 Rubel. Um sicher zu gehen, braucht man drei Impfungen. Wer kann sich diesen Luxus schon leisten? Früher sind wir auch ohne ausgekommen. Stimmt. Aber es gab auch keine Massenüberfälle von Zecken. Unter der Sowjetmacht wurden die Wälder rechtzeitig bearbeitet und - das ist das Sonderbare - man hat auch Geld dafür gefunden! Also glaube ich dem Präsidenten, daß der Aufschwung und das Wachstum wirklich alle Sphären des Lebens erfaßt haben.

Übersetzung: Dr. Peter Tichauer



„Unser Land macht die schwerste Krise durch und Sie reden über die Ernährung Ihrer Kinder.“ (Aus „The Guardian“)

Einige russische Städte sind heute fast komplett zerstört. Die Ruinen sind ein trauriges Bild.

## Moskau heute: 60 000 Besprisornis

In einem Leitartikel von L. Nikolajew bringt die „Sowjetskaja Rossija“ vom 24. Mai 2001 eine Zusammenfassung aus russischen und englischen Zeitungen. Wir zitieren daraus.

„... Nach Angaben des russischen Innenministeriums leben in Moskau über 60 000 absolut obdachlose Kinder. Am Tage sieht man sie in der U-Bahn (sie versuchen, etwas Schlaf zu bekommen, indem sie stundenlang die Ringstrecke fahren). Man sieht sie in Grüppchen dort, wo ausländische Touristen sind, aber auch in Bahnhöfen oder schlafend auf Heizkörpern öffentlicher Räume. ...

... Das Verschwinden von Pionierlagern, die es im ganzen Lande gab, und wo die Kinder praktisch ohne Bezahlung fast den ganzen Sommer verbrachten, die Abschaffung der zahllosen Komsomolgruppen, in denen Jugendliche zwischen Schule und Dienstschluß der Eltern beschäftigt waren, hat die Familien der staatlich finanzierten Kinderfürsorge beraubt.

... In der Sowjetunion wurde viel von verwaahlerten Kindern in den Slums von London und New York geschrieben - heute ist es bei uns viel schlimmer. Diese Kinder vagabundieren nicht nur auf den Straßen, verkaufen sich nicht nur, viele sterben auch durch Kälte, Hunger, Gewalt. ... Sie kommen geistig um, noch bevor sie physisch sterben.

... In den Botschaften von Putin an das Parlament wird darüber nicht gesprochen. Da geht es mehr um den Schutz des heiligen Rechts auf Privateigentum.

... Man muß an das furchtbare Schicksal des Landes denken: Während eines Jahrhunderts erlebte es die Schrecken des imperialistischen und des Bürgerkrieges und die dadurch entstandene massenhafte Obdachlosigkeit der Kinder; es schuf ein umfassendes, präzedenzloses System des Kampfes dagegen und sicherte die Erziehung einer Generation mit reiner Seele und allseitiger Bildung. Diese Generation ist fast vollständig im Großen Vaterländischen Krieg umgekommen. Das Volk hat trotzdem Städte und Dörfer und Seelen aus Ruinen wiederaufgebaut, um heute von Neuem am Boden zu liegen.

Ich erinnere mich an meinen Vater, der als Obdachloser 1919 in Petrograd neben einem Asphaltkessel nächtigte, von dort (wie Tausende andere auch) durch Tschekisten rausgeholt wurde, die ihren Auftrag direkt von Lenin und Dzierzynski bekommen hatten. Man brachte ihn dann in der Familie eines dieser Tschekisten unter. Später kam er in die Kolonie von Makarenko. Er absolvierte Schule und Hochschule und wurde Verdienter Künstler der UdSSR.“

Übersetzung: Dr. Peter Tichauer

Aus der Gefühlswelt eines Vereinigungsgewinners

## Empfehle Bananen-Aktien!

Mir geht es gut. 10 Jahre lebe ich nun im vereinten Deutschland und ich bin froh darüber. Ich habe mich eingerichtet und ich habe verstanden: Der Ehrliche ist der Dumme, der Hilfsbereite ist der Ausgenutzte und der Bescheidene ist der Belächelte. Nein, ich will nicht dumm sein, ich will nicht ausgenutzt und auch nicht belächelt werden. Ich will leben und zwar gut! Ich weiß inzwischen, wie das geht. Man muß clever sein, geschäftstüchtig und gerissen. Wenn ich z. B. ein Buchverleger bin und möchte, daß die Menschen meine Bücher kaufen, dann starte ich die Aktion „Mehr lesen“. Ich sage, daß Deutschland immer ein Leseland war, daß Lesen Teil der Kultur ist und den Menschen bildet. Vielleicht fällt mir noch ein cooler Spruch ein. Etwa so: Wer liest, bleibt jung. Das wollen alle. Also kaufen dann viele Menschen Bücher. Am besten natürlich meine! Ob sie sie wirklich lesen, na ja, das ist schon die Freiheit des Einzelnen, in die ich mich nicht einmische. Jeder darf schließlich selbst entscheiden, wofür und warum er sein Geld ausgibt. Wenn er welches hat. Ich könnte aber auch Landwirt werden und Nahrungsmittel erzeugen, ohne die schließlich niemand leben kann. Rinder, Schweine, Hühner. Sicheres Geschäft! Wenn sie einmal krank werden, weil ich zu viele in einen Stall gepfercht und an ihren Lebensumständen gespart habe und die Behörden alle schlachten wollen, dann starte ich eine Kampagne „Impfen statt Töten!“. Sinnloses Töten ist ein Verbrechen! Tiere sollen leben, solange, bis sie schlachtreif sind. Logisch. Aber ich muß nicht unbedingt ein cleverer Unternehmer sein, denn das bedeutet viel Verantwortung und Streß. Ich kann auch als gerissener Verkäufer reichlich Lohn und Brot erwerben. Den Kunden, die zu mir kommen, verrate ich ein Geheimnis: Alles, was es bei uns zu kaufen gibt, ist eigens für sie gemacht! Die Jacke, die Hose, der Pullover sitzen wie angegossen und passen hervorragend zum Typ. Zu vornehmend gebe ich noch ein paar freundliche Ratschläge zu weiteren Produkten. Man braucht ja nicht einfach nur zwei Schuhe, man braucht auch die passende Schuhcreme dazu und einen Schuhspanner und Bienenwachs und am besten zum Wechseln noch ein zweites Paar! Greifen Sie zu, bevor es zu spät ist! Jeder hat natürlich die Freiheit, meine Ratschläge abzulehnen. Ich bin deshalb nicht sauer. Ich bleibe freundlich und ziehe kein Gesicht. Das Lächeln gehört zur Raumaustattung! Wenn ich zu Geld gekommen bin, kaufe ich mir frei und selbstbestimmt ein schönes Leben: ein Haus, ein Auto, eine attraktive Frau. Die lasse ich mir aus Litauen einfliegen. Dort sind alle Frauen scharf auf deutsche Ehemänner. Warum? Wegen ihrer Toleranz und wegen des beruflichen Erfolgs. Wenn wir später unsere zwei Kinder haben, vertraglich vereinbart (sonst muß sie zurück!), darf die kleine Schwester meiner Frau bei uns als O-pair-Mädchen arbeiten. Aber bitte nicht weitersagen! Niemand soll davon wissen. So müssen wir keine komplizierten Arbeitszeit- und Taschengeldregeln vereinbaren. Wozu auch? Deutschland ist schön. Das muß Lohn genug sein! Sie kann es sich im Fernsehen ankucken. Da sie illegal bei uns lebt, ist es sowieso besser, wenn sie den ganzen Tag über im Haus bei den

Kindern bleibt. Mein italienischer Nachbar macht es ähnlich. Er hat in seiner Imbißbude eine junge Frau aus Rumänien beschäftigt. Sie ist froh, daß sie hier leben und arbeiten darf. Verständlich. Die 6 Mark pro Stunde, die er ihr zahlt, sind in ihrer Heimat ein Vermögen. Daß sie auf seinen Wunsch ein nettes Minirockchen bei der Arbeit trägt (Blickfang für die Kunden!) und nicht laufend auf die Uhr kuckt, ist nicht zuviel verlangt. Wenn Kunden da sind, kann man nicht einfach Pause machen oder nach Hause gehen, weil man Feierabend hat. „The Show must go on!“ Mit den Kindersklaven in Afrika kann man das nicht vergleichen! Nein. Denen geht es viel schlechter. Was dort passiert, ist wirklich barbarisch. Ich finde das auch. Kinder werden verkauft und müssen auf Bananenplantagen 16 Stunden arbeiten. Täglich Lohn bekommen sie überhaupt nicht und gerademal so viel zu essen, daß sie am nächsten Tag wieder arbeiten können. Oder doch wenigstens durchhalten, bis die nächste Fracht mit Kindersklaven geliefert wird. Davon distanzieren ich mich. Jetzt und hier. Ganz öffentlich! Mein Nachbar und ich, wir haben übrigens vor einigen Jahren Aktien einer Bananenvertriebsfirma gekauft. Den Namen darf ich hier nicht nennen. Das wäre „Schleichwerbung“. Sie kauft die Bananen billig in Afrika und verkauft sie hier zum 10fachen Preis. Clevere Geschäftsleute sind das! Wirft reichlich Profit ab für alle. Mein Nachbar hat sich davon im letzten Jahr einen neuen Mercedes gekauft. Ich bin nicht so ausverschämt. Mein Audi kann noch zwei Jahre fahren. Stattdessen werde ich mit meiner neuen Frau eine Reise nach Florida machen (die Kinder bleiben bei ihrer kleinen Schwester daheim). Man gönnt sich ja sonst nichts. Der Chef meiner ersten Frau war auch schon in Florida. Mehrmals! Und an anderen schönen Orten der Welt. Er hat eine Villa in Spanien

und eine Yacht in Hamburg und eine kleine paradiesische Insel in der Südsee. Irgendwo bei Neukaledonien. Ich habe ihn neulich einmal kurz kennengelernt. Er ist wirklich ein weltoffener und großzügiger Mann. Nur daß er einen Teil des Lohns seiner Mitarbeiter, für den er einen Zuschuß von unserer Kommune bekommt (Langzeitarbeitslose), einfach für sich behält, ist wohl irgendwie doch nicht ganz korrekt? Aber was soll's! Das ist die Marktwirtschaft. Meine Ex-Frau hat die Freiheit zu gehen und sich eine andere Arbeit zu suchen. Dann würde er schon sehen, was er davon hat! Sie macht das aber nicht. Besser 100 Mark weniger als gar kein Lohn. Ist ja schwer genug, Arbeit zu finden mit 56, und schließlich gibt der Chef von dem einbehaltenen Lohn einen Teil als Spende für den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden. Sein Name ist dort nun in einer Ehrentafel eingraviert worden. Zum Dank. Noch in Hunderten von Jahren wird so an seine Mildtätigkeit erinnert. Er kann das meiste von der Steuer absetzen, und wir können immerhin denken, es ist eine Spende von uns. Stimmt ja irgendwie auch, oder? So haben wir einen Beitrag zur Bewahrung der großen kulturhistorischen Denkmäler in unserem Land geleistet. Ich bin richtig stolz! Man muß die Dinge von ihrer positiven Seite sehen. Das habe ich in den vergangenen 10 Jahren schnell gelernt. So kann ich heute nicht klagen. Selbst die Linken, die ich auch mal wählte, als es mir noch nicht so gut ging, wettern jetzt nicht mehr so heftig gegen den Kapitalismus. Ihre Partei hat sich neulich dafür entschuldigt, daß sie ihn früher abschaffen wollte. Hirngespinnste waren das! Gut, daß sie es eingesehen haben. Künftig wollen sie den Kapitalismus so gestalten, daß alle leben können wie ich. Das ist eine gute Idee. Ich habe nichts dagegen. Hauptsache, es schadet nicht mir!

Peter Kluge



„Ich bin gern mit den Leuten aus der Produktion im Kontakt.“ (Aus „The Guardian“)

## Am Rande bemerkt

□ In einem vielbeachteten Leserbrief unseres Lesers und Friends **Prof. Dr. med. Moritz Mebel** heißt es am 10. Juli im ND: „Mit seiner Erklärung zum Mauerbau scheint der Parteivorstand der PDS bis auf Sahara Wagenknecht nun endlich in der Bundesrepublik Deutschland angekommen zu sein. Indem der Vorstand ‚mit Interesse die Thesen der Historischen Kommission aus Anlaß des 40. Jahrestages des 13. August zur Kenntnis genommen hat‘, identifiziert er sich nicht mit ihnen. Er zieht seine eigenen Schlußfolgerungen, die in einer Verteufelung der DDR und in der Anerkennung der Überlegenheit des damaligen Kapitalismustyps in der Bundesrepublik gipfeln.

– Kein Wort über das Bestreben der BRD und ihrer westlichen Verbündeten, die DDR auszubluten, die Gefahr, den Kalten Krieg in einen heißen verwandeln zu wollen. Vergessen die Worte von Präsident Eisenhower, Westberlin sei die billigste Atombombe. Vergessen die Worte des Regierenden Bürgermeisters Willi Brandt, Westberlin sei ein Pfahl im Fleische der DDR.

– Kein Wort über die wahren sozialistischen Errungenschaften in der DDR: das verbriefte Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Gesundheit, auf Kultur und vieles mehr, das es zu schützen galt. Lediglich die zweifelsohne negativen Erscheinungen bis hin zu Verbrechen, die es in der DDR gab, werden hervorgehoben.

– Kein Wort, wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität in einer Gesellschaft, die vom globalisierten Kapital dominiert wird, verwirklicht werden sollen.“

□ Aus Anlaß des 25. Todestags **Mao Tse-tungs** am 9. September einige auch heute noch bedenkenswerte Sätze von Hans Heinz Holz aus dessen Schrift „Widerspruch in China. Politisch-philosophische Erläuterungen zu Mao Tse-tung“ (München 1970). Dort heißt es: „Die Maxime der chinesischen Partei- und Staatsführung, daß die Revolution (und natürlich auch die Kulturrevolution) kein Exportartikel sei, ist sicher nicht einfach ein propagandistischer oder von außenpolitischen Rücksichtnahmen bestimmter Slogan. Vielmehr steckt in diesem Satz die streng marxistische Einsicht, daß Revolutionen nur da erfolgreich sein können, wo die Bedingungen für die Umwälzung der Verhältnisse reif geworden sind, das heißt, wo eine revolutionäre Situation besteht. Diese kann man von außen fördern, aber nicht erzeugen. Und sie entsteht nicht aufgrund von Ideen, wie sehr deren Verbreitung auch zur Entstehung revolutionären Bewußtseins helfen mag; sondern aufgrund von Widersprüchen in der ökonomischen Situation, aufgrund von Klassenkämpfen, die aus objektiven, gefühlten Bedürfnissen der Ausgebeuteten, aus wider-

streitenden Klasseninteressen entspringen.“

Und an anderer Stelle: „Die Lehre vom Widerspruch liefert den Verstehensrahmen, innerhalb dessen die konkrete und detaillierte Analyse der Formen, die der innere Widerspruch angenommen hat, vorgenommen werden kann und die politische Strategie bestimmen muß. Bei solchen Analysen mögen auch unter Marxisten Meinungsverschiedenheiten über die relative Bewertung von Fakten und über die interpretierende Konstruktion ihres Zusammenhangs entstehen. Die Wahrheit über komplexe gesellschaftliche Sachverhalte ist nicht so einfach, daß sie nicht perspektivischen Verzerrungen unterliegen könnte. Nur ausführliche und oft genug wohl auch kontroverse Diskussionen mögen eine historischrichtige Einschätzung hervorbringen; und jedem ist das Recht auf Irrtum vorbehalten, solange es sich mit der Bereitschaft zu selbstkritischer Einsicht verbindet; nur der Dogmatismus ist von Schaden. Indessen darf keine noch so kontroverse Auseinandersetzung, wie scharf sie sich auch zuspitzen mag, von der Erkenntnis des Hauptwiderspruchs unserer Epoche ablenken: daß nämlich der geschichtlich überlebte, sich am Rande des Untergangs mit allen Mitteln erhaltende Kapitalismus jeden Aufbau einer humanen Gesellschaft zu durchkreuzen versucht, und daß es zwischen aufsteigendem Sozialismus und untergehendem Kapitalismus einen Kampf auf Leben und Tod gibt, der noch nicht voll entschieden ist; steht doch angesichts der technischen Zerstörungsmittel unserer Zeit immer noch die Alternative zwischen einem zukünftigen Leben in einer sozialistischen Welt oder einer völligen Vernichtung der Menschheit.“

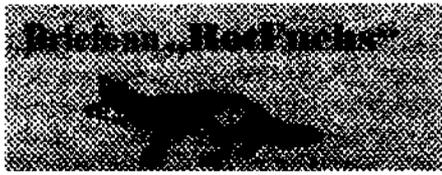
Wer Mao Tse-tung im Original studieren will, kann sich an den RF-Büchersuchdienst (Tel. 030/391 84 24) wenden: Die Originalausgabe der Ausgewählten Werke (5 Bände, zus. 2406 S., 100 DM) ist z. Zt. lieferbar.

□ Am 15. September feiern wir den 100. Geburtstag der Schriftstellerin **Liselotte Welskopf-Henrich** († 16. 6. 1979). Die Erzählerin und Jugendbuchautorin studierte Ökonomie, Geschichte und Philosophie; seit 1921 war sie schriftstellerisch tätig; 1933 bis 1945 Teilnahme am antifaschistischen Widerstandskampf in Berlin; 1945 zunächst in Verwaltung und Wirtschaft tätig; ab 1949 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität, seit 1960 Professor für Alte Geschichte. – Liselotte Welskopf-Henrich wurde vor allem mit Indianerbüchern, die mit großer Sympathie für den gerechten Kampf der Ureinwohner Nordamerikas geschrieben sind, über die Grenzen der DDR hinaus bekannt. Die Romantrilogie „Die Söhne der großen

Bärin“ (1951/63; ab 1971 Ausgabe in 6 Bänden: „Harka“, „Der Weg in die Verbannung“, „Die Höhle in den Schwarzen Bergen“, „Heimkehr zu den Dakota“, „Der junge Häuptling“, „Über den Missouri“), in der der kapitalistisch kommerzialisierten Rothautromantik und den Klischees eines Karl May ein den wissenschaftlichen Erkenntnissen und den historischen Tatsachen entsprechendes, dennoch phantasievolles Bild der Indianer entgegengesetzt wird, gilt als beste Darstellung des Lebens und der Kämpfe der Dakota. Der Romanzyklus gehört zu den beliebtesten Indianerbüchern der Jugendliteratur der DDR und ist auch heute noch bekannt – und lieferbar (kartoniert, 129 DM, Altberliner Verlag). Eine weitere Romantrilogie, „Nacht über der Prärie“ (1966), „Licht über weißen Felsen“ (1967) und „Stein mit Hörnern“ (1968), ist den in Reservationen lebenden nordamerikanischen Prärie-Indianern gewidmet und schildert das Ringen um die nackte Existenz und die Fortentwicklung der indianischen Lebensweise und Kultur. Welskopf-Henrich wollte ihr aus sozialistischer Haltung entstandenes Werk in den Dienst der Verständigung zwischen Menschen gestellt sehen.

„Auf dem Gebiet der historischen Wissenschaft studierte ich mit 14 Jahren Thukydides, zunächst natürlich auf deutsch, bis ich dann auf das humanistische Gymnasium übergang. Das ‚Kommunistische Manifest‘ las ich im Geschichtsunterricht der Oberprima (1921), Karl Marx auf der Universität. Gegen faschistisches Schrifttum blieb ich völlig ablehnend, ich kann sagen, von Anfang an feindselig. Mehr als ein rational-kritisches Verhältnis zu Marx fand ich viele Jahre später im Bündnis mit den Widerstandskämpfern gegen den Faschismus: Dabei lernte ich die praktische Lebensgefahr aller Widerstandleistenden, die Arbeiterpersönlichkeit als Vertreter der Arbeiterklasse zum erstenmal kennen.

Meine Schlußfolgerungen aus meinen eigenen Lebenserfahrungen: das mündliche Erzählen fördern und kultivieren, die Phantasie schon im vorschulpflichtigen Alter wecken und entwickeln und später nicht ersticken, und wie in der Mathematik so auch in der Kinder- und Jugendliteratur das Kind und den Jugendlichen nicht unterschätzen, ihm auch das Erlebnisfeld zugänglich machen, das seinen Emotionen, Erkenntnissen und nicht zum wenigsten seiner Phantasie entspricht. Ich selbst war durch meine frühen Begegnungen mit phantasiegestalteter Wirklichkeit zwar nicht direkt hingeführt, aber doch wohl vorbereitet auf die Lebensbedingungen mit den als Klasse oder als Volk oder auch einfach in ihrer persönlichen Hilflosigkeit Verachteten, Verhaßten und Verfolgten sowie auf die Aufnahmebereitschaft für Weltliteratur und wissenschaftliches Interesse.“ (*Beiträge zur Kinder- und Jugendliteratur*, 32/1974) **W. M.**



(...) Die KKE (KP Griechenlands) hält am Marxismus-Leninismus, am proletarischen Internationalismus und an ihren Traditionen fest. Deshalb beteiligte sie sich mit einem großen Kontingent von Funktionären, Mitgliedern und Freunden der Partei an den antiimperialistischen Aktivitäten gegen das G8-Treffen in Genua. Allein über 1 000 Genossen der Partei und des Jugendverbandes K.N.E. nahmen teil. Zu ihnen kamen weit mehr als 1 000 Gewerkschaftsaktivisten sowie Vertreter vieler Massenorganisationen. Die Generalsekretärin des ZK der KKE, Aléka Papatrigo, viele Mitglieder des Politbüros und des ZK sowie kommunistische Abgeordnete des griechischen und des Europa-Parlaments waren zugezogen. Der griechische Block war der größte nach dem italienischen. Sehr diszipliniert, mit Selbstschutz für das Kontingent (keiner durfte rein oder raus). Die griechischen Kommunisten bildeten Ketten und verriegelten ihren Block gegen Provokateure. Dennoch gab es viele Übergriffe der Polizei, Schikanen, Behinderungen, Mißhandlungen, Festnahmen und Konfiszierungen. All das erweiterte die Erfahrungen der griechischen Kommunisten im internationalen Klassenkampf. Das Erleben der Brutalität der italienischen Ultrarechts-Polizei von Berlusconi war sehr wichtig. Die Lehren werden nützlich sein. (...) Und noch eine Information: Wie Ihr wißt, hat vom 22. bis 24. Juni in Athen das 4. Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien stattgefunden. Es stand unter dem Thema „Tätigkeit unter der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften“. 59 Parteien von allen Kontinenten waren vertreten. Leider hat sich aus der BRD keine Partei beteiligt, nicht einmal die DKP, die sonst immer zu diesen Treffen erschienen war.

Viele herzliche Kampfesgrüße  
**Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

Vor einigen Tagen traf der „Rotfuchs“ ein und wie immer brachte er für mich interessante Informationen. Vorallem danke ich vielmals für die Beilage mit den Auszügen aus der Ansprache Fidel Castros vom 16. April („Darum Sozialismus“). Ich habe sie in den vergangenen zwei Tagen ins Englische übersetzt und werde das Material umgehend an die hiesige KP-Wochenzeitung „The Guardian“ und andere Genossen, hier und in Übersee, verschicken. (...)

**Dr. Vera Butler, Melbourne**

Seit etwa einem halben Jahr abonnieren wir den „Rotfuchs“. Wir - das sind die Genossinnen und Genossen der DKP-Gruppe Jena. Euer Blatt finden wir Klasse. Keine andere Zeitung setzt sich so fundamentiert und tiefgründig mit den Problemen unserer Zeit, insbesondere denen in Ostdeutschland, auseinander. (...) Mit vielen Beiträgen haben wir uns in unseren Versammlungen beschäftigt, etliche haben wir vervielfältigt und an unseren Info-Ständen sowie bei anderen Gelegenheiten verteilt. Die Querelen mit dem PV bedauern wir zutiefst. Wir haben kein Verständnis für die Haltung des PV in einigen prinzipiellen ideologischen Fragen. Daß Ihr nicht mehr als Zeitung der DKP-Gruppe Berlin Nordost erscheint, ist zwar nicht schön, aber um so mehr begrüßen wir Euren Entschluß, nicht aufzugeben. Wir wünschen Euch, liebe Genossinnen und Genossen der Redaktion und des „Rotfuchs“-Fördervereins, viel Erfolg in der Arbeit. Bleibt weiterhin standhafte Marxisten-Leninisten. (...) Wir halten die Verbindung zu Euch aufrecht und wünschen uns gemeinsame Erfolge im Kampf um eine starke KP.

Anbei eine Spende für Eure Arbeit und die Namen von 5 neuen Abonnenten für den „Rotfuchs“ ...  
**Helga und Klaus Möller, Jena**

Die Situation in der Berliner Bezirksorganisation und in der DKP insgesamt war für uns nach dem 15. Parteitag sonnerträglich geworden, daß es eine Reihe von Genossinnen und Genossen nicht länger aushielt: Sie verließen die DKP. Der ständige Beschluß mehr von innen als von außen - zeigte Wirkung. Für mich stand zunächst fest: Wenn diese aktiven Mitstreiter und sehr guten Freunde die Partei verlassen würden, wäre auch mein Platz nicht mehr in der DKP. Daß ich mich am Ende anders entschied, mag Enttäuschung auf beiden Seiten hervorgerufen haben. Ich verstehe die Enttäuschung der ausgetretenen Genossinnen und Genossen, deren politische Bedenken ich durchaus teile, über den nicht vollzogenen Austritt. Doch ich kann die Enttäuschung auf der anderen Seite ebenfalls nachvollziehen. Trotz mehrmaliger Aufforderung, die DKP zu verlassen, sind bestimmte Leute einen Teil der Gruppe Nordost noch immer nicht losgeworden.

Den Entschluß, in der Partei zu bleiben, habe ich während und nach dem UZ-Pressefest gefaßt. Wir führten am RF-Stand viele Diskussionen, wobei es zu so manchen Problemen sehr unterschiedliche Meinungen gab. Aber eines war klar, wenn es auch über den „Rotfuchs“ und die Gruppe Nordost viele Desinformationen und Vorbehalte auszuräumen galt: Wir können miteinander reden und zu Ergebnissen kommen. Unsere Gesprächsbereitschaft wollten wir auch mit der RF-Veranstaltung im Brandenburger Zelt unter Beweis stellen. Diese Geste wurde von fast allen Teilnehmern an der Diskussionsrunde begrüßt. Wir haben auf dem Pressefest viele neue Freunde gefunden, vorallem aus den alten Bundesländern, so aus Ebersberg, Hamburg, Dortmund, Düsseldorf und anderen Städten. Mit solchen Genossinnen und Genossen an der Seite lohnt sich der Kampf gegen jeden Gegner. In den Kreis der Freunde möchte ich auch unsere großzügigen Quartiergeber einschließen. Nochmals herzlichen Dank für die erwiesene Gastfreundschaft. Wenn es auch schwerfällt, seine Meinung zu revidieren, noch schwerer wäre es mir gefallen, die Bitte eines bayerischen Genossen zu ignorieren, der sich von uns mit den Worten verabschiedete: „Wir bitten Euch inständig: Bleibt in der Partei. Wir brauchen Euch!“

**Jürgen Thiele, Vorsitzender der DKP-Gruppe Berlin-Nordost**

Auf dem Pressefest hatte ich Gelegenheit, an der Diskussionsveranstaltung zum „Rotfuchs“ teilzunehmen und auch ein Exemplar Eurer Zeitung zu bekommen. Sowohl die Diskussion als auch Eure Zeitung habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Bitte nehmt mich doch in Euren Verteiler auf und schickt mir in Zukunft regelmäßig den „Rotfuchs“.

Tatsächlich erscheint es so, als wenn die Frage nach der Positionierung zur DDR eine zentrale Frage mit weitreichenden Konsequenzen für Theorie und politische Strategie ist. Es wäre vordergründig, wenn auch die subjektiven Gründe nachzuvollziehen sind, die Frage allein unter dem Gesichtspunkt der Rechtfertigung persönlichen Handelns zu beantworten. In diesem Sinne nehmen viele der biographischen Veröffentlichungen sowie der Diskussionsbeiträge hierzu, betrachtet man sie genauer, eine sehr defensive Position ein. In politischen Auseinandersetzungen an der Oldenburger Universität konnte man bei der Einladung von Referentinnen und Referenten aus der früheren DDR in bezug auf eine Positionierung zur Annexion erleben, wie „gefühlsmäßige“ studentische „Linke“ schnell bereit waren, den Kanon anti-kommunistischer Positionen herunterzubeten. In diesem Sinne zielt die Haltung zur DDR auch heute noch auf grundsätzliche Fragen wie die marxistische Staats-

theorie, das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit, das Verständnis von Klassenverhältnissen u. v. m.

Bei der Diskussion innerhalb der marxistischen Linken müßte das Gewesene einer Kritik unterzogen werden, um zu klären, warum es in so kurzer Zeit zu einer derartigen Erosion dreier deutscher marxistischer Parteien (DKP, SED und SEW) sowie des Staates DDR kam. Diese Aufgabe steht noch immer auf der Tagesordnung. (...)

**Nils Borchert, Oldenburg**

Ich habe mich in den vergangenen Jahren einigermassen umgesehen im Angebot linker Zeitungen. Dabei galt für mich folgender Anspruch: Ich möchte auf der Grundlage meiner eigenen Philosophie, meiner eigenen Weltanschauung möglichst viele Informationen und Gedanken anderer erfahren. Und da die im Kapitalismus gewachsenen oder gefestigten Ländergrenzen für die Kommunisten völlig ohne Bedeutung sein sollten, dies aus aller Welt, insbesondere aus den Gebieten der schärfsten Widersprüche. Diesem Anliegen entspricht der „Rotfuchs“ am besten. Vielen Dank, Genossen, für Eure Arbeit. (...)

Beiliegend ein Scheck über 40 DM als meine „Rotfuchs“-Spende für das 2. Halbjahr.

**Dr.-Ing. Hans Köckeritz, Kurort Gohrisch**

Eure Juni-Ausgabe war wieder interessant und informativ. Vielen Dank. (...) Wie das mit Eurem „Rotfuchs“ und bei dem politischen Auftreten im Rahmen des UZ-Pressefestes demonstriert wird und wurde, seid Ihr gestandene, erfahrene und theoretisch sehr beschlagene Parteiarbeiter. Gerade weil das so ist, hoffe und glaube ich, daß Ihr es besser als manch anderer nachvollziehen könnt, wenn aus unterschiedlichem politischen Erleben und unterschiedlichen Erfahrungen der Mitglieder unserer Partei, der verschiedenen Blickwinkel und Standpunkte es eben auch abweichende Auffassungen in der Bewertung und Beurteilung zur Geschichte der DDR und den daraus abzuleitenden Erkenntnissen geben muß. (...) So regt sich z. B. ein wenig Widerspruch beim Lesen des ansonsten wieder gelungenen Beitrages von Genossen Dr. Klaus Steiniger auf der Titelseite der Juni-Ausgabe des RF. Der Mehrheit der dort formulierten Ansichten kann ich nur zustimmen. Auch ich halte es für notwendig und wichtig, nicht zuzulassen, die Geschichte der DDR nur in den schwärzesten Farben zu malen, alles in den Dreck zu ziehen, nur die Fehlentwicklungen und Entartungen zu sehen und sich für alles zu entschuldigen. Ich habe 40 Jahre in diesem Staat gelebt. Im übrigen war es auch nie mein Verständnis, eine Vorstellung von einer entstehenden sozialistischen Gesellschaft zu haben, die im Klassenkampf zu etablieren ist und mit vielerlei Widersprüchen fertig werden muß, wo alles gradlinig, planmäßig, problem- und fehlerfrei, frei von Härten und Ungerechtigkeiten verlaufen könne. (...) Was bringt es uns aber, lieber Genosse Steiniger, wenn Du von den Millionen im Osten schreibst, die einst stolz auf den Arbeiter- und Bauern-Staat waren und stolz gewesen sind, Bürger der DDR zu sein. Wer wollte bestreiten, daß es diese Menschen gegeben hat? Wie sicher viele andere zähle ich mich durchaus dazu. Dennoch meine ich, wäre die Einschätzung auf Millionen zutreffend gewesen, so wäre der Sieg der Konterrevolution nicht eingetreten. Allein schon die 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten der SED hätten eine Kraft sein müssen, um das in Frage zu stellen, was 1989 ablief. Offensichtlich aber waren große Teile der Bevölkerung nicht mehr bereit, diesen Sozialismus weiter mitzutragen. Sie waren nicht mehr stolz auf diesen ihren Staat. (...) Ohne jeden Widerstand konnte das Volkseigentum entrissen und verscherbelt werden. Die westlichen „Vernarkter“ wurden in den ersten Jahren vielfach noch als Heilsbringer gesehen. (...) Ich meine, wir kommen nicht umhin, uns mit der Frage auseinanderzusetzen, warum es zu dieser Situation gekommen ist.

derzusetzen, warum der größte Teil der Bevölkerung jeden Stolz auf diesen Staat und am Ende auf das eigene Geleistete leichtfertig weggeworfen hat. (...)

**Roland Winkler, Remseck-Aldingen**

Herzlichen Dank für die Zusendung der Juli-Ausgabe des RF, die wiederum mit wertvollen Beiträgen aufwarten konnte. In einer Zuschrift an die UZ habe ich der Redaktion den Vorschlag unterbreitet, die grundlegenden Darlegungen im Artikel von Patrik Köbele „Epoche - Revolution - Konterrevolution“ durch weitere theoretische Beiträge gezielt zu unterstützen. Denn von der zuverlässigen Einschätzung einer gegebenen Situation - geschweige denn einer ganzen Epoche - hängt in ganz entscheidendem Maße die Ausarbeitung einer richtigen strategischen Linie ab. Mit meiner Spende möchte ich einen bescheidenen Beitrag zur Unterstützung des „RotFuchs“ leisten.

**Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder**

Manchmal ist es aufschlußreich, Vergangenes zum Vergleich heranzuziehen. Ich erlebte öffentliche Mitgliederversammlungen der DKP-Gruppe Buchholz, d. N. mit H. Stehr 1996 und im Juni 2001. Der Gegenstand war derselbe, die Aussagen unterschieden sich.

Bei der Einschätzung des Imperialismus wurden vor fünf Jahren noch fortschrittliche Tendenzen gesehen. Beispiel: die gewaltigen Produktivkräfte und der Neoliberalismus. Heute beherrschen transnationale Konzerne und Banken die Welt. Ihr Kampf um Profitmaximierung bringt große Widersprüche hervor, bis hin zu Kriegen. (...) Damals hoffte man noch auf die deutliche Oppositionsstimme der PDS im Bundestag, und es war der Wunsch der DKP, in den Wahlmannschaften der PDS mittun zu dürfen. Nun wurde eingeräumt, daß die PDS mit Kommunisten nichts am Hut hat; aber sie ist eine ideologisch pluralistische, reformistische Partei. (...) Vor fünf Jahren wurde die „Programmatheoretische Orientierung“ als ausreichend angesehen. Heute, so H. Stehr, kommen neue Mitglieder nur über den Weg der politischen Programmatik zur DKP. Deshalb sind die Sozialismus-Vorstellungen so wichtig. Dazu gibt es jedoch noch unterschiedliche Auffassungen. Ein Genosse aus Leipzig hätte zu ihm gesagt: „An der Haltung zur DDR erkennt man den Kommunisten.“ Dem könne er nicht folgen. Er sei nicht für einen Formelsozialismus. „Wir bauen darauf auf. Aber die Widersprüche haben wir gesehen und die subjektiven Fehler müssen benannt werden.“ In der Debatte 1996 waren die Schwerpunkte noch anders gesetzt. Den „Machern“ des Sozialismus wurde die ganze Schuld an der Niederlage angelastet. Es wurde viel von Fehlentwicklungen, Deformationen, Verbrechen des realen Sozialismus gesprochen. Konkret wurde mangelnde Demokratie angemahnt. (...) Der „Stalinismus“ - ein Begriff des Klassenfeindes - war noch allgegenwärtig. (...)

Von H. Stehr wurde kein Wort zur 5. PV-Tagung gesagt. Die Lage im Osten blieb unerwähnt, die Probleme, die die DKP-Gruppen dort mit Nachdruck aufwerfen, die „11 Forderungen“ aus Nordost. Obwohl Gäste aus Sachsen und Brandenburg anwesend waren und eine PDS-Genossin die Frage nach der Aktionseinheit stellte, ging der Redner nicht auf die Vereinbarungen ein, nach denen DKP, KPD und KPF der PDS in Brandenburg, Thüringen und anderswo zusammenarbeiten. Es gehört ziemlich viel Arroganz dazu, wenn den Mitgliedern die Auseinandersetzung verschwiegen wird, die die Parteispitze mit ungewöhnlicher Schärfe gegen die Gruppe Nordost und den „RotFuchs“ führt. (...)

„Nein“, so der Parteivorsitzende der DKP, „wir schreiben nichts vor. Die Grundorganisationen haben eigene Verantwortung, ihre Politikfähigkeit vor Ort zu suchen.“ (...)

**Erika Weber, Buchholz/Nordheide**

Ein herzliches Dankeschön für den Juli-„RotFuchs“. Allein schon mal die Grafik mit den Genossen von den Grenztruppen auf dem Titelblatt ist Klasse. Tut richtig gut, das anzusehen! Der UZ muß man ja wirklich ein Kompliment machen zur Veröffentlichung der Dokumentation der MfS-Generäle zum 13. August. Ich hätte tatsächlich nicht erwartet, daß sie dazu in Essen so konsequent und unmißverständlich Stellung beziehen würden! Das wird eventuelle künftige Kungeleien mit der PDS-Führung zumindest erschweren.

Zum Text über Gysi: Welchen Grund gibt es, ihm ausdrücklich zu bescheinigen, daß er Antifaschist ist? (...) Es ist auf absehbare Zeit nicht aktuell, aber sollte sich die soziale Situation mal krisenhaft zuspitzen, seid Ihr da sicher, daß der Gysi als Justiz-Senator ein Verbot der LL-Demo nicht mittragen wird? (...) Ich glaube, Ihr habt immer noch nicht verstanden, daß er eine so verwerfene Gestalt ist wie Gorbatschow. (...)

**Rolf Vellay, Datteln**

Die Ausführungen des Genossen Dr. sc. Kurt Gossweiler zur Auflösung der Kommunistischen Internationale sind für mich ein Gewinn an exaktem Wissen. Bisher ergoß sich mit den Veröffentlichungen aus den Tagebüchern Georgi Dimitroffs in bürgerlichen wie auch als „links“ bezeichneten Presseerzeugnissen eine Flut von Kaffeesatzdeutungen und bössartigen Verleumdungen über uns. Der „Historiker“ Prof. Kinner z. B. verstieg sich in einer öffentlichen Veranstaltung in Dresden zur Behauptung einer „stalinistischen Hörigkeit der Komintern“ und einer „Mitschuld ihrer Führer“ am „endgültigen Scheitern des Kommunismus“.

Meine Bitte richtet sich an Historiker marxistisch-leninistischer Prägung, mit exakten Analysen noch aktiver in die Auseinandersetzung um das politische Erbe von Georgi Dimitroff einzugreifen. Genosse Gossweiler hat mit der knappen Dokumentation zu einer wichtigen Aussage eine verständliche Vorlage gegeben.

Der Redaktion weiterhin viel Erfolg. Anbei ein erneuter Beitrag für Porto.

**Gerd Hommel, Dresden**

Wie zu erwarten war, bereue ich die Entscheidung nicht, den „RotFuchs“ abonniert zu haben. Soeben halte ich meine erste eigene Ausgabe in Händen. Es soll nicht die letzte sein! Danke für gute und vor allem kluge Artikel. Besonders interessant: die Berichte über die FARC und unsere Genossen in der Türkei. Internationale Solidarität ist heute so wichtig wie noch nie!

Die Artikel über den 13. August und die Grenzsoldaten begrüße ich sehr. Der Demontage der DDR durch die bürgerlichen Medien und Parteien und einige linke Wendehälse muß sich stark entgegengestellt werden. Obwohl ich noch zu jung war, um viel von ihr mitzubekommen, bin ich mittlerweile der Meinung, daß die DDR die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiter war und ist und als solche öffentlich gegen die Reaktion verteidigt werden sollte, wobei ihre Fehler zu analysieren sind.

Ich meine auch, daß es nun Aufgabe der DKP sein muß, den freien Platz links neben der PDS einzunehmen und sich als die linke Alternative attraktiv zu machen. Die Selbstentlarvung der kapitalistischen Bestie in Genua zeigt, wie wichtig eine solche Alternative ist. (...) Anbei die erste kleine Spende für Eure Arbeit, bitte weiter so! In diesem Sinne kommunistische Grüße an den „RotFuchs“ und alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Kampf für die größte der Ideen.

**Tristan Alcock, Friedrichsdorf/Hochtaunus**

Laßt Euch herzlich aus Lehnitz bei Oranienburg im Kreis Oberhavel grüßen. (...) Ich schätze Eure Tätig-

keit sehr. Heute treibt es mich zu diesem Brief und damit auch zum Dank für die monatliche Zusendung des „Roten Fuchses“. Klare Stellungnahmen, Fakten, Vorstellungen zum gemeinsamen Handeln - das gibt Mut und ist unsere Sprache.

Betroffen bin ich über die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der DKP zu geschichtlichen Vorgängen. Es ist doch bekannt, was passiert, wenn Genossen sich nicht als gleichberechtigt betrachten können. (...)

Ich teile die in der Leserschrift von Herbert Thomas vertretene Meinung.

Heute erhaltet Ihr eine kleine Futtergabe für den Fuchs. Viel ist es nicht, da wir hier den „Roten Brandenburger“ unterstützen. Mein Exemplar Eurer Zeitung wandert durch unsere Reihen. (...)

**Marianne Zoll, Lehnitz**

Die letzten beiden RF-Ausgaben beinhalteten ja leider auch Betrüblisches. Die ständigen Querelen mit dem PV in Essen, Austritte, Putsch beim „Anstoß“ und der Rückzug von Kurt und Lena aus dem Vertrieb. Bei beiden werde ich mich noch separat für die prompte Zusendung bedanken.

Der „RotFuchs“ ist ein schlaues Tier. Er wittert rechtzeitig Gefahr und ist nur schwer zu schnappen. Aber Heimtücke, Hinterhalt und Fallen können auch dem besten Fuchs zu schaffen machen. Hiersind alle „Tierschützer“ gefordert, rund um das Territorium des RF Wächter einzusetzen, damit keine Schlange unbemerkt ins Revier eindringt.

In der UZ und im „Anstoß“ habe ich wiederholt den Namen Gerhard Danelius gelesen. Es kann sich nur um den längst verstorbene einstigen Vorsitzenden der SED-W/SEW handeln. Einmal habe ich ihn bei einer unvergeßlichen Großdemo in unserem Kiez erlebt. Es war '67 oder '68, als alle „K-Gruppen“ am 1. Mai in Westberlin gemeinsam demonstrierten. Maoisten, Trotzlisten, Titoisten, Fidelisten usw. waren dabei. Alle haben sich am Karl-Marx-Platz in Neukölln getroffen. Und dann ging es nach Kreuzberg zum „Zickenplatz“. (Nur Ureinwohner kennen diesen Namen.) Und in der ersten Reihe alle K-Führer, Rudi Dutschke eingehakt bei Gerhard Danelius. Da war sie, die vielbeschworene Aktionseinheit aller Linken. Keine Utopie, kein Lippenbekenntnis. Das war ge- und erlebte Gemeinsamkeit. Eine Sternstunde, die sich für mich nicht wiederholt hat. Bisher!

**Dieter Bartsch, Berlin**

Ich bin bereits mehrjähriger Bezieher des RF und lese diese ausgezeichnete gemachte Zeitung aus Berlin Nordost immernoch mit derselben Begeisterung wie beim ersten Mal, als ich ein Exemplar des „RotFuchs“ von Marta Rafael überreicht bekam. Da ich mich bereits einige Male zu Beiträgen geäußert habe, möchte ich es diesmal dabei bewenden lassen. Euch erneut eine Spende zu übermitteln, damit ich mich auch weiterhin mit beruhigten Gefühlen dieser unverzichtbaren Lektüre widmen kann; wobei ich anmerken möchte, daß die Beiträge selbst sicher nicht der Beruhigung dienen dürften, sondern eher einem stetigen Wachsein, um mit dazu beizutragen, diese Gesellschaft zu verändern.

**Dipl.-Ing. Werner Philipp, Eschborn**

Norbert Pauligk, ständiger Autor des „RotFuchs“, besitzt seine Verdienste um das politische Gesicht der Zeitschrift. Seinem Beitrag „Gegen aalglatte Konzepte“ in Nr. 42 gebe ich meine Zustimmung jedoch nicht. Das Problem, das uns am meisten quält, sind nicht aalglatte Konzepte oder Antworten, sondern ist die Distanziertheit gegenüber dem bzw. die völlige Ablehnung des realen Sozialismus in den, wie man sagen möchte, „eigenen Reihen“. Sprechen wir z. B. von der DDR als der „höchsten Errungenschaft“ in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, so meinen wir nichts anderes als daß der

Sozialismus - nachdem er eine Theorie, nachdem er eine Politik war - auch eine Praxis geworden ist. Statt als Idee und Kritik nun als Gesellschaftsordnung. Was will man mehr? Mehr kann man nicht sein. (...) Nun schreibt Norbert Pauligk, „Feststeht 1., daß man die sozialistische Revolution und die anschließende revolutionäre Umwälzungszeit nicht mit dem Sozialismus (erste Phase des Kommunismus) verwechseln darf; 2., daß diese Periode sehr lange währt, jedenfalls viel länger, als wir ursprünglich angenommen hatten; 3., daß sie erst mit der weltweiten Entmachtung des Imperialismus enden wird“. Lassen wir den letzten Punkt (der nun offenkundig falsch ist, kann doch nicht ein Ende des Imperialismus zur Bedingung für den Beginn des Sozialismus erhoben werden) beiseite, dann zeigt sich: Hier, in der Periodisierung der Zeit, die unmittelbar auf die Revolution als solche, also auf die Errichtung der Macht, folgte, ist der Grundstein für richtiges und falsches Verhältnis zum Sozialismus gelegt. Bei Pauligk also Umwälzung, sogar revolutionären Charakters, aber kein Sozialismus, nichts, was an den Beginn auch der ersten Phase der neuen Gesellschaftsordnung gemahnt. Marx sah das bekanntlich anders, und die Praxis war auch anders.

Wir wälzen also um, ja, woraufhin denn, wie benennen wir das Umgewälzte? (...) Nein, die sogenannte Phase des Übergangs vor dem, als Vorbereitung zu dem, was wir erste Phase des Kommunismus nennen, ist nichts als eine „bürokratische/administrative Phase“, in der der sozialistische Staat seine Institute aufbaut, worin die Aneignung der Arbeit gesellschaftlicher Regelung unterstellt ist und wo der Klassenkonsens für den Übergang solchen Privateigentums gefunden wird, das nicht auf dem Weg der Enteignung zum Volkseigentum wurde. (...) Es ist längst praktisch erwiesen und muß als dieses Lehre bleiben, daß „Umwälzung/Übergang“ eine sehr kurze Phase ist; wir können uns mit der langen Vorrede eben nicht aufhalten. Alles, was über die Enteignung, über den Staat geht, ist nicht einmal schlechthin erste Phase des Kommunismus, sondern bereits die Regelung, die auch für die zweite Phase, den „eigentlichen Kommunismus“, gilt.

**Hermann Jacobs, Berlin**

Soeben habe ich mir die Juli-Ausgabe von unserem „RotFuchs“ reingezogen, und ich bedanke mich dafür, daß es Euch trotz Querelen und Verleumdungen weiterhin gibt. Euer Aktionsradius in Dortmund war leider sehr eingengt, aber die Euch wahrnehmen wollten, haben Euch vernommen.

Die Austritte in etlichen Parteigruppen des Ostens machen mich sehr betrübt. Meistens handelt es sich dabei um wirklich gestandene Genossinnen und Genossen. Eine Lösung ist es nicht und kann es nicht sein. Es bleibt nur zu hoffen, daß es endlich bei einigen Funktionären in Essen klingelt!!!

Mir hat es fast die Schuhe ausgezogen, als ich erfuhr, daß ausgerechnet Nina Hager in Berlin als Spitzenkandidatin für die DKP nominiert worden ist. (...)

**Rolf Weinhold, Hoyerswerda**

Dem Dank und der hohen Anerkennung, den Ihre Autoren den Scheidenden Lena und Kurt für die liebevolle Hege des „RotFuchs“ und seiner Leser zollten, schließe ich mich vorbehaltlos an. Obwohl diese Zeitung leider nur monatlich erscheint, hilft gerade sie mir, mich ständig in der täglichen Informationsflut zu orientieren. Damit mir auch künftig diese Möglichkeit erhalten bleibt, füge ich Marken meinen Zeilen bei.

Grundsätzlich begrüße ich die Nachricht, daß sich die DKP an den kommenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus beteiligen will.

Nach den Ereignissen im Kontext der Zusammenlegung von Berliner Stadtbezirken zum Großbezirk Pankow verlor ich auch die Achtung vor der Moral der bestimmenden PDS-Funktionäre hier auf kom-

munaler Ebene: Ich hatte bei den Wahlen der BVV die PDS gewählt und schätzte besonders die wirkungsvolle Arbeit von Frau Dr. G., der damaligen PDS-Bürgermeisterin in Pankow. Mit Erstaunen entnahm ich dann den Medien, daß die PDS, obwohl stärkste Fraktion in der „neuen“ BVV geworden, sofort auf ihr Vorschlagsrecht für die Kandidatur des Bürgermeisters verzichtete, damit Frau Dr. G. politisch „fallen“ ließ, den Wählerwillen mißachtete und sich gleich auf den Kandidaten der SPD festlegte, der dann auch prompt „neuer“ Bürgermeister wurde. Offensichtlich ist hier von der PDS gekungelt worden, und wer kungelt, kann gar kein Interesse an einer bürgernahen, überschaubaren Politik haben.

Vielleicht gelingt es der DKP unter diesen Umständen in Berlin ins Gespräch zu kommen?

**Manfred Fischer, Berlin**

Freude über das Titelbild mit dem Text, „Dank Euch, Ihr Grenzsoldaten!“ (RF 42).

Des Weiteren: Es ist eine Schande, daß aufrechte, bewährte Genossen ihr Parteibuch hinschmeißen müssen - wir können sie verstehen.

Aus einer Diskussion mit einem DKP-Kreisvorsitzenden (Nachkriegsgeneration) auf dem UZ-Pressfest, der nach eigenem Bekunden noch nie einen „RotFuchs“ in der Hand hatte: „Die da von Nordost sind nach 11 Jahren immer noch nicht bei uns angekommen!“

(Böse entgegnet: Das kann man eigentlich nur als Lob auffassen!)

Scheck für Kraftfutter liegt bei. Gruß und Faust

**Rosl und Dieter Hesse, Recklinghausen**

(...) Tatsache für mich ist: Statt nach der hauptsächlich durch die revisionistische Untergrabung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus verursachten Niederlage alles zu ihrer Wiederherstellung beizutragen, bekämpften und bekämpfen auch jetzt noch maßgebliche Kreise der DKP-Führung diejenigen Kommunisten in beiden Teilen Deutschlands, die das bisher konsequent zu tun versuchten und weiter tun wollen. Das betrifft insbesondere die Bemühungen der DKP-Gruppe Berlin Nordost und der Zeitung „RotFuchs“. Für mich ein Stück aus dem Tollhaus!

Zu einem Kernpunkt der ideologischen, politischen und organisatorischen Auseinandersetzung um die Schaffung einer einheitlichen KP für ganz Deutschland wurde der anmaßende Anspruch der DKP-Führungsspitze, allein aus der Geschichte der DKP und ihrer Betrachtungsweise der Niederlage des Sozialismus die Legitimation für eine künftige Programmik für alle deutschen Kommunisten herzuleiten und sie höher zu stellen als die Erfahrungen, Errungenschaften und Auffassungen von Kommunisten der DDR, die 40 Jahre am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden beteiligt waren.

Deshalb die konstante Verweigerung der für die Zukunft einer sozialistischen Bewegung in unserem Lande höchst wichtigen Schlüsselthese, daß der Sozialismus in der DDR die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung war, die es zu verteidigen gilt, deren Erfahrungen unbedingt bewahrt und nutzbar bleiben müssen, eben weil sie den historischen Fortschritt über den Kapitalismus hinaus verkörpern. Nur Ignoranten und Träumer können darauf spekulieren, daß eine „angemessene Distanzierung“ gegenüber 40 Jahren Sozialismus unter vorrangiger Betonung seiner Fehler und Mängel politisch-psychologisch die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung einer sozialistischen Massenbewegung fördern könnten. Das Gegenteil ist schon jetzt der Fall.

Nach nunmehr 11 Jahren des Ringens um die Einheit aller deutschen Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage gemäß den Entwicklungen und Erfahrungen in Ost und West muß man leider kon-

statieren: Schlimmeres als die Blockierung dieses notwendigen Prozesses kann niemand der deutschen kommunistischen Bewegung antun. (...) Aber wenn es auch noch schwerer wird: Das Ziel der Einigung darf nicht aufgegeben werden. Alle üblichen Machenschaften dürfen den „RotFuchs“ nicht daran hindern, als ein höchst qualifiziertes Organ standhafter Kommunisten weiterhin diesem Ziel zu dienen. Er verdient die noch stärkere Unterstützung aller, die ihm zugetan sind. Der Vorwurf der Spaltung, gegen die DKP-Gruppe Berlin-Nordost und die „RotFuchs“-Macher erhoben, fällt auf die DKP-Führungsspitze zurück. Die DKP selbst wird daran Schaden nehmen. Anbei eine Spende von 50 DM.

**Willi Belz, Kassel**

Mit Zorn und Empörung habe ich im jüngsten „RotFuchs“ den Bericht über Eure Gruppenversammlung vom 29. Juni gelesen. Es war vorauszu- sehen, daß so etwas oder etwas ähnliches früher oder später eintreten würde. Zu groß sind die ideologischen Meinungsverschiedenheiten in Grundfragen (!) zwischen den vom „RotFuchs“ vertretenen Positionen und den Positionen der Mehrheit des Parteivorstandes. So bedauerlich und für die Partei schädlich die immer schärfer werdenden Angriffe gegen den „RotFuchs“ auch sind, wichtig ist, daß er uns so, wie wir ihn kennen und schätzen, erhalten bleibt. (...)

Wie die auf Eurer Versammlung aus der Partei ausgetretenen Genossinnen und Genossen werde auch ich in Zukunft immer unter jenen zu finden sein, die sich dem gemeinsamen Kampf aller Kommunisten verpflichtet fühlen. Und ich werde auch dem „RotFuchs“ weiterhin die Treue halten, vorausgesetzt, er vertritt auch künftig die Positionen, die wir von ihm gewohnt sind (bei einem Chefredakteur Klaus Steiniger habe ich da keinen Zweifel). Im übrigen bin ich fest davon überzeugt, daß die Kritiker des „RotFuchs“ mit der Zuspitzung der Lage und den sich daraus ergebenden Konsequenzen der Partei einen Bärendienst erwiesen haben, dessen Tragweite sie eines Tages selbst erkennen werden.

Seid also guten Mutes, denn es sind mehr als 5 000 Leserinnen und Leser im In- und Ausland, die monatlich auf „ihre“ Zeitung warten, egal ob der „RotFuchs“ mit oder ohne Segen des Parteivorstandes erscheint. (...)

Ich selbst bin mit meinen 70 Jahren unter die „Sturfer“ gegangen und betreibe mit Eike Kopfin Peking einen regen Meinungs- und Informationsaustausch per E-Mail einschließlich der Übersendung bestimmter „RotFuchs“-Beiträge durch mich.

P. S. Grüßt bitte Lena und Kurt André von mir. Ich bedaure ihren Parteiaustritt ebenso wie ihr Ausscheiden aus der „RotFuchs“-Redaktion.

**Hans Fricke, Rostock**

Wieder eine kleine Spende, damit der „RotFuchs“ weiter zubeißen kann, denn diese kommunistische Zeitung brauche ich wie die Luft zum Atmen. Es ist schmerzlich, daß so gute Genossen unsere Partei verlassen haben. Sind sich Heinz Stehr und Nina Hager eigentlich dessen bewußt, welchen Schaden sie der DKP zugefügt haben oder wollen sie es nicht begreifen? Mit solchen Führern wird die DKP in Ostdeutschland keinen stärkeren Einfluß gewinnen. Hoffentlich gelingt es uns, in Deutschland eine starke und einheitliche KP zu schaffen, in der die besten Marxist-Leninisten an der Spitze stehen.

**Manfred Schmidt, Nauhof**

Seit einiger Zeit bin ich Leser des „RotFuchs“ - vielen Dank für die regelmäßige Zusendung. Kompliment für Eure Zeitschrift, die sehr fundierte und meistens auch gut lesbare Beiträge bringt. Ich betrachte sie als wertvolle Bereicherung unserer kommunistischen Politik. (...) Wenn ich allerdings junge Menschen für die DKP gewinnen will, kann ich mit dem „RotFuchs“

nichts anfangen. Ich will es mal überspitzt und provokativ formulieren: Die Zeitung hat die Anmutung des Mitteilungsblattes eines Vereins verbitterter alter Männer (und Frauen), die der Vergangenheit nachtrauern. (Daß die DDR die wichtigste Erengenschaft der deutschen Arbeiterbewegung war - darüber wird wohl kaum jemand in der DKP mit Euch streiten wollen. Ich am allerwenigsten. Als ehemaliger HVA-Kundschafter und damaliges SED-Mitglied würde ich die DDR lieber heute als morgen wieder zurückhaben wollen. Meinotwegen auch so, wie sie war - mit all ihren Macken.)

Ihr kommentiert alle möglichen historischen und aktuellen Ereignisse. Vieles davon ist goldrichtig. Aber wo bleibt bei Euch der aktuelle politische Kampf? (...) Wenn ich die „RotFüchse“ durchblättere, fallen mir immer wieder diese 11 Forderungen auf - was macht Ihr sonst noch? Ich kam mich auch nicht für die endlosen Spitzfindigkeiten darüber erwärmen, ob die Ex-DDR nun einen halbkolonialen Status hat oder nicht - sorry, in der praktischen politischen Auseinandersetzung interessiert das kaum jemanden. (...)

Wir brauchen junge Leute in der DKP, deswegen dürfen wir uns nicht in der Vergangenheit festbeißen. Unser Blick muß nach vorne gehen - ohne die heute 20jährigen können wir in ein paar Jahren den Laden nämlich dichtmachen. (...) Ziel kommunistischer Politik kann es doch wohl nicht sein, unbefleckt und in makelloser Schönheit zu sterben. Wir sind Kommunisten, weil wir etwas ändern wollen. (...) Als ehemaligen DDR-Bürgern sind Euch die praktischen Erfahrungen des täglichen Kampfes im Kapitalismus leider schlecht zu vermitteln. Man muß es eben selbst erfahren haben. Wer unsere ständigen Fingerhakeleien mit Maoisten, Trotzisten, ultralinken Anarchisten, moralisierenden Grünen und scheinradikalischen Sozialdemokraten in den 70er und 80er Jahren miterlebt hat (ich konnte mir das 17 Jahre lang nur anschauen), der jedenfalls wird wohl kaum an der Prinzipienfestigkeit unsrer PV zweifeln.

Nehmt mir meine Kritik bitte nicht übel - wir ziehen schließlich schon seit Jahrzehnten am selben Strang. Wir haben viele gemeinsame Erfahrungen, aber auch sehr unterschiedliche Erfahrungswelten. Das alles muß diskutiert werden, und zu dieser Diskussion gibt Euer „RotFuchs“ viele Anstöße.

**Peter Wolter, Münster**

Heute kam das Juli-Heft des RF, und ich bin natürlich noch längst nicht durch. Zur Mitgliederversammlung am 29. Juni möchte ich als Westdeutsche mit DKP-Erfahrung nur bemerken: Das „Betriebliche“ ist Essen. Am gefährlichsten erscheint mir ideologische Verwaschenheit. Ich habe das alles erlebt, will mich aber hier nicht näher dazu äußern. Vom Boden der früheren DDR aus ist alles anders zu betrachten und darf um so mehr mitgeredet werden in Fragen der Ideologie und Historie. Gerade heute! Deshalb bin ich den Genossen vom „RotFuchs“, von „offensiv“, vom „Streitbaren Materialismus“, wo ich Kurt Gossweiler entdeckte, so dankbar. Endlich kann ich das lesen, was ich von Nicht-Antikommunisten hören wollte.

Mit einem Scheck, wie es sich für Materialisten geziemt, und natürlich meinen besten Wünschen für alle Genossen, die diese wichtige Arbeit fortsetzen. Ihr habt mein Vertrauen.

**Ursula Siegmayer, Pforzheim**

Hin und wieder sagt mir mal jemand, daß ich meine Spenden doch besser an die „richtige“ Adresse schicken solle, nicht an den „RotFuchs“ oder „offensiv“ oder ähnlich unmögliche Leute und Einrichtungen. Nun bin ich aber überzeugt, daß wir die Diskussion um Wege und Ziel der deutschen Kommunisten in dieser BRD dringend brauchen. Wir können dabei nur gewinnen. Neue Mitstreiter werden uns attraktiv finden. In diesem Zusammenhang gefällt mir ein

Argument Wolfgang Abendroths ganz besonders: „... es gibt keine wissenschaftliche Fortentwicklung ohne Antagonismus und ständige kontroverse Diskussion. Wissenschaftler, die das leugnen wollen, haben die Grundlagen wissenschaftlichen Denkens vergessen. Wissenschaft entwickelt sich nicht durch Lobgemeinschaften, sondern durch scharfe Auseinandersetzungen.“

Darum, damit wir weiter scharf diskutieren können, in der Anlage 200 DM in Briefmarken.

**Hanne List, Nürnberg**

Vielen Dank für die Ausgaben 39 bis 42 des RF. In einer Zeit der wütendsten antikommunistischen Hetze gegen marxistisch-leninistische Positionen hilft der „RotFuchs“, den Kopf oben zu behalten.

**Werner Beetz, Rostock**

Ihr habt meinen Aufsatz zur eristischen Dialektik (s. Leserbrief in der Juli-Ausgabe) leider stark gekürzt abgedruckt. Ich bin mit den Kürzungen nicht einverstanden und der Meinung, daß die Gesamttendenz dadurch zugunsten des „RotFuchs“ verändert worden ist. Insbesondere habe ich gezeigt, daß bis dato auch von Autoren des RF die Diskussion um die Frage der Konterrevolution unwissenschaftlich geführt wurde. Immerhin hat der Juli-„RotFuchs“ diesen Mangel anderweitig durch die Artikel von Patrik Köbele und Ulrich Huar behoben. Weiter muß ich feststellen, daß von dem abgedruckten Teil meines Aufsatzes ein Satz falsch wiedergegeben ist, und zwar in einer stark sinnentstellenden Weise. Ich hatte folgendes geschrieben: „Arthur Schopenhauer hat ein kleines Büchlein mit dem Titel 'Eristische Dialektik oder Die Kunst Recht zu behalten' geschrieben, in dem die Kunst des Recht Bekommens ohne Recht zu haben in 38 Variationen dargestellt wird.“ Im „RotFuchs“ steht statt „ohne Recht zu haben...“ „oder Recht zu haben“.

Ich bitte um Klarstellung, daß das „ohne“ mit „oder“ verwechselt wurde.

**RA Wilhelm Heinrich Rettler, Lutherstadt Wittenberg**

*Die Redaktion entschuldigt sich für ihre Nachlässigkeit. Den vollständigen Abdruck jedes Leserbriefes können wir indes nicht zusagen, da sonst viele andere Beiträge wegfallen müßten.*

(...) Hegel sagt, was bekannt ist, ist noch nicht erkannt. Es ist entscheidend für die politische Urteilsfähigkeit und Aktionsrichtung, die Augenblickssituation und die Alltagsprobleme vom Standpunkt einer Erkenntnis aus zu betrachten, die die Zusammenhänge herstellt und die Teile aus dem Ganzen begründen kann.

Wer als Sozialist stark handeln will, muß eine starke Theorie besitzen. Um die Ziele zu kennen und den Weg ohne opportunistische Anpassungen zu bestimmen, ist die Strenge der Theorie, des historischen Materialismus, der Dialektik, des Marxismus-Leninismus nötig. Für Euren Weg wünsche ich Euch Kraft und alles, was man sonst noch braucht, um einen Kampf zu bestehen. Anbei eine weitere Spende.

**Ruth Kolb, Bertin**

Vielen Dank für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Ich übermittle Euch heute eine Spende von 30 DM und bitte, mir auch weiterhin Eure hervorragende Zeitung zuzusenden.

**Uwe Firtzlaff, Erfurt**

Herzlichen Dank für die ständige und regelmäßige Belieferung mit dem stets interessanten „RotFuchs“. Beiliegend eine kleine Portospende.

**Hans Kusche, Berlin**

Was Imperialisten und ihre Superschleimer alles zustande bringen, zeigt sich wieder einmal

im Verhalten gegenüber dem jugoslawischen Staatsmann und Politiker Slobodan Milosevic. Mit welcher Dreistigkeit diese Leute die Tatsachen auf den Kopf stellen. „Schlächter von Belgrad“ wurde Milosevic in der BZ genannt, als hätte er die monatelange Bombardierung jugoslawischer Städte und Dörfer zu verantworten, nicht aber die NATO mit dem freundlichen Herrn Solana an der Spitze, den als Kriegsverbrecher anzuklagen in Den Haag längst fällig gewesen wäre. Doch die Verteidiger der „Freiheit“ und der „Menschenrechte“ im Dienste des Kapitals denken nicht daran.

Die im Zusammenhang mit der Entführung von Milosevic durch die Imperialisten verbreiteten Lügen erinnern an den angeblichen polnischen Überfall auf den „Reichssender Gleiwitz“ und die Erfindung eines „sowjetischen Aufmarschs an der deutschen Ostgrenze“. Beide Lügen dienten bekanntlich als Auslöser für Hitlers Überfälle. Heute weiß man, wer den Zweiten Weltkrieg brauchte, und man weiß auch, wer die Kriege auf dem Balkan braucht und sie deshalb inszeniert. An ihnen ist das deutsche Großkapital führend beteiligt.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

## Pardon

In der Ära der Entschuldigungen bitten auch wir um Pardon: Nein, nicht für unsere Linie oder unsere Bissigkeit, sondern für die zu klein geratenen Leserbriefe in der Nr. 42. Wir stehen bei jeder neuen Ausgabe vor einem Dilemma: Auf der einen Seite wollen wir die Zuschriften so umfassend wie möglich dokumentieren, handelt es sich doch um unsere „Volkskorrespondenten“, auf der anderen Seite müssen wir auch den Autoren gerecht werden. So versuchen wir eine salomonische Lösung, bei der der Wolf satt und das Schaf nicht gefressen wird. In Nr. 42 ist es leider schiefgegangen. Wir rechnen mit Eurer Nachsicht.

Die Redaktion



